

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Unternehmen	29

VERBÄNDE



DNR intern	31
Aus den Verbänden	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Bildung für nachhaltige	
Entwicklung in Syrien	
Schwerpunkt: Schule	

THEMEN DES MONATS

Moorschutz

Die verkannten Klimaschützer

Der Schutz und die Wiedervernässung von Mooren binden enorme Mengen an Treibhausgasen

Seite 2

Klimaverhandlungen

Zeit für einen Plan B

Der gescheiterte Klimagipfel von Kopenhagen ist auch eine Chance für die Umweltpolitik

Seite 3

Güterverkehr

Monstertrucks mit Rückenwind

Wenn Riesen-Lkws jetzt in Berlin und Brüssel grünes Licht erhalten, werden davon nur wenige profitieren

Seite 6

Nachhaltige Entwicklung

„Wir wissen, dass ihr es könnt“

In der Nachhaltigkeitspolitik bleibt Deutschland unter seinen Möglichkeiten, wie ein Expertenbericht zeigt

Seite 7

Interview: Chemikalien

„Ich bin jetzt Plastik-Ombudsmann“

Der Film „Plastic Planet“ zeigt geradezu unglaubliche Dinge – und hat auch das Leben des Regisseurs verändert

Seite 11

Moorschutz

Die verkannten Klimaschützer

Der Schutz und die Wiedervernässung von Mooren binden enorme Mengen an Treibhausgasen

Jahrzehntelang fristete der Moorschutz ein Nischendasein, doch heute gilt er als Paradebeispiel für die erfolgreiche Verknüpfung von Natur- und Klimaschutz. In Zeiten des einsetzenden Klimawandels und schwindender heimischer Artenvielfalt rücken diese Ökosystemdienstleister wieder in den Blickpunkt. ■ VON FELIX GRÜTZMACHER, NABU

Meldungen über den kranken deutschen Wald bewegen in regelmäßigen Abständen die öffentlichen Gemüter. Bei der Zerstörung der Moore ist das anders. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wurden zwar erste Stimmen laut, die einen stärkeren Schutz der letzten naturnahen Moore forderten, doch verhallten Aufrufe wie „Torf gehört ins Moor, nicht in den Garten!“ nach kurzem Echo, ohne einen nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. So können heute in Deutschland nur noch rund fünf Prozent der Moore als naturnah gelten. Die restlichen 95 Prozent sind entwässert, abgetorft, bebaut oder land- und forstwirtschaftlich genutzt – diese Moore sind „tot“.

Ökosysteme als Dienstleister

Im Zuge der Diskussion um den beginnenden Klimawandel werden die Ökosysteme wieder stärker als Dienstleister wahrgenommen. Denn der Moorschutz hat nicht nur eine große Bedeutung für die Erhaltung gefährdeter Lebensräume, sondern auch für den Klimaschutz: Moore sind riesige Kohlenstoffspeicher. Sie nehmen nur drei Prozent der Landfläche der Erde ein, doch in ihnen lagern 30 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs. Das ist etwa doppelt so viel wie in allen Wäldern weltweit.

Die für eine konventionelle Nutzung notwendigen Entwässerungsmaßnahmen sind die Ursache des Problems. Nach dem Absinken des Wasserstandes wird der Torfkörper durchlüftet und der im Boden über Jahrtausende festgelegte Kohlenstoff oxidiert. Darüber hinaus können große Mengen des hochwirksamen Klimagases Distickstoffmonoxid entstehen, besser bekannt als Lachgas. Moorschutzprojekte

sind Klimaschutzprojekte – aber nicht in erster Linie durch die Schaffung natürlicher CO₂-Senken, sondern zunächst wegen der Sicherung der vorhandenen Kohlenstofflager durch die Wiedervernässung.

Klimaschutz paradox: Biomasseanbau in Mooregebieten

In der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik ist die Freisetzung von Treibhausgasen aus Landnutzung und Landnutzungsänderung bisher zu wenig beachtet worden. Dabei liegen gerade hier riesige Minderungspotenziale. Allein durch die Renaturierung und die Wiedervernässung von Mooren könnten Emissionen von bis zu 37 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten in der deutschen Landwirtschaft eingespart werden. Das wäre rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Gesamtemissionen. Deshalb ist es höchste Zeit, dass sich auch die Politik mit diesen Strukturen beschäftigt. So müsste zum Beispiel der Klimaschutz als neuer Fördergrundsatz in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) verankert werden – mit dem Schwerpunkt Moorschutz und Moorrenaturierung.

Ohne Subventionen sind schon heute viele Moorstandorte nicht profitabel zu bewirtschaften. Dadurch kommt es in Deutschland zu einer paradoxen Situation: Auf der einen Seite fließt viel Geld in Klimaschutzprojekte, während auf der anderen Seite immer noch höchst klimaschädliche Landnutzungsformen wie der Grünlandumbruch oder der Biomasseanbau auf Moorstandorten gefördert oder zumindest nicht ordnungsrechtlich verhindert werden. Die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung und ihre Bemühungen um

die Bewahrung der biologischen Vielfalt werden durch solche Bewirtschaftungs- und Subventionsmethoden konterkariert.

Realistisch betrachtet wird es allerdings nicht möglich sein, alle potenziell natürlichen Moorstandorte aus der Nutzung zu nehmen und dort eine eigendynamische Naturentwicklung in Gang zu setzen. Sogenannte Paludikulturen mit Sumpf- oder Röhrichtpflanzen bieten hier eine interessante Alternative. Durch mehrere von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Projekte wurden in den letzten Jahren unter anderem an der Universität Greifswald alternative Bewirtschaftungsformen untersucht.⁽¹⁾ Der Anbau von Schilf oder Erlen stellt zum Beispiel keine Ansprüche an die Wasserstandsregulierung, das heißt der Torfkörper kann nass bleiben und der Kohlenstoff wird nicht mobilisiert. Die Treibhausgasemissionen aus der traditionellen Landnutzung lassen sich so vermeiden.

Kontrovers diskutiert werden in der letzten Zeit die bei Renaturierungsmaßnahmen verursachten Treibhausgasemissionen. Die frische Biomasse, zum Beispiel von wiedervernässtem Grünland, wird unter Sauerstoffabschluss durch Bakterien zersetzt. Dabei werden in den ersten Jahren des Überstaus große Mengen an Methan freigesetzt. Dem kann konsequenterweise dadurch begegnet werden, dass bei Klimaschutzprojekten in Mooren der Wasserstand nur bis kurz unter die Oberfläche angehoben wird. So ist der Torfkörper vor der weiteren Oxidation geschützt und die Emissionen werden drastisch gesenkt. Doch Naturliebhaber, die sich eine moortypische Lebensgemeinschaft erhoffen, schauen dabei in die Röhre. Auf naturschutzfachlich wertvollen Flächen

sollten daher Methanemissionen bei Wiedervernässungsmaßnahmen hingenommen werden. Zur Sicherung des aktuellen Kohlenstofflagers kommt beim Einstellen torfbildender Pflanzengesellschaften die Wiederherstellung der CO₂-Senkenfunktion hinzu. Diese Flächen leisten dann auch den gewünschten Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt.

Mooranleihe bringt ökologische Rendite

Die hohe Klimarelevanz von Naturschutzprojekten im Moor eröffnet neue Möglichkeiten der Finanzierung. Dies wird durch den folgenden Vergleich unterstrichen: In einer 15 Zentimeter mächtigen Torfschicht in Deutschland befindet sich auf gleicher Fläche etwa so viel Kohlenstoff wie in einem 100-jährigen Wald. Geht in einem Moor die Torfmächtigkeit um einen Meter zurück, müsste demnach zum Ausgleich mehr als das Sechsfache der Fläche aufgeforstet werden und der Wald 100 Jahre ungestört wachsen. Dies relativiert bisher gängige Rezepte des Klimaschutzes.

Eine Möglichkeit zur Finanzierung von Moorschutzprojekten könnte im freiwilligen Emissionshandel bestehen. Für eine Zertifizierung von Klimaschutzprojekten im Moor müssten aber einheitliche Kriterien entwickelt werden, die verlässliche Aussagen über die Gesamtbilanz aus den durch die Wiedervernässung vermiedenen CO₂- und Lachgasemissionen und den durch die Zersetzung von Biomasse entstehenden Methanemissionen ermöglichen.

Doch es gibt schon heute alternative Wege, den Moorschutz mit Geld auszustatten: In vielen Unternehmen und auch bei Privatleuten besteht der Wunsch, sich in ihrem gesellschaftlichen Engagement diesem Thema zu widmen. Angesichts eines finanziell immer schlechter ausgestatteten staatlichen Naturschutzes liegt es nahe, diese Chancen zu nutzen und mit Angeboten durch Umweltverbände und die öffentliche Verwaltung zu begleiten. Ein innovativer Schritt in diese Richtung ist zum Beispiel die vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpom-

mern analog zu der bekannten Waldaktie geplante Mooranleihe⁽²⁾, über die private Gelder für Moorschutzprojekte angeworben werden. Auch die Naturschutzverbände könnten mit solchen Konzepten Mittel für Flächenkauf und Wiedervernässungsmaßnahmen akquirieren. Allen Beteiligten bietet sich die seltene Möglichkeit, jeden Euro zweimal auszugeben – für den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Klimaschutz.

Anmerkungen und Literatur

- (1) www.uni-greifswald.de/~palaeo (Projekte)
- (2) www.kurzlink.de/mooranleihe
- Mehr Informationen: www.nabu.de/themen/moorschutz

Der Geograf Felix Grützmaker ist Referent für Moorschutz beim NABU-Bundesverband in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
284984-1622, E-Mail:
felix.gruetzmacher@nabu.de,
www.nabu.de/themen/moorschutz



Klimaverhandlungen

Zeit für einen Plan B

Der gescheiterte Klimagipfel von Kopenhagen ist auch eine Chance für die Umweltpolitik

Das Kopenhagen-Desaster markiert einen Wendepunkt in der Klimadebatte. Nicht einzelne Staaten oder Lobbys verhinderten ein Abkommen, sondern die Konstruktion des Prozesses selbst. Künftig ist es nicht mehr möglich, von Europa aus einen umfassenden Weltrettungsplan durchzusetzen, und das ist auch gut so. ■ VON FRANK UEKÖTTER, RCC

Selten war die Kluft zwischen Erwartung und Ergebnis so groß wie beim Klimagipfel in Kopenhagen. Monatlang hatten sich Politiker und Funktionäre, Journalisten und Aktivisten auf das große Ereignis vorbereitet – und am Ende gab es nur eine windelweiche, unverbindliche Schlusserklärung. Noch rechtzeitig ein Folgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu vereinbaren und zu ratifizieren, wird nun sehr schwer.

Mindestens ebenso schwer wiegen jedoch die enttäuschten Hoffnungen, denn die Voraussetzungen für ein globales Ab-

kommen schienen günstig wie nie. Eigentlich war es das perfekte Drehbuch: 2005 verwüstete der Hurrikan Katrina New Orleans. 2006 zeigte der britische Stern-Report, dass Investitionen in Klimaschutz ökonomisch sinnvoll sind. 2007 fand der vierte Bericht des Weltklimarates IPCC internationale Beachtung, das IPCC und Al Gore erhielten den Friedensnobelpreis und am Ende des Jahres wurde auf Bali mit Zustimmung der USA das Ziel formuliert, bis Kopenhagen ein Folgeabkommen für Kyoto auszuhandeln. Und trotzdem hat es nicht gereicht.

Es bleibt abzuwarten, ob die Nachverhandlungen doch noch das ersehnte Abkommen hervorbringen. Schon jetzt ist aber zu erkennen, dass Kopenhagen einen Wendepunkt der Klimadebatte markiert. Die Frontstellungen der vergangenen 15 Jahre treten in den Hintergrund, neue Herausforderungen rücken ins Zentrum. Seit der Kyoto-Konferenz 1997 hatten zwei Schlüsselprobleme den größten Teil der Aufmerksamkeit reklamiert: der Widerstand der USA und die Kritik der „Klimaleugner“. Beides war für das Scheitern von Kopenhagen zumindest nicht entscheidend. ►

Nachhaltigkeit

A-Z



L wie Lebensstil

Gut leben, doch nicht auf Kosten anderer – wäre das nicht erstrebenswert? Im Moment bezahlen die Ärmsten und die kommenden Generationen unseren Wohlstand, denn wir plündern die Erde und produzieren endlos Abfall. Wir brauchen eine neue Kultur der Nachhaltigkeit – im Beruf, in der Schule, im alltäglichen Leben. Lesen Sie im Bericht »Zur Lage der Welt 2010«, wie wir unsere Art zu wirtschaften sowie unser individuelles Handeln ändern können.

Worldwatch Institute (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch
Zur Lage der Welt 2010: Einfach besser leben
Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil
oekom verlag, München 2010, 300 Seiten,
19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-202-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

oekom
verlag
Die guten Seiten der Zukunft

Die heroischen Zeiten, in denen man sich im Kampf um das Weltklima gegen die westliche Führungsmacht und schlechte Wissenschaftler profilieren konnte, sind wohl fürs Erste vorbei. Umso mächtiger drängen andere Probleme in den Blick:

Zu europäisch, zu komplex und ohne Biss

- ▶ Das Scheitern war absehbar, seit sich im November der APEC-Gipfel der asiatischen Staaten gegen ein verbindliches Abkommen in Kopenhagen aussprach. Seit Jahren hatte sich die EU als Vorkämpferin eines Global Deal profiliert. Gebracht hat es wenig, außer der Einsicht, dass Europa im 21. Jahrhundert nicht mehr die Agenda der Weltpolitik bestimmen kann. Mehr denn je erscheint ein globales Klimaabkommen als eurozentrisches Projekt, dem die Welt nur noch aus taktischen Gründen folgt.
- ▶ Ein Schlüsselproblem war zweifellos die enorme Komplexität der Materie. Da der Klimawandel von fossilen Brennstoffen bis zum Permafrostboden zahlreiche Fragen aufwirft, schien für das ersehnte Abkommen die Berücksichtigung einer stetig wachsenden Zahl von Parametern nötig, und so wurden die Verhandlungen seit den Anfängen auf dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 immer unübersichtlicher. Viel zu wenig wurde bedacht, dass die wohlmeinende Gründlichkeit zu einem völkerrechtlichen Monster zu führen drohte. Kein Staat unterschreibt leichtfertig einen Vertrag, der ganze Wirtschaftssektoren, von der Energieversorgung bis zur Waldwirtschaft, einem komplizierten globalen Kontrollregime unterwirft.
- ▶ Nachdrücklicher denn je steht die Frage des Vollzugs auf der Tagesordnung. Der hartnäckige Widerstand Chinas gegen unabhängige Kontrollen seiner Klimaschutzmaßnahmen ist wohl nur ein Vorgeschmack auf die kommenden Konflikte. Jeder Umweltpolitiker weiß, wie schwierig Kontrolle selbst in offenen Gesellschaften ist. Wie viel größer sind da die Probleme einer supranationalen Kontrolle in Diktaturen!

- ▶ Schließlich ist nach Kopenhagen offenkundig, dass es den Klimaschützern an Drohpotenzial fehlt. Lange hatte man geglaubt, dass die horrenden Konsequenzen des Klimawandels alarmierend genug sein würden. Jetzt erscheinen die Horrorszenarien eher wie billiger Moralismus, der an der kalten Welt der internationalen Diplomatie folgenlos abprallt. Erfahrene Verhandler wissen, dass man vor allem dann gute Ergebnisse erzielt, wenn man mit einem „Plan B“ drohen kann, so in der Art: Wir können auch anders. Fatalerweise haben Klimaschützer auf solche Überlegungen ausdrücklich verzichtet.

Das Montreal-Protokoll als Vorbild

Wer deshalb im Schatten von Kopenhagen nach Alternativen sucht, sollte sich daran erinnern, dass es für die Klimarahmenkonvention einen Präzedenzfall gab: das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht von 1987. An sich war die Vereinbarung nicht sehr beeindruckend, zielte sie doch lediglich auf eine Reduzierung des Ausstoßes ozonschädigender Substanzen um 50 Prozent in zehn Jahren. Aber das Montreal-Protokoll wurde zum Beginn eines Prozesses, der in den Jahren darauf an Dynamik gewann, und auf der Folgekonferenz von London 1990 wurde der vollständige Ausstieg aus der Produktion von FCKW und den anderen Ozonkillern vereinbart.

Es war nicht zuletzt dieses Vorbild, das als Begründung für die schwachen Vorgaben des Kyoto-Protokolls diente. Es ging weniger um die konkreten Vorgaben als um den Einstieg in eine längerfristige Entwicklung. Lange Zeit wirkte es freilich eher so, als ob selbst die unzulänglichen Kyoto-Vorgaben noch weiter verwässert würden. Für die im Juni 2010 in Bonn stattfindenden Klimaverhandlungen wird dies die entscheidende Frage sein. Ist es noch möglich, Kyoto als Einstieg mit der Perspektive sukzessiver Verschärfungen zu betrachten?

Der Erfolg des Montreal-Protokolls hatte viel mit der günstigen weltpolitischen Situation am Ende des Kalten Kriegs zu

tun. Er hing aber auch mit der Begrenztheit der Aufgabenstellung zusammen. Das Vertragswerk betraf eine überschaubare Zahl von Substanzen, die von einer begrenzten Zahl von Firmen produziert wurden.

Hier könnte ein Plan B ansetzen: Ein limitiertes Abkommen, das eine geringe Zahl von Großemittenten hart anfasst, könnte dem globalen Klimaschutz endlich ein so dringend nötiges Erfolgserlebnis beschreiben. Auch der Zeitrahmen sollte begrenzt sein. Viel zu sehr hat sich der Klimaschutz in den letzten Jahren auf langfristige Ziele bis hin zum Jahr 2050 kapriziert – als ob man ernsthaft die Weltwirtschaft in vier Jahrzehnten voraussehen oder gar planen könnte! Es dürfte nach Kopenhagen schwierig werden, solche jahrzehntelangen Planungen weiterzutreiben. Mit welcher Legitimation will man jetzt noch 40 Jahre Klimapolitik definieren, wenn man noch nicht einmal zwei Jahre Klimaverhandlungen unfallfrei vorausplanen konnte? Viel attraktiver scheinen hier Abkommen, die wenige Jahre laufen und gründlich kontrolliert werden – damit man am Ende Gewinner und Verlierer, Vorkämpfer und Bremser eindeutig identifizieren kann.

Wieder in Zusammenhängen denken

Solche limitierten Vereinbarungen hätten auch den Charme, dass sie Möglichkeiten für Synergien und fehlertolerante No-Regret-Strategien eröffnen. Längst zeigt sich in der Klimadebatte ein gewisser Hang zu einer Monomanie des Geistes, indem alles nur noch unter dem Aspekt der Klimaverträglichkeit betrachtet wird – von Nutzpflanzen bis zur Farbe unserer Dächer. An sich bietet die vielfältige Verwobenheit des Klimaschutzes die Chance zum Denken in Zusammenhängen, wie es ja auch den besten Idealen der ökologischen Bewegung entspricht. Wenn aber ein Moor nur noch als CO₂-Speicher gesehen wird und nicht auch als wertvoller Naturraum, erinnert das doch arg an die Zahlenfixierung des Bankers, der am Computer seine Risiken bilanziert – und vergisst, dass sich dahinter eine vielfältige Welt verbirgt.

Ein Plan B könnte sich mithin ein klassisches Schlagwort des Neoliberalismus

auf die Fahnen schreiben: Deregulierung. Wieso weiter auf das utopische Großabkommen hoffen, wenn es auch den Weg mehrerer kleinerer Abkommen gibt? Nach Kopenhagen dürfte es den Staatsmännern der Welt jedenfalls schwerfallen, vernünftigen Vereinbarungen von überschaubarer Komplexität die Unterschrift zu verweigern. Ganz nebenbei könnte man auf diesem Weg auch den Eurozentrismus exorzieren, der sich längst in die Details der Klimaverhandlungen eingeschlichen hat. Man nehme nur den Kampf gegen die Entwaldung: Unausgesprochen wird dabei von einem staatlichen Verfügungsrecht über Wälder ausgegangen, das in weiten Teilen der Welt allenfalls auf dem Papier steht und sich selbst in Mitteleuropa erst in jahrhundertelangen Konflikten durchgesetzt hat. Es wäre fürwahr ein Treppenwitz der Geschichte, wenn auf die obrigkeitliche Forstpolitik des Kolonialismus nun eine postkoloniale Klimapolitik folgte, die nichts aus den Kosten und Folgen einer Waldwirtschaft von oben gelernt hätte.

Aus für nationalstaatliche Großplanung

So kann man das Desaster von Kopenhagen auch als Votum über einen Denkstil interpretieren: den Weg der langfristigen Großplanung im nationalstaatlichen Rahmen. Der Ansatz, den CO₂-Ausstoß ganzer Gesellschaften auf Jahrzehnte voranzuplanen, war stets ein heikles Unterfangen; man schaue nur auf die nicht ganz kleine Zahl von Staaten, die ihre Klimaziele verpasst haben. Vielleicht könnte ja jetzt, da die Grenzen dieses Ansatzes deutlich geworden sind, ein anderer Weg zum Zuge kommen: ein prozessualer Denkstil, der eher Entwicklungen als Ziele betont und für Überraschungen und unverhoffte Chancen offen ist. Was wäre eigentlich passiert, wenn die Bewegungsenergie, die in Kopenhagen für den Global Deal verpulvert wurde, in die Besteuerung des Flugbenzins investiert worden wäre?

Natürlich würde mit einem solchen Plan B vieles schwach oder gar nicht reguliert bleiben, was für das Klima der Zukunft wichtig wäre. Aber hätte eine Weltumweltpolitik als Fragment nicht auch

Vorzüge? Immerhin würde dabei klar, dass die Klimakatastrophe nicht durch „die Politik“ allein aufzuhalten ist. Die wichtigste Ursache des Klimawandels ist schließlich der Konsumstil westlicher Gesellschaften, der staatlicher Regulierung nur begrenzt zugänglich ist. Endlich würde deutlich, dass Klimawandel nicht nur eine politische, sondern auch eine gesellschaftliche Herausforderung ist. Das Scheitern von Kopenhagen könnte so zum Fanal werden, dass die Umweltprobleme des 21. Jahrhunderts gegen kurzfristige Kampagnen ziemlich unempfindlich sind. Entscheidend ist das Verhalten der westlichen Konsumenten – jedes Mal, wenn wir ein Thermostat hochdrehen oder ein Flugzeug besteigen.

Unverständliches Vertrauen in eine Handvoll Staatenlenker

Gewiss: Mit Blick auf die aktuelle Frustration wirkt so ein Plan B wie das Pfeifen im dunklen Wald. Aber vielleicht werden Umwelthistoriker eines Tages ratlos sein, wieso die Menschheit für ein paar Tage im Dezember 2009 auf das große Abkommen zur Rettung der Menschheit hoffte. Hatte man immer noch nicht kapiert, dass es nicht die eine große Lösung für das Weltproblem des Klimawandels geben konnte, sondern nur viele kleine und mittelgroße Lösungen? Wieso vertraute man in einer Zeit der Globalisierung, in der die Grenzen nationalstaatlicher Regulierungskraft immer deutlicher wurden, auf die Entscheidung einer kleinen Zahl von Staatenlenkern? Gut möglich, dass Kopenhagen einmal als hoffnungsvoller Wendepunkt in den Geschichtsbüchern stehen wird: als der Moment, in dem die Umweltbewegung im 21. Jahrhundert ankam.

Der Historiker Dr. Frank Uekötter ist stellvertretender Direktor am Rachel Carson Center für Umwelt und Geschichte (RCC) der Universität München.

Kontakt:
Tel. +49 (0)89 / 2180-72352,
E-Mail: frank.uekoetter@
carsoncenter.lmu.de,
www.carsoncenter.
uni-muenchen.de



Güterverkehr

Monstertrucks mit Rückenwind

Wenn Riesen-Lkws jetzt in Berlin und Brüssel grünes Licht erhalten, werden davon nur wenige profitieren

Auf skandinavischen Straßen gibt es sie schon und auch einige andere EU-Länder liebäugeln mit ihnen: Megatrucks können 25 Meter lang und 60 Tonnen schwer sein. Wie Österreich und die Schweiz war auch Deutschland lange gegen die überlangen Lkws, doch unter der schwarz-gelben Bundesregierung dreht sich nun der Wind. Die Befürworter führen ausgerechnet Umweltargumente ins Feld. ■ VON MARTIN ROGGERMANN, ALLIANZ PRO SCHIENE

In Finnland und in Schweden fahren sie schon lange. Auch die Niederlande und Dänemark wollen sie haben. Großbritannien, Österreich und die Schweiz lehnen sie dagegen ab: Sogenannte Megatrucks sind sechseinhalb Meter länger und bis zu 20 Tonnen schwerer als derzeit zugelassene Lkws. In der Fachsprache heißen sie „longer and heavier vehicles“ (LHV), Befürworter nennen sie auch gern EcoCombi. Das klingt gut und soll den überdimensionierten Fahrzeugen einen Ökobonus verschaffen. Doch den verdienen sie nicht.

Dass der Megatruck angeblich sogar einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, hat mit der Realität nichts zu tun. Nur auf dem Papier stimmt die Argumentation, dass man drei herkömmliche Laster durch zwei Riesen-Lkws ersetzen und damit Treibstoff sparen kann. Der reale Verkehrsmarkt ist komplizierter: Der Straßengütertransport würde durch die Einführung von Riesen-Lkws um 20 Prozent günstiger. Es käme zu einer gigantischen Verlagerung von der umweltfreundlichen Bahn auf die Straße. Allein beim Kombiverkehr rechnen Gutachter mit einem Einbruch von bis zu 55 Prozent.

Unterm Strich gibt es bei einer Gesamtbetrachtung des Verkehrssektors also keine Entlastung der Straßen und keine CO₂-Einsparung. Mit Sicherheit würden dagegen Kosten in Milliardenhöhe für die Allgemeinheit anfallen: bei der Umgestaltung von Brücken, Tunnels, Bahnübergängen, Kreisverkehren und Autobahnraststätten. Für einzelne Spediteure mögen Riesen-Lkws betriebswirtschaftlich reizvoll sein, volkswirtschaftlich und umweltpolitisch gesehen sind sie ein Irrweg.

Schon einmal waren die Monstertrucks in Deutschland im Anmarsch, im Jahr 2007. Es dauerte lange, bis sich die Bundesregierung positioniert hatte, doch letztlich kam von ihr ein klares Nein zum Gigaliner, wie die überlangen Fahrzeuge damals meist genannt wurden.

Kehtwende seit der Bundestagswahl

Seitdem eine schwarz-gelbe Bundesregierung das Ruder übernommen hat, weht ein anderer Wind aus Berlin. Schon der Koalitionsvertrag kündigte bundesweite Feldversuche an. Eine plausible Begründung für ein solches Experiment auf öffentlichen Straßen bleibt die Regierung allerdings schuldig. Neue Erkenntnisse wird dieser Versuch nicht bringen, doch die Arbeitsgruppe im Bundesverkehrsministerium hat unverdrossen mit der Planung begonnen.

In einer Testsituation werden Bedingungen geschaffen, wie sie niemals flächendeckend im Alltag auf unseren Straßen vorkommen. Penibel werden Megatruck-kompatible Strecken ausgewählt, die Fahrer eingehend geschult. Was bleibt, ist der Verdacht der Klientelpolitik. Scheibchenweise und mit pseudowissenschaftlichen Versuchen sollen Fakten geschaffen werden, von denen nur eine kleine Gruppe von großen Unternehmen profitiert, allen voran die Fahrzeugindustrie und Großspeditionen. Die große Mehrheit der Deutschen hätte dagegen nichts von Riesen-Lkws. Die Straßen würden noch unsicherer werden, die Umweltbelastungen würden steigen und den notwendigen Umbau der Infrastruktur müssten die SteuerzahlerInnen tragen.

Kein Wunder, dass die Monstertrucks in der Bevölkerung klar abgelehnt werden. 73 Prozent der Deutschen sind gegen die Zulassung der Straßenmonster. Damit sind sie in Europa nicht allein. Auch in Frankreich (81 Prozent), Großbritannien (75 Prozent) und der Schweiz (80 Prozent) haben repräsentative Umfragen gezeigt, dass die Bevölkerung nichts von Gigalinern hält. Dennoch werden die bundesweiten Einsätze aller Voraussicht nach 2011 beginnen. Schon heute laufen die Vorbereitungen zwischen dem Bund und den Ländern.

Bundesländer erlauben immer neue Testfahrten

Auf Länderebene waren die Riesen-Lkws nie vollständig verschwunden. Einige Bundesländer erlaubten sogar trotz der ablehnenden Haltung der Verkehrsministerkonferenz 2007 völlig neue Einsätze. Jetzt, mit dem bundesweiten Feldversuch in greifbarer Nähe, schöpfen die Befürworterländer neuen Mut zu weiteren Experimenten. Das Land Schleswig-Holstein, in dem Gigaliner bisher verboten waren, lässt Megatrucks per Sondergenehmigung fahren. Scheibchenweise kommen Monat für Monat neue Strecken hinzu. Fuhr im Dezember 2009 erst ein Gigaliner, so sind es heute schon drei Strecken, auf denen die 25-Meter-Riesen unterwegs sind. Ein dänischer Monstertruck verkehrt entgegen dem EU-Recht grenzüberschreitend. Das ist kein Zufall. In Dänemark und den Niederlanden arbeiten die Gigaliner-Freunde schon länger daran, per Versuchsfahrt nach Deutschland zu gelangen. Sie hoffen auf einen Korridor, der Fahrten von Schweden über Dänemark und durch

Deutschland erlauben würde. Schlagartig wäre Deutschlands Norden eine Transitzone für Riesen-Lkws. Holländische und dänische Speditionen haben für viel Geld Gigaliner angeschafft und wollen damit nicht nur im Kreis fahren, sondern Distanzen europäischer Dimension erobern – gerade solche, in denen die Güterbahnen mit dem Lkw stark konkurrieren. Kein Wunder, dass der Gigaliner in diesen Kreisen unter einem weiteren Label fährt: Euro-Combi – der Name ist Programm.

Ruhe vor dem Sturm in Brüssel

Auch in der Europäischen Kommission gibt es starke Kräfte, die für den Megatruck arbeiten. Bereits im Aktionsplan Güterverkehrslogistik aus dem Jahr 2007 äußerte sich die Kommission aufgeschlossen gegenüber einer Anhebung von Maßen und Gewichten für Lkws. Doch sie scheut eine öffentliche Monstertruck-Debatte. Stattdessen beschäftigt man sich in Brüssel mit zweifelhaften Studien, die den Boden für die Megatrucks in Europa ebnen sollen.

Erst im Januar präsentierte die Kommission die Ergebnisse einer Untersu-

chung zu Megatrucks, die sie bei einem Gutachterkonsortium in Auftrag gegeben hatte. Die Gutachter bestätigten alle bereits bekannten negativen Effekte einer Riesen-Lkw-Zulassung: Kosten, Gefahren, Umweltbelastung durch Verkehrsverlagerung. Insbesondere die Kosten für die Steuerzahler sind selbst nach der konservativen Einschätzung der Gutachter gigantisch: Mit bis zu 46 Milliarden Euro an zusätzlichen Infrastrukturkosten wird allein für den Ausbau der Autobahnbrücken in der EU gerechnet. Die Gutachter geben auch zu, dass Megatrucks gefährlicher für die Verkehrssicherheit sind als herkömmliche Lkws. Auch dass Megatrucks dazu führen werden, dass Gütertransporte von umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln wie Schiene und Binnenschiff auf die Straße verlagert werden, räumen sie ausdrücklich ein. Trotzdem kommen sie zu einem befremdlichen Fazit: Riesen-Lkws seien insgesamt ein Gewinn für die Gesellschaft – weil sie den Straßentransport billiger machen.

Nachdem diese Studie wegen ihrer haarsträubenden Fehler in Fachkreisen glatt durchgefallen war, wollte die Kommission kein Risiko mehr eingehen. Eine

neue Untersuchung ist bereits in Arbeit und soll noch in diesem Jahr präsentiert werden. Mit den Ergebnissen dieser neuen Studie wird die Kommission wohl versuchen, einen Legislativvorschlag zur Änderung der derzeit gültigen Maße und Gewichte von Lkws in Europa zu begründen. Dann werden auch die EU-Abgeordneten und der Ministerrat über die Zukunft der Riesen-Lkws in Europa beraten. Sollte die Richtlinie 96/53, die Maße und Gewichte von Lastkraftwagen regelt, tatsächlich geändert werden, wäre jedes EU-Land gezwungen, Monstertrucks auf den eigenen Straßen zu dulden – ob es will oder nicht.

Der Politikwissenschaftler Martin Roggermann arbeitet bei der Allianz pro Schiene in Berlin und koordiniert das europaweite Aktionsbündnis No Mega Trucks, eine Kampagne von rund 200 Verbänden aus 22 europäischen Ländern.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 2462599-31,

E-Mail: martin.roggermann@

allianz-pro-schiene.de,

www.allianz-pro-schiene.de,

www.nomegatrucks.eu/deu



Nachhaltige Entwicklung

„Wir wissen, dass ihr es könnt“

In der Nachhaltigkeitspolitik bleibt Deutschland unter seinen Möglichkeiten, wie ein Expertenbericht zeigt

ExpertInnen aus sieben Ländern haben die deutsche Nachhaltigkeitspolitik unter die Lupe genommen. Danach hat Deutschland hervorragende Potenziale für eine kohlenstoffarme Wirtschaft und Gesellschaft, nutzt sie aber nicht genug. Das Land müsse dringend handeln, wenn es seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und seine Position im globalen Wettbewerb nicht aufs Spiel setzen will. ■ VON DOROTHEE BRAUN, RNE

Geht es nach dem früheren finnischen Umweltminister Pekka Haavisto, laufen künftig die Fäden der deutschen Klima- und Nachhaltigkeitspolitik im Bundeskanzleramt zusammen: „Die deutsche Nachhaltigkeitspolitik braucht einen Dirigenten, der für den Gleichklang aller Beteiligten sorgt“, so der Parlamentarier. Im Auftrag der Bundesregierung hatte sich im vergangenen Jahr ein international zusammengesetztes Fachgre-

mium intensiv mit dem Nachhaltigkeitsgeschehen in Deutschland befasst. Unter Vorsitz von Björn Stigson, Präsident des World Business Council for Sustainable Development, schlossen die ExpertInnen aus Schweden, Finnland, Großbritannien, den Niederlanden, Indien, Kanada und den USA diesen sogenannten Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik im November 2009 mit einem Bericht⁽¹⁾ ab. Bei der Übergabe an Angela Merkel auf der

Jahreskonferenz des Rates für nachhaltige Entwicklung (RNE) im gleichen Monat kündigte die Bundeskanzlerin eine umfassende Prüfung der in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen an.

Der Peer Review ist ein bislang unübliches, aber wirksames Instrument zur Fortentwicklung von Nachhaltigkeitspolitik. Das Verfahren fußt auf den internationalen Erfahrungen mit Länderstudien der Organisation für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit und Entwicklung (OECD) sowie den Empfehlungen der EU-Kommission zu Nachhaltigkeitsprüfungen und zur Bewertung nationaler Nachhaltigkeitspolitik. Der Expertenbericht ist Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Fortschrittsbericht 2008 der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und mit Stellungnahmen und Beiträgen des Nachhaltigkeitsrates sowie des direkten Austauschs mit Schlüsselpersonen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Nachhaltigkeitsrat wurde mit der methodischen und praktischen Durchführung des Peer-Review-Prozesses beauftragt.

Riesiges Potenzial, mangelnde Entschlossenheit

Die ExpertInnen würdigen in ihrem Bericht Deutschlands Spitzenposition in der Entwicklung technologischer Lösungen zur Nachhaltigkeit. Sie loben die im Fortschrittsbericht 2008 erkennbare Stärkung des sogenannten Managementansatzes von Nachhaltigkeit im gesamten politischen Geschehen und stellen Deutschlands Nachhaltigkeitskapazitäten in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft heraus.

Gleichzeitig weist der Bericht darauf hin, dass Deutschland angesichts des zunehmenden globalen Wettbewerbs um effizientere Lösungen für die Energie- und Materialwirtschaft vor der Aufgabe steht, deutlich mehr in eine nachhaltige Entwicklung zu investieren. Die ExpertInnen unterstreichen Deutschlands Verantwortung als Industrie- und Technologienation, das Modell einer Wissensgesellschaft zu entwickeln, die das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt, den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich senkt und mehr Lebensqualität und Chancengerechtigkeit herstellt.

Deutschland werde seine Potenziale nur dann nutzen können, so der Bericht, wenn die Nachhaltigkeitsziele stärker in die Politikgestaltung Eingang finden. Sollen die in der Nachhaltigkeitsstrategie für 2020 gesetzten Ziele erreicht und die weit umfassenderen Veränderungen bis 2050 vorbereitet werden, müsse die Koordination verlässlicher, schlüssiger und kohä-

renter werden. Der genaue Blick enthüllt nämlich ein schwaches Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, zwischen den Bundesministerien sowie zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Unter Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen sollen Politik und Wirtschaft deshalb branchenspezifische Leitplanken entwickeln, die es den einzelnen Wirtschaftssektoren erlauben, Klimaziele zu erreichen und ein transparentes Kontroll- und Berichtswesen zu etablieren. Solche Leitplanken können nach Ansicht der ExpertInnen Innovationen für Nachhaltigkeit deutlich beschleunigen. Dazu bedürfe es einer großen Vision, eines „Grand Design 2050“ als Grundlage einer jeden Nachhaltigkeitspolitik.

Mit Grand Design 2050 in die kohlenstoffarme Gesellschaft

Die Zeit drängt. Neuere Erkenntnisse deuten darauf hin, dass der globale Temperaturanstieg kaum unterhalb der Zwei-Grad-Schwelle zu halten sein wird. Die Technologieentwicklung spielt eine entscheidende Rolle bei der Umgestaltung der deutschen Wirtschaft. Wie aber werden wir in einer CO₂-armen Gesellschaft leben? Wie werden Energieprobleme gelöst und Transportfragen beantwortet sein? Welches werden die Schlüsselsektoren der deutschen Wirtschaft sein?

Das von den ExpertInnen geforderte Grand Design muss die Entwicklungsrichtung zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft vorgeben. Es zeichnet nicht Wege vor, setzt aber ehrgeizige Ziele. Nur so sind Wettbewerbsvorteile durch eine Spitzenposition in der Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien und Dienstleistungen zu erreichen. Um die besten Lösungen zu finden, bedarf es der Planung und Konzeption von Innovationen bei gleichzeitiger Wahrung eines ausreichenden Spielraums für Forschung und Wissenschaft im privaten wie im öffentlichen Sektor. Das Grand Design 2050 umfasst die Erschließung neuer Märkte ebenso wie die Entwicklung neuer Arbeitsplätze und den Aufbau des erforderlichen Wissens und der notwendigen Kapazitäten.

Mehr Einfluss für Abgeordnete und den Nachhaltigkeitsrat

Die internationale Expertengruppe gibt in ihrem Bericht Empfehlungen für ein integriertes und durchschlagendes Regierungshandeln. Sie plädiert für konkrete Veränderungen bei der Bundesregierung als dem politischen Träger der Nachhaltigkeitsstrategie, für die Stärkung der Einflussmöglichkeiten des Bundestages und die Erweiterung von Aufgaben, Funktion und Wirksamkeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

Als Ergänzung des Fortschrittsberichts zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie empfehlen die ExpertInnen einen „Aktionsplan Nachhaltigkeit“. Die regelmäßige Berichterstattung durch die Bundesregierung soll die Entwicklungstrends an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie messen und so das Regierungshandeln überprüfbar machen. Mit einem Aktionsplan Nachhaltigkeit könnten neue Partnerschaften für nachhaltige Investitionen, nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum entwickelt und Nachhaltigkeit als wesentlicher Bestandteil des Außenhandels und der Entwicklungszusammenarbeit verankert werden. Die ExpertInnen sehen auch die einzelnen Ministerien in der Pflicht, eigene Pläne als Teil eines übergeordneten Aktionsplans zu entwickeln.

„We know you can do it“, attestieren die ExpertInnen in ihrem Bericht. Nun ist der Ball wieder bei der Bundesregierung.

Anmerkungen

- (1) Stigson, B. u. a. (2009): Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik. www.kurzlink.de/peer-review-2009

Die Psychologin und Agraringenieurin Dorothee Braun befasst sich als wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung mit internationaler Zusammenarbeit, Bildung und Biodiversität.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 408190-124,
E-Mail: dorothee.braun@nachhaltigkeitsrat.de,
www.nachhaltigkeitsrat.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallstatistik**453 Kilo Müll pro Person**

■ Im Jahr 2008 haben die Deutschen 37,2 Millionen Tonnen Hausmüll produziert. Das entspricht einer Pro-Kopf-Menge von 453 Kilogramm, meldete das Bundesamt für Statistik im Februar. Die Menge setzt sich im Durchschnitt zusammen aus 202 Kilogramm Haus- und Sperrmüll, 143 Kilogramm Wertstoffen und 107 Kilogramm Bioabfällen. Getrennt gesammelt wurde mehr als die Hälfte der Abfälle – 20,7 Millionen Tonnen, wovon 57 Prozent Wertstoffe und 42 Prozent Biomüll waren.

Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Gesamtmenge nahezu gleich. Auch die Trennsammlung von Biomüll stagnierte, doch die Wertstoffsammlung nahm um etwa 300.000 Tonnen ab. Der nicht getrennte Haus- und Sperrmüll – 45 Prozent aller Abfälle – nahm dagegen etwas zu. [jg]

- Statistisches Bundesamt, Diana Eyer, Wiesbaden, Tel. +49 (0)611 / 758184, E-Mail: umwelt@destatis.de, www.destatis.de

Verpackungspolitik**Pfusch beim Pfand**

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat Getränkeherstellern Tricksereien vorgeworfen. Nach Angaben der Umweltschutzorganisation umgehen Hersteller teilweise die Bestimmungen der Verpackungsverordnung, um ihre Produkte pfandfrei verkaufen zu können. So verkaufe Coca-Cola Dosen ohne das in Deutschland vorgeschriebene Logo für Einwegpfand. Andere Limonadenhersteller vertrieben ein Molkenmischerzeugnis in Dosen ohne Kennzeichnung und ohne Pfandpflicht, da sie für Molkegetränke laut Verordnung kein Pfand nehmen müssen – allerdings enthält das Getränk nach Analysen der DUH gar keine Molke.

Auch Getränkekartons bestehen laut DUH immer mehr aus Kunststoff und Aluminium und immer weniger aus Zellstoff. Die realen Recyclingquoten lägen bei 35 Prozent und nicht wie von der Industrie behauptet bei 64 Prozent. Im vergangenen Jahr seien aufgrund fehlender Verwertungskapazitäten und schlechter Lagerung zudem erhebliche Mengen angefallener Verpackungsabfälle verbrannt worden. Einwegverpackungen müssten mit einer Lenkungsabgabe von mindestens 20 Cent dauerhaft belastet werden, forderte die Organisation. Die DUH verlangte außerdem eine Mindestsammelquote sowie eine spezifische Verwertungsquote mit konkreten Qualitätsstandards. [jg]

- DUH, Kreislaufwirtschaftsexpertin Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-41, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de (Themen – Abfall)

Klimaschutz**Ausstieg aus Deponierung spart viel CO₂ ein**

■ Knapp 18 Millionen Tonnen an CO₂-Äquivalenten spart die Abfallwirtschaft bei Siedlungsabfällen und Altholz in Deutschland jährlich ein. Das ist das Ergebnis einer Studie des Öko-Instituts und des Instituts für Energie- und Umweltforschung (Ifeu). Die Menge entspricht den Treibhausgasemissionen von 7,7 Millionen Autos. Würden mehr Recycling, eine bessere stoffliche Verwertung der Abfälle und eine effizientere Technik in den Behandlungsanlagen eingeführt, könnten die klimaschädlichen Gase in der deutschen Abfallwirtschaft bis 2020 um rund zehn Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente jährlich weiter reduziert werden, schreiben die Autoren der Studie. In der EU ist die immer noch weitverbreitete Deponierung von Abfällen für den Ausstoß von bis zu 110 Millionen Tonnen an CO₂-Äquivalenten jährlich verantwortlich.

Im Rahmen der Studie wurde auch die Abfallwirtschaft in der Türkei, Tunesien und Mexiko untersucht, wo es erhebliche

Potenziale gebe. Wichtigstes Fazit für alle Länder: Den entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leistet der Ausstieg aus der Deponierung. [jg]

- Studie (PDF, 138 S., 680 kB): www.oeko.de/oekodoc/968/2010-001-de.pdf

EU-Abfallpolitik I**Behörde gegen Müllsünder?**

■ Rund ein Fünftel der Abfalltransporte in der EU sind illegal und zahlreiche Mülldeponien entsprechen nicht den Normen. Um gegen diese Zustände vorzugehen, hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, eine eigene EU-Agentur für den Abfallbereich ins Leben zu rufen. Eine entsprechende Studie veröffentlichte die Kommission Anfang Februar. Die Agentur soll dem Grundproblem einer schlechten Anwendung und Durchsetzung des europäischen Abfallrechts begegnen.

Die neue Einrichtung soll eine Reihe von Kontrollaufgaben wahrnehmen, etwa die Überprüfung der Durchsetzungssysteme in den Mitgliedstaaten sowie direkte Inspektionen von Anlagen bei gravierenden Verstößen. Ein Netzwerk in den Mitgliedstaaten soll die Agentur unterstützen. Noch in diesem Jahr soll eine gründliche Kosten-Nutzen-Analyse vorliegen, 2011 könnten dann weitere Schritte vorgeschlagen werden, so die EU-Kommission.

Das Problem der mangelnden Umsetzung des EU-Abfallrechts hat sich laut Kommission in den letzten Jahren mit dem zunehmenden Abfallaufkommen verschärft. Jährlich fallen in der EU etwa 2,6 Milliarden Tonnen Abfälle an, von denen etwa 90 Millionen Tonnen als gefährliche Abfälle gelten. Die EU-Kommission hat berechnet, dass die tatsächliche Anwendung aller EU-Vorschriften im Abfallbereich neben den anderen positiven Umwelteffekten jährlich knapp 200 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einsparen könnte. [jg]

- EU-Kommission, Informationen zur Abfallpolitik: www.ec.europa.eu/environment/waste

EU-Abfallpolitik II

Leitfaden für Kampagnen

■ Das Europäische Umweltbüro hat einen Leitfaden erarbeitet, der Umweltverbänden in der EU helfen soll, die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie in ihren Ländern kritisch zu begleiten. Neben Hintergrundinformationen und Zeitplänen finden sich Abschnitte zu einzelnen Abfallthemen wie Müllverbrennung, Biomüll oder Definitionen von Abfall. Fallstudien und Literaturangaben runden die 64-seitige englischsprachige Broschüre ab. [jg]

► www.eeb.org (Library – Waste – January 4, 2010)

Chemikalienpolitik

Lasche Grenzwerte für Gifte in Produkten

■ Eine vom Nordischen Rat in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die in der EU-Chemikalienverordnung REACH festgelegte 0,1-Prozent-Grenze für besonders besorgniserregende Stoffe nicht in jedem Fall ausreicht, um vor größeren Mengen giftiger Substanzen in importierten Produkten zu schützen. Wenn ein Produkt mehr als den in Artikel 33 der REACH-Verordnung festgelegten Wert von 0,1 Prozent Anteil eines besonders besorgniserregenden Stoffes enthält, muss dieses vom Hersteller angezeigt werden. Bei komplexeren Produkten wie Spielzeugen, Schuhen, Computern, Möbeln oder Werkzeugen können Einzelteile giftige Stoffe enthalten – werden die 0,1 Prozent aber auf das Gesamtgewicht bezogen, kann rein rechnerisch die Grenze relativ problemlos unterschritten werden. Doch die Produkte könnten dann weniger harmlos sein als angenommen.

Der Nordische Rat, der sich aus Parlamentsabgeordneten der skandinavischen Staaten zusammensetzt, hatte schon früher Grenzwerte für einzelne Bauteile oder für enthaltene Materialien gefordert. In der Studie wurde nun nachgewiesen, dass größere Mengen giftiger Substanzen ohne

Informationspflicht eingeführt werden können, wenn sich die Grenzwerte auf das Gesamtgewicht beziehen. Beispielsweise können so jährlich rund 900 Tonnen eines bestimmten Giftstoffes in importierten Schuhen ihren Weg zu den VerbraucherInnen finden, ohne dass dies angegeben werden muss.

Ausgeführt wurde die Studie von dem Hamburger Institut Ökopol und dem Öko-Institut. [jg]

► Studie (engl., 115 S.):
www.kurzlink.de/svhc-studie2010

Schwermetalle

EU erwägt Kadmiumverbote

■ Die EU-Kommission erwägt die Beschränkung der Nutzung von Kadmium. Sie reagiert damit auf die Veröffentlichung einer Studie zu den Auswirkungen von Restriktionen bei der Verwendung dieses Metalls. Der Bericht skizziert die sozio-ökonomischen Auswirkungen verschiedener politischer Optionen und plädiert für ein Verbot von Kadmium in Legierungen zum Lötten und bei Schmuck. Die Beschränkungen bei PVC dürften jedoch gelockert werden. [bv]

► Studie: (PDF, 564 S., 2,7 MB):
www.kurzlink.de/cadmium-restriction

Nanomaterialien

EU-Forscher veröffentlichen Risikobewertung

■ Das Joint Research Centre (JRC), die Forschungseinrichtung der EU-Kommission, hat eine wissenschaftliche Bewertung der Auswirkungen von Nanopartikeln auf Gesundheit und Umweltsicherheit veröffentlicht. Die Publikation stellt außerdem den derzeitigen Stand der Forschung dar und soll Wissenslücken aufzeigen.

Der Bericht zeigt Möglichkeiten für behördliche Risikobewertungen für viele

Nanomaterialien und kommende Forschungsfelder. Zudem gibt er Empfehlungen für die Entwicklung eines geeigneten Rechtsrahmens zur Eindämmung des Risikos von Nanopartikeln. Die Risikobewertung ist der Abschlussbericht des Projekts Engineered Nanoparticles – Review of Health and Environmental Safety (ENRHES), das aus Mitteln des siebten Forschungsrahmenprogramms der EU finanziert wurde. [bv]

► www.nmi.jrc.ec.europa.eu/project/ENRHES.htm

Luftqualität

Städter husten weiter

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat die Luftqualitätswerte des Jahres 2009 ausgewertet. Die Feinstaubkonzentrationen (PM₁₀) überschritten erneut die bereits seit 2005 geltenden Grenzwerte. An 23 der insgesamt 408 Messstationen seien an mehr als 35 Tagen PM₁₀-Konzentrationen über 50 Mikrogramm je Kubikmeter Luft (µg/m³) aufgetreten, so das UBA. Besonders dramatisch war die Situation in Stuttgart, wo der Grenzwert an mehr als hundert Tagen überschritten wurde.

Seit Anfang Januar gilt EU-weit ein neuer Grenzwert für Stickstoffdioxidkonzentration (NO₂) von 40 µg/m³. Hätte dieser schon 2009 gegolten, hätten mehr als die Hälfte der städtischen verkehrsnahen Luftmessstationen Überschreitungen melden müssen. Es sei zu befürchten, dass der neue Grenzwert an vielen Orten nicht eingehalten werde, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth.

Auch in den USA gelten neue Luftqualitätsstandards für Stickstoffoxide, die teils strenger, teils schwächer als die EU-Vorgaben sind.

Die Berliner Senatsumweltverwaltung hatte im Januar mitgeteilt, dass die Stickstoffoxidbelastung seit Einführung der dortigen, bundesweit größten Umweltzone um zehn Prozent gesunken ist (umwelt aktuell 02.2010, S. 25). [jg]

► www.uba.de (Presse – 002/2010)

„Mittlerweile bin ich zu so einer Art Plastik-Ombudsmann geworden“

Unsere gesamte moderne Zivilisation ist kunststoffabhängig. Im Meer gibt es heute sechsmal mehr Plastik als Plankton, in Plastikflaschen stecken giftige Chemikalien. Der österreichische Filmemacher Werner Boote ist in seinem Film „Plastic Planet“ Konzernen auf die Füße getreten, hat jede Menge unerfreulicher Fakten recherchiert und dann sein eigenes Leben verändert.

umwelt aktuell: Herr Boote, was hat Sie bei den Dreharbeiten am meisten beeindruckt?

Werner Boote: Das, was ich im Film Plastic Planet zeige, ist seit Jahren bekannt, aber leider hat bisher noch kaum jemand etwas dagegen unternommen. Auf den Plastikmüllteppich im Pazifik hat Captain Charles Moore von der Algalita Marine Research Foundation 1999 aufmerksam gemacht. Dass giftige Substanzen aus Kunststoffen austreten können, darüber haben schon 1992 erste wissenschaftliche Studien berichtet. Jeder von uns hat schon mal einen von Plastik verdreckten Strand gesehen. Jeder hat schon mal gehört, dass Kunststoffprodukte gesundheitsschädigend sein können. Trotzdem kaufen wir – ohne nachzufragen – alles ein, was uns angeboten wird. Ich muss gestehen, die Dramatik der Situation habe ich anfangs auch unterschätzt. Bis ich zum ersten Mal ein Plastikprodukt chemisch-analytisch testen ließ und das Ergebnis erhielt. Es war ein aufblasbarer Plastikglobus, den man in vielen Geschäften kaufen kann. Dieser harmlos aussehende bunte Ball enthielt viele Schadstoffe und auch sehr viele mehr, als zugelassen waren. Schlagartig wurde mir klar, dass es Kunststoffprodukte um uns herum gibt, die eine direkte Bedrohung für unsere Gesundheit darstellen.

Wie viel Ärger haben Ihnen die großen Konzerne gemacht, die im Film auftauchen?

Als der Kunststoffindustrie klar wurde, dass ich mich nicht so leicht abspesen lasse, sondern sehr genau nachfrage, wollte man nicht mehr mit mir sprechen. Anstatt sich an einen Tisch zu setzen und eine Lösung für die Problematik zu suchen, erstellte Plastics Europe, die Dachorganisation der Europäischen Kunststoffhersteller, ein 14-seitiges Dossier für ihre Mitglieder, in dem geschrieben stand, wie man mit mir und meinem Film umgehen beziehungsweise nicht umgehen soll. Viel bezeichnender fand ich jedoch die Reaktionen der Konzerne auf jene Tests, die wir zum Beispiel von den Babyschnullern machen ließen. Als deutlich war, dass die Babyprodukte mit gefährlichen Substanzen versehen waren, wurden sie keinesfalls sofort aus dem Markt genommen, sondern man begann, unsere Tests anzufechten, um Zeit zu gewinnen und die Produkte weiterhin verkaufen zu können. Erst

durch die Hilfe der Tests vom deutschen BUND wurden die Produkte schließlich aus den Regalen entfernt.

In Österreich läuft Ihr Film schon länger. Wie hat das Publikum reagiert?

Die Reaktionen waren überwältigend. Kurz nach dem Kinostart meldete sich Familie Krautwaschl aus der Steiermark bei mir und startete das Experiment, plastikfrei einzukaufen, was man im Internet unter www.keinheimfuerplastik.at nachlesen kann. Alle politischen Parteien Österreichs haben zusammen eine parlamentarische Anfrage angestrengt. Konsumenten beschwerten sich in Supermärkten über die Plastikflut, Schulen realisieren nun Workshops zum Thema. Als Antwort auf die Tupperware-Parties werden nun erste Plastic-Planet-Parties organisiert, bei denen über die Gefahren von Kunststoffen erzählt wird und Alternativen zum Plastikwahnsinn aufgezeigt werden. Die Universität für Bodenkultur in Österreich hat – anlässlich jener biologisch abbaubaren Kunststofftüten, die wir für den Kinostart in Bioläden aufgelegt haben – herausgefunden, dass Lebensmittel in biologisch abbaubaren Kunststofftüten länger frisch bleiben. In einem Wiener Supermarkt wurden Sticker auf Plastikprodukte geklebt, die vor Plastik warnen – wie ich es im Film gemacht habe. Plastik ist zu einem Thema geworden. Und das war mehr als notwendig.

Umweltverbände kämpfen seit Jahren gegen Abfallberge und Umweltgifte – mehr oder weniger erfolgreich. Was glauben Sie durch den Film erreichen zu können?

Von Anfang an war mir wichtig, dass der Film unterhaltend und humorvoll werden sollte. Es darf und soll gelacht werden. Der Zuschauer unternimmt mit mir auch eine Reise um den Plastikplaneten. Man bekommt also einiges zu sehen. Weil ich im Film zu Beginn sehr naiv an das Plastikproblem herangehe, kann sich selbst ein nicht sehr umweltbewusster Mensch mit mir identifizieren und mit mir gemeinsam im Zuge des Films das Ausmaß der Katastrophe entdecken. Der Film ist auch deswegen aufrüttelnd, weil er all die Informationen, die ich zum Thema Plastik gesammelt habe, auf 90 Minuten komprimiert.

Als Ihr Team aus Indien wiederkam, wo Sie auf der Müllkippe drehten, wurden einige MitarbeiterInnen krank. Sie hatten mit zahlreichen Widrigkeiten in der ganzen Welt zu tun, die Dreharbeiten haben vier Jahre in Anspruch genommen. Wenn Sie den Film noch einmal drehen würden, was wäre heute anders?

Nichts.

Hat sich Ihr eigenes Leben seit Ihren Recherchen über Plastik verändert?

Mein Privatleben hat sich durch all das, was ich durch die Interviews und Recherchen erfahren habe, verändert. Im Studio hatte ich immer eine Plastikflasche neben mir stehen, die ich mit Leitungswasser nachfüllte. Nachdem ich in einer Studie gelesen hatte, dass man Plastikflaschen maximal einmal verwenden sollte, weil sich stets mehr und mehr Giftstoffe im Wasser ansammeln, habe ich die Flasche ausgetauscht. Jetzt trinke ich immer aus Glasflaschen. Im Supermarkt rede ich mit den Leuten und mache sie auf Plastikverpackungen aufmerksam. Und in der chemischen Reinigung bekomme ich meinen Anzug keine Plastikschtzülle mehr. Ich lebe modern, also mit Plastikhandy, Plastikcomputer und Plastikfernseher, gemäß den drei R: reduce, re-use und recycle. Ich fühle die Verantwortung, all das Wissen, das ich während der zehnjährigen Auseinandersetzung mit Plastik angesammelt habe, zu teilen. Mittlerweile bin ich zu einer Art Plastik-Ombudsmann geworden.

[Interview: Juliane Grüning]

Der österreichische Filmregisseur und Autor Werner Boote hat bisher hauptsächlich Musikfilme gedreht. Nach insgesamt zehn Jahren Recherche hat der Wiener sich jetzt einem brisanten Umweltthema gewidmet.

Kontakt:

E-Mail:

info@wernerboote.com,
www.plastic-planet.de,
www.plastic-planet.at



Bundesimmissionsschutzgesetz**Deutschland will EU-Richtlinie nur grob umsetzen**

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat die UmweltpolitikerInnen im Bundestag aufgefordert, die europäische Luftqualitätsrichtlinie (2008/50/EG) vollständig und rechtskonform umzusetzen. Der Verordnungsentwurf zur Umsetzung der Richtlinie aus dem Umweltministerium widerspreche dem EU-Recht und schwäche die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern, die unter Feinstaub und Stickoxiden leiden. Die Luftqualitätsrichtlinie werde auf diese Weise abgeschwächt und EU-Grenzwerte für Feinstaub, Stickstoffoxid und andere Schadstoffe aus dem Straßenverkehr würden so umgangen, dass keine Anstrengungen zur Luftverbesserung nötig seien, vermutet die DUH. Sie forderte die Bundestagsabgeordneten auf, dem Verordnungsentwurf zum Bundesimmissionsschutzgesetz nicht zuzustimmen und stattdessen die EU-Richtlinie formal korrekt und inhaltlich vollständig in deutsches Recht umzusetzen. [bv]

- DUH, Verkehrsexpertin Ulrike Bickel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-72, E-Mail: bickel@duh.de, www.duh.de/verkehr_luftreinhaltung.html

KLIMA & ENERGIE

Globale Klimaverhandlungen**Enttäuschende Zusagen**

■ 55 Staaten haben bis Ende Januar beim UN-Klimasekretariat ihre nationalen Emissionsreduktionsziele eingereicht – so wie es auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im letzten Dezember vereinbart worden war. Die Verpflichtungserklärungen wurden von allen Seiten mit Enttäuschung aufgenommen. Nach Ansicht von Klimaexperten ergäbe sich daraus in diesem Jahrhundert eine globale Temperaturerhöhung von etwa 3,9 Grad. Wissenschaft-

ler gehen mittlerweile davon aus, dass lediglich 1,5 Prozent akzeptabel sind, um gefährliche Folgen zu vermeiden. Der Leiter des UN-Klimasekretariats Yvo de Boer forderte größere Anstrengungen, um der Herausforderung zu begegnen.

Die Zusagen waren im Einzelnen wenig überraschend. Die USA wollen ihre Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2020 um drei Prozent reduzieren, Russland um 20 und Japan um 25 Prozent. China und Indien versprechen ein relatives Ziel, nämlich die Emissionen pro Wirtschaftseinheit auf der Basis von 2005 um 45 beziehungsweise 20 Prozent zu senken.

Die Mitgliedstaaten der EU hatten sich nach längeren Diskussionen darauf geeinigt, ebenfalls bei ihren bekannten Zielen zu bleiben. Die EU will ihre Emissionen bis 2020 auf jeden Fall um 20 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Nur wenn andere Industriestaaten „vergleichbare“ Ziele vorlegen, will die EU ihres auf 30 Prozent erhöhen. Einige Mitgliedstaaten wie Polen und Italien hatten in der Debatte vehement gefordert, sich in jedem Fall auf die 20 Prozent zu beschränken. [ms]

- UN-Klimasekretariat: www.unfccc.int

Weltklimarat**Fehler und Feme**

■ Die Kritik am Weltklimarat IPCC wegen wissenschaftlicher Ungenauigkeiten reißt nicht ab. Nachdem Mitte Januar ein britischer Journalist aufgedeckt hatte, dass der IPCC in seinem letzten Fortschrittsbericht mit falschen Zahlen über die Gletscherschmelze im Himalaja gearbeitet hatte, tauchen immer neue Vorwürfe auf.

So seien die Landmasse in den Niederlanden, die unter dem Meeresspiegel liege, falsch dargestellt, die Zerstörung der Regenwälder im Amazonas übertrieben oder die Verluste durch katastrophale Naturereignisse fehlerhaft berechnet worden.

Der IPCC-Vorsitzende Rajendra Pachauri hat zwar zugegeben, dass die Zahlen über die Gletscherschmelze im Himalaja schlecht recherchiert und falsch waren. Die

anderen Vorwürfe seien aber ungerechtfertigt, konterte er in einer Stellungnahme. Man habe die Fälle sorgfältig nachrecherchiert und sehe keinen Grund, auch nur ein Wort des jüngsten Fortschrittsberichts zu revidieren. An den Grundaussagen über den menschengemachten Klimawandel würden die genannten Einzelfälle ohnehin nichts ändern. [ms]

- Weltklimarat (IPCC): www.ipcc.ch

Alternativer Klimagipfel**Bolivians Präsident lädt ein**

■ Der Präsident von Bolivien, Evo Morales, will nach dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen eine alternative Konferenz veranstalten. Hierzu lädt er zivilgesellschaftliche Organisationen, WissenschaftlerInnen sowie Regierungen, „die mit ihrer Bevölkerung zusammenarbeiten möchten“, ein. Im Mittelpunkt des Treffens vom 20. bis 22. April in Cochabamba sollen die historische Schuld der Industriestaaten am Klimawandel und deren daraus erwachsende Verantwortung für die Entwicklungsländer stehen. Morales sagte, die Konferenz sei eine Möglichkeit, die Vorherrschaft der Industriestaaten zu beenden. Als Hauptziel bezeichnete es Morales, auf dem Gipfel einen Konsens zu erzielen, der die nächsten Klimaverhandlungen im Jahr 2011 in Mexiko weiterbringt. [mv]

- www.cmpcc.org/2010/01/08/afruf
- Hintergrund: www.kurzlink.de/bolivien

Europäischer Emissionshandel**EU-Kommission will die Macht**

■ Die Europäische Kommission strebt im Rahmen des Emissionshandelssystems eine europaweite Versteigerung der Zertifikate an. Das berichtet der Informationsdienst ENDS Daily. Bisher versteigert jedes Mitgliedsland seine Zertifikate in einem eigenen System. Das will die Kommission für die Phase ab 2013 ändern – gegen Wi-

derstand aus Deutschland, Großbritannien und Polen.

Die Regeln für die Versteigerung ab 2013 werden demnächst im sogenannten Komitologieverfahren vereinbart. Diesen Prozess steuert zwar die Kommission, letztlich entscheiden aber Vertreter der Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament hat allerdings ein Einspruchsrecht.

Währenddessen konnte die Kommission in einem anderen Zusammenhang offenbar einen Erfolg verbuchen: Sie setzte – ebenfalls im Komitologieverfahren – durch, dass ein Teil der Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate für Projekte in den Bereichen CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) sowie erneuerbare Energien zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich um etwa 300 Millionen Zertifikate im derzeitigen Wert von etwa 4,5 Milliarden Euro. Wie viel davon für CCS und wie viel für Erneuerbare genutzt werden soll, blieb zunächst offen. Das EU-Parlament muss der Regelung noch zustimmen. [ms]

Straßenverkehr

Pkw-Klimabilanz verbessert sich nur langsam

■ Die durchschnittlichen CO₂-Emissionen von neuen Pkws sind 2008 in der EU um 3,3 Prozent auf 153,5 Gramm CO₂ je Kilometer gesunken. Die von der EU-Kommission Mitte Januar veröffentlichten Daten decken sich mit denen, die der europäische Verband Transport and Environment (T&E) schon im letzten Jahr erhoben hatte. Nach der T&E-Studie lagen die deutschen Autohersteller bei den Kohlendioxidemissionen ihrer Flotten mit einem Wert von 163 Gramm CO₂ pro Kilometer noch weit über dem europäischen Durchschnitt. Daimler landete mit 175 Gramm auf dem letzten Platz von 14 ausgewerteten Herstellern in Europa. VW schaffte es mit 159 Gramm nur auf Platz zwölf, BMW kam mit 154 Gramm auf Platz neun. Am besten schnitten Fiat (Italien) und Peugeot-Citroën (Frankreich) mit

jeweils 139 Gramm CO₂ pro Kilometer sowie Renault mit 143 Gramm ab.

Nach der 2008 verabschiedeten Richtlinie zu CO₂-Emissionen von Pkws gilt ab dem Jahr 2015 in der EU die schrittweise einzuführende Obergrenze von 130 Gramm CO₂ pro Kilometer. Hersteller, die dagegen verstoßen, müssen Strafen zahlen. Das Gesetz könnte in naher Zukunft allerdings verschärft werden. Entsprechende Erwägungen waren jedenfalls von der neuen EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard in ihrer Anhörung vor dem EU-Parlament zu hören. Die geltenden Vorschriften erschienen der früheren dänischen Umweltministerin als zu weich. [mv]

► Bericht der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/2009-713

► Studie von T&E:
www.transportenvironment.org/cars-and-co2

Schiffsverkehr

EU will Schiffe in Emissionshandel einbeziehen

■ Die Europäische Kommission erwägt, den Schiffsverkehr ähnlich wie den Flugverkehr künftig in den EU-Emissionshandel einzubeziehen. Eine von der EU-Kommission Ende Januar veröffentlichte Studie, die verschiedene politische Maßnahmen zur Reduzierung der Schiffsemissionen bewertet, enthält jedenfalls eine entsprechende Empfehlung.

Nach Aussagen des Berichts sind Schiffe, die in europäischen Häfen ein- oder von dort auslaufen, für 31 Prozent der weltweiten Schiffsemissionen verantwortlich. Damit verursachen die Fahrten mehr als sechs Prozent der gesamten CO₂-Emissionen der EU.

Eigentlich wäre die Internationale Schifffahrtsorganisation IMO dafür zuständig, ein globales Abkommen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Schiffsverkehr zu vereinbaren. Die EU-Kommission scheint aber wenig Vertrauen in die IMO zu haben. Sie verweist auf einen Passus in

der europäischen Emissionshandelsrichtlinie, wonach die EU aktiv werden kann, wenn die IMO bis Dezember 2011 kein Abkommen zustande bringt. Da dieser Fall nach Einschätzung der Kommission voraussichtlich eintreffen wird, steht nun der Entwurf eines Alternativplans auf der Agenda. [mv]

► Studie der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/maritime-emissions

Kohlekraftwerke

Kohle auch in Stade am Ende

■ Das französische Energieunternehmen GDF Suez hat Anfang Februar bekannt gegeben, kein Kohlekraftwerk in Stade an der Unterelbe zu bauen. Sowohl in Niedersachsen als auch in Schleswig-Holstein hatten sich Bürgerinitiativen, unterstützt von der bundesweiten Klima-Allianz, gegen die Pläne für ein 800-Megawatt-Kraftwerk gewehrt. „Ein weiteres Kohlekraftwerksprojekt ist Geschichte. Damit konnten allein in den letzten zwölf Monaten sieben dieser Klimakiller verhindert werden“, sagte Elias Perabo von der Klima-Allianz. 24 Kraftwerksprojekte stehen noch auf der Liste der Klimaschützer. [mv]

► Die Klima-Allianz, Elias Perabo, Tel. +49 (0)30 / 6781775-71, E-Mail: perabo@klima-allianz.de, www.die-klima-allianz.de

Biokraftstoffe

EU-Kommission hält Palmöl für nachhaltig

■ Nach Ansicht der EU-Kommission entsprechen Biokraftstoffe, die aus Palmöl gewonnen werden, den Nachhaltigkeitskriterien der EU. Biokraftstoffe aus tierischen und pflanzlichen Abfallprodukten könnten sogar als besonders positiv gewertet werden. Das geht aus einem inoffiziellen Entwurf der Kommission hervor, der Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe aus

unterschiedlichen Quellen definieren soll. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie aus dem Jahr 2008 legt zwar fest, dass Biokraftstoffe in der EU nur unter Einhaltung bestimmter Nachhaltigkeitsregeln verwendet werden dürften. Kriterien wurden dafür aber nicht definiert.

Umweltorganisationen kritisierten den Entwurf der Kommission scharf. Friends of the Earth Europe (FoEE) sieht vor allem in der Akzeptanz von Ölpalmenplantagen eine Einladung zur Zerstörung von Regenwäldern. Die Produktion von Palmöl – bisher vor allem für die Nahrungsmittel- und die Chemieindustrie – ist nach UN-Angaben heute schon die Hauptursache für die Vernichtung von Regenwäldern in Malaysia und Indonesien. Eine stärkere europäische Nachfrage werde diese Situation noch verschlimmern, so FoEE. Die Organisation Transport & Environment warnte, dass auch die Bevorzugung von Abfällen bei der Bilanzierung der Biokraftstoffe falsche Anreize setzen würde. Wahrscheinlich würden tierische Fette dann nicht mehr für Kosmetika eingesetzt, sondern zu Biokraftstoffen verarbeitet. Die Kosmetikindustrie würde dann stärker auf Palmöl zurückgreifen, was die Zerstörung der Regenwälder abermals verstärken würde. [ms]

► FoEE: www.foeeurope.org (Agrofuels)

Erneuerbare Energien

EU dürfte 20 Prozent schaffen

■ 20 Mitgliedstaaten der EU haben ihre Vorausschau für den Ausbau der erneuerbaren Energien bei der EU-Kommission eingereicht. Den Prognosen nach dürfte die EU ihr Ziel, im Jahr 2020 insgesamt 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen zu produzieren, problemlos erreichen. Die meisten Staaten halten ihr Teilziel für realistisch, einige rechnen damit, deutlich darüber hinausgehen zu können. In der Erneuerbare-Energien-Richtlinie ist festgelegt, welchen Prozentsatz jeder Mitgliedstaat erreichen muss. Außerdem sind regelmäßige Schätzungen über den Verlauf des Ausbaus vorgeschrieben.

Neben Dänemark, Schweden und Spanien zählt auch Deutschland zu den Ländern, die ihr nationales Ziel voraussichtlich übertreffen werden. Anstelle der vorgeschriebenen 18 Prozent rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2020 mit 18,7 Prozent. Damit sei Deutschland nicht auf Unterstützung durch andere Länder angewiesen. Gleichzeitig begrüßt die deutsche Regierung aber die in der Richtlinie enthaltenen „flexiblen Kooperationsmechanismen“, die es ermöglichen, dass Mitgliedstaaten ihre Ziele nicht unbedingt aus eigener Kraft erreichen müssen.

Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) kritisiert die Vorausschau der Bundesregierung als zu wenig ambitioniert. Nach eigenen Berechnungen, die das BEE in Form einer „Roadmap“ vorlegte, könnte Deutschland beim Ausbau der Erneuerbaren sehr viel schneller vorankommen. Die Bundesrepublik könne 2020 bereits bei 28 Prozent liegen, „wenn die Politik jetzt die Weichen richtig stellt“, sagte BEE-Präsident Dietmar Schütz. [ms]

- Einzelne Dokumente der Vorausschau: www.kurzlink.de/res-forecast2010
- BEE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2758170-0, Fax -20, E-Mail: info@bee-ev.de, www.bee-ev.de

Solarenergie

Streit um Absenkung der Solarstromförderung

■ Die Bundesregierung will die Sätze der Einspeisevergütung für Solarstrom deutlich kürzen. Nach den Vorstellungen von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) soll – zusätzlich zu den bereits erfolgten Kürzungen zum Jahresbeginn – die Förderung ab dem 1. April nochmals um 15 Prozent sinken, für Anlagen auf



Echte Risiken, falsche Versprechungen

Marode Atomlager, störungsanfällige Kernkraftwerke, AKW-Laufzeitverlängerungen durch die neue Bundesregierung, Lobpreisungen der Atomlobbyisten: Die Debatte um die Nutzung der Atomkraft ist aktueller denn je. Der Band »Mythen der Atomkraft« liefert das überfällige, atomkritische Know-how zur Debatte, zeigt Alternativen und entlarvt die Kernkraft als das, was sie ist: eine unverantwortliche und teure Risikotechnologie.

G. Rosenkranz

Mythen der Atomkraft

Wie uns die Energielobby hinters Licht führt

quergedacht Band 1

112 Seiten, 8,95 EUR, ISBN 978-3-86581-198-1

quergedacht

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

oekom

Ackerflächen sogar um 25 Prozent. Gegen Röttgens Pläne gab es allerdings massiven Widerstand, auch aus der eigenen Partei. Die letzten Meldungen kurz vor Redaktionsschluss deuteten darauf hin, dass die Kürzung erst im Juni kommt, dann aber 16 Prozent betragen soll.

Hintergrund ist der Boom der Solarenergie in den letzten Jahren, der zu einer deutlichen Absenkung der Kosten um 20 bis 25 Prozent geführt hat. Damit sei die derzeitige Höhe der Einspeisevergütung nicht mehr gerechtfertigt, sagte Röttgen. Durch die Kürzung würden die Verbraucher bis zu einer Milliarde Euro im Jahr sparen.

Im Prinzip stimmen dem auch die Interessenverbände der Solarindustrie zu. Sie halten allerdings die geplanten 15 oder 16 Prozent für deutlich zu hoch. Der Präsident des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) Günther Cramer warnte, Kürzungen im zweistelligen Bereich würden Dutzende deutsche Solarunternehmen in die Insolvenz oder ins Ausland treiben. Fünf Prozent seien dagegen auch für den BSW akzeptabel. Auch von ostdeutschen CDU-Politikern, in deren Ländern die deutsche Solarindustrie hauptsächlich produziert, kam Kritik. Röttgens Pläne gefährdeten zahlreiche der erst in den letzten Jahren geschaffenen Arbeitsplätze. [ms]

- ▶ Bundesumweltministerium: www.bmu.de
- ▶ BSW: www.solarwirtschaft.de
- ▶ Aktuelle Nachrichten zu diesem Thema: www.dnr.de/infoservice

Atomexporte

Bund bürgt für AKW-Neubau in Brasilien

■ Die Bundesregierung hat dem Technologiekonzern Siemens sogenannte Hermesbürgschaften in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für den Bau des Atomkraftwerkes Angra III in Brasilien zugesagt. Erstmals seit knapp zehn Jahren werden damit wieder staatliche Bürgschaften für den Export von Atomtechnologien vergeben.

Sie waren unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung gestoppt worden.

Umweltgruppen hatten vor der Bürgerschaft gewarnt: Angra III sei ein veralteter Reaktortyp und liege in einem Erdbebengebiet (umwelt aktuell 02/2010, S. 15). [ms]

- ▶ www.urgewald.de (Kampagnen – Atomkraft)

Atomkraftwerke

Laufzeitverlängerung verfassungswidrig?

■ Der Staat verletzt seine Schutzpflichten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn er die AKW-Laufzeiten verlängert, ohne dass es eine Lösung für die Endlagerung des hoch radioaktiven Atomabfalls gibt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten, das die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Ende Januar in Berlin veröffentlicht hat. Danach stünde die Nutzung der Atomenergie in einem Widerspruch zu den verfassungsrechtlichen Schutzpflichten des Staates, wenn die 2002 mit dem Atomausstiegsgesetz festgelegte Mengengrenzung der Atomabfallproduktion aufgehoben wird – was bei einer Laufzeitverlängerung der Fall wäre.

Nach Ansicht der DUH kann der Staat die Verletzung von Schutzpflichten auch nicht mit „überragenden Allgemeinwohlinteressen“ wie dem Interesse an einer sicheren Stromversorgung rechtfertigen, da die erneuerbaren Energien Strom aus Atomkraftwerken in Zukunft ersetzen könnten und Deutschland in den vergangenen Jahren sogar Rekordstrommengen ins Ausland exportiert habe.

Die staatlichen Schutzpflichten leiten sich aus den Grundrechten ab, beispielsweise dem Recht auf Leben, Gesundheit und Eigentum. Die verfassungsrechtliche Überprüfung einer gesetzlichen Verlängerung der Laufzeiten könnte jede Landesregierung oder ein Viertel der Bundestagsabgeordneten in Karlsruhe beantragen. [mv]

- ▶ DUH, Dr. Cornelia Ziehm, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-0, E-Mail: ziehm@duh.de, www.duh.de

Atomabfall

Neuer Castor, neuer Protest

■ Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat im Februar den neuen Castorbehälter HAW28M für das Zwischenlager Gorleben genehmigt. Damit steht dem für Herbst geplanten Atomabfalltransport vom nordfranzösischen La Hague nach Gorleben nichts mehr im Weg – außer den Widerstandsaktionen vor Ort und an der Strecke. Die Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg rechnet für dieses Jahr mit den massivsten Bürgerprotesten aller Zeiten. Die Mausecheln bei der Standortfindung und der noch stärker strahlende Müll, für den die neuen Behälter entwickelt wurden, könnten viel mehr Menschen zu Aktionen bewegen, so die BI. Wissenschaftler haben nach einem Bericht des Magazins Spiegel außerdem Sicherheitsbedenken geäußert: Das Glas, das den Atomabfall umschließt, könne bei Wasserkontakt bersten. [mv]

- ▶ www.bi-luechow-dannenberg.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Kennzeichnung

EU kürt neues Bio-Logo

■ Der Wettbewerb um das EU-Biosiegel ist entschieden. Zwölf weiße Sterne in Form eines Blattes auf grünem Hintergrund werden ab Juli zeigen, dass ein Produkt nach den EU-Kriterien für Bioware hergestellt wurde. Über die Entwürfe wurde in den letzten beiden Monaten im Internet abgestimmt. Fast zwei Drittel der rund 130.000 Stimmen entfielen auf das „Euro-Blatt“ von Dušan Milenković, einem Studenten aus Düsseldorf. Für Importware ist das Logo allerdings freiwillig. Nationale, regionale und private Siegel dürfen daneben weiterverwendet werden. [mbu]

- ▶ Das Logo: www.kurzlink.de/eu-bio-logo
- ▶ EU-Regeln für Bioprodukte: www.kurzlink.de/eu-bioproduktregeln

DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

NEU!

2010



SCHWERPUNKT

Die soziale Verantwortung der Unternehmen

Wie Manager und gesellschaftliche Akteure zusammenarbeiten

WEITERE THEMEN

- Unheilvolle Allianz von Umweltverbänden und Unternehmen
- Marktverzerrungen durch Umweltpolitik
- Agrarpolitik jenseits der praktischen Vernunft

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

kontakt@oeekom.de

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abbedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oeekom
verlag

Herstellungsbedingungen

Transparenz mit Trackingcode

■ Weil viele VerbraucherInnen bei der Fülle an Produkten, die es gibt, gern Bescheid über die Produktionsbedingungen wissen möchten, haben einige Unternehmen sogenannte Trackingcodes eingeführt. Verbraucher können auf einer Internetseite den Code eingeben und dann Details über die Herkunft des jeweiligen Produkts einsehen. Wie die Verbraucher-Initiative berichtete, versuchen Anbieter damit, den globalen Handel transparenter zu machen und die Herkunft ihrer Produkte offenzulegen.

Für die Kaufentscheidung spielt laut Verbraucher-Initiative eine Rolle, wie authentisch Produkte durch eine offengelegte Entstehungsgeschichte wirken. Produkte überzeugten beispielsweise wegen einer besonderen Herstellungsweise (handwerklich, traditionell, regional) oder weil man wisse, von wem sie erzeugt wurden. Beispiele dafür seien fair gehandelte Waren mit Fairtrade-Code, der „Bio-mit-Gesicht“-Code von Akteuren des ökologischen Landbaus, der „Made-By“-Code einer Reihe von Modeherstellern und das Followfish-Trackingsystem für Tiefkühl-Biofisch. [mbu]

- ▶ www.oeko-fair.de
- ▶ Verbraucher Initiative, Berlin, +49 (0)30 / 536073-3, Fax -45, E-Mail: mail@verbraucher.org, www.verbraucher.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarpolitik

Fünf Milliarden mehr für die ländliche Entwicklung

■ Der Hauptteil der Mittel aus dem EU-Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum soll mit 1,5 Milliarden Euro in den Erhalt der biologischen Vielfalt und die Wasserbewirtschaftung fließen. Das be-

schluss der Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raumes Ende Januar.

Insgesamt fünf Milliarden Euro zusätzlich will die EU für die Entwicklung des ländlichen Raumes ausgeben. Damit sollen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, der Milchmarktkrise und des Klimawandels abgefedert werden. Eine Milliarde Euro steht für den Ausbau der Breitbandnetze im ländlichen Raum bereit, 700 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen und 300 Millionen für die Förderung erneuerbarer Energien. Für die Umstrukturierung des Milchsektors will die EU 700 Millionen Euro ausgeben.

Die bisherige EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel betonte, angesichts der Wirtschaftslage und der Umweltsituation sei der Handlungsbedarf auf dem Lande ebenso groß wie in den Städten. Jetzt liege es an den Mitgliedstaaten und den Regionen, diese Mittel auch sinnvoll einzusetzen. [mv, mbu]

- ▶ Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum: www.ec.europa.eu/agriculture/rurdev/countries

EU-Agrarreform

Agrarförderung soll sich ökologisch orientieren

■ Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat sich im Januar für eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Agrarförderung ausgesprochen. Die derzeitige Förderung sei nicht mehr zeitgemäß, sagte Karin Holm-Müller vom SRU. Öffentliche Gelder dürften nur noch für öffentliche Ziele eingesetzt werden, vor allem für den Umwelt- und Naturschutz.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union steht derzeit auf dem Prüfstand. Anlass dafür ist auch die Diskussion um die Zukunft des EU-Haushalts für die neue Finanzperiode 2014 bis 2020. Aus Sicht des SRU sind der Klimawandel und der Verlust der Artenvielfalt die zentralen Umweltprobleme des 21. Jahrhunderts. Die Landwirtschaft und die Agrarpolitik spielten dabei eine wichtige

Rolle. Die intensive Landwirtschaft sei hauptverantwortlich für den Biodiversitätsverlust und verursache erhebliche klimaschädliche Emissionen von Lachgas und Methan.

Auch die Umwandlung von Grünland in Ackerland und die Trockenlegung von Mooren für die Agrarbewirtschaftung tragen laut SRU zum Klimawandel bei. Die Landwirtschaft sei zudem die Hauptquelle der Überdüngung von Binnengewässern sowie der Nord- und Ostsee. Um dem entgegenzuwirken, müssten die Beiträge der Landwirte zum Natur-, Umwelt- und Klimaschutz gezielter honoriert werden.

Der Sachverständigenrat schlägt vor, die bisherigen weitgehend einkommenspolitisch motivierten Zahlungen durch drei agrarpolitische Förderlinien zu ersetzen. Dazu soll als Erstes eine ökologische Grundprämie gehören. Um sie zu erhalten, sollen Landwirte mindestens zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche als „ökologische Vorrangflächen“ bereitstellen und Standards einhalten, die den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand ihrer Flächen sicherstellen. Zum Zweiten plädiert der SRU für den Ausbau der bisherigen Agrarumweltmaßnahmen und des Vertragsnaturschutzes, die gezielt als bisher auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet sein müssten.

Drittens solle es schließlich eine Prämie zum Erhalt wertvoller Kulturlandschaften geben, die von Nutzungsaufgabe bedroht sind. Dadurch sollen vor allem noch vorhandene extensive Produktionsweisen mit ihrem positiven Einfluss auf die Artenvielfalt und die abiotischen Ressourcen gefördert und erhalten werden.

Zum gleichen Thema erschien auch ein Bericht des Instituts für eine europäische Umweltpolitik (IEEP), der erstmals die öffentlichen Güter, die Landwirte europaweit bereitstellen, in vollem Umfang zu ermitteln versucht. Die Studie ergab außerdem, dass die EU-BürgerInnen großen Wert auf diese öffentlichen Güter legen. [mbu]

- ▶ Stellungnahme des SRU (PDF, 30 S., 230 kB): www.kurzlink.de/agrarfoerderung-sru
- ▶ IEEP-Bericht: www.ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/public-goods

Pflanzenschutzmittel I

Pestizidzulassung künftig für mehrere EU-Staaten

■ 70 Pflanzenschutzmittelexperten aus den EU-Mitgliedstaaten haben sich Ende Januar beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Braunschweig getroffen, um über neue Leitlinien für die Pestizidzulassung zu beraten. Im Juni 2011 tritt das sogenannte zonale Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel in Kraft. Weiteres Thema war die künftige Zusammenarbeit der für die Genehmigung zuständigen Behörden. Die Fachleute vereinbarten, eine neue Datenbank aufzubauen, die den beteiligten Behörden jederzeit Auskunft über den Stand der laufenden Verfahren gibt.

Die Zulassung für Pflanzenschutzmittel wird in der EU von den Mitgliedstaaten erteilt, weil sich die landwirtschaftlichen Verhältnisse von Land zu Land erheblich unterscheiden. So gibt es in Skandinavien andere Pflanzen, andere Schädlinge und anderes Klima als am Mittelmeer.

Mit der Begründung, dass doppelte Arbeit in den Zulassungsbehörden vermieden werden soll, wird mit der neuen EU-Pflanzenschutzmittelverordnung ab Juni 2011 die zonale Zulassung eingeführt. Dazu ist die EU in die drei Zonen Norden, Mitte und Süden eingeteilt. Antragsteller können künftig Zulassungen gleich für mehrere Mitgliedstaaten einer Zone beantragen. Die Bewertung übernimmt ein Mitgliedstaat, die anderen erteilen anschließend auf Basis dieser Bewertung ebenfalls die Zulassung.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) kritisierte die neue Regelung. Sie werde zu einer Absenkung von Standards führen, erklärte die Umweltorganisation.

Für Deutschland legte das BVL inzwischen den Jahresbericht zum Pflanzenschutzkontrollprogramm 2008 vor. [mbu]

- ▶ BVL, Braunschweig, Tel. +49 (0) 531 / 21497-0, www.bvl.bund.de/psmkontrollprogramm
- ▶ PAN Germany, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-0, Fax -30, www.pan-germany.org (Info-Datenbank – Zulassung von Pestiziden)

Pflanzenschutzmittel II

Artenschwund durch Ackergift

■ Landwirte, die auf ihren Feldern giftige Pflanzenschutzmittel versprühen, verursachen damit einen deutlichen Artenschwund auf den Ackerböden und deren Umgebung. Das ergab eine Studie von Agrarwissenschaftlern der Universität Göttingen in acht west- und osteuropäischen Ländern. So lebten auf einem ökologisch bewirtschafteten Acker rund 1.000 verschiedene Arten, auf einem mit Pestiziden behandelten nur noch etwa halb so viele, sagte der Agrarökologe Teja Tschardt bei der Vorstellung der Studie im Februar in Göttingen.

Für die Studie wurden 150 Weizenfelder in Deutschland, den Niederlanden, Schweden, Irland, Spanien, Polen, Estland und Frankreich untersucht. Laut Tschardt befinden sich die Felder in unterschiedlichen Regionen, Landschaften und Lagen, sind verschieden groß und wurden auf verschiedene Weise bewirtschaftet. Untersucht werden sollte die Wirkung einzelner solcher Faktoren auf die Vielfalt von Pflanzen und Tieren, vor allem Käfer und bodenbrütende Ackervögel.

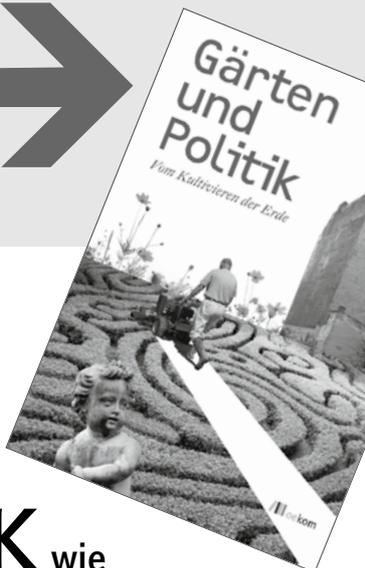
Das Resultat sei eindeutig, sagte Tschardt. Schuld am Rückgang der Tier- und Pflanzenvielfalt sind demnach vor allem Ackergifte wie Insektizide oder Fungizide, mit denen Insekten beziehungsweise Pilze bekämpft werden.

Der Ökolandbau, der Ackergifte vermeidet, wirkt sich laut der Studie dagegen positiv auf die Vielfalt der Pflanzen und Laufkäfer aus. Brutvögel profitierten allerdings wenig davon. Wie viele Säugetiere, Tagschmetterlinge oder Bienen lebten Vögel in größeren Landschaftsgebieten, sagte Tschardt. So seien sie auch dann gefährdet, wenn in der Nachbarschaft ökologisch bewirtschafteter Felder Pestizide eingesetzt werden. „Wer Artenvielfalt will, muss auf Spritzmittel weitestgehend verzichten“, betonte der Agrarforscher. [mbu]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/studie-pestizide.pdf
- ▶ Universität Göttingen, Agrarökologie, Prof. Dr. Teja Tschardt, Tel. +49 (0)551 / 399205, www.uni-goettingen.de/de/74726.html

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kultivieren

Gärten und Städte entstanden als Verteidigungsorte des Menschen gegen die wilde Natur. Mit deren Aneignung wandelten sich auch die menschliche Natur und das gesellschaftliche Leben.

Expert(inn)en verschiedener Fachrichtungen zeichnen in diesem Buch ein facettenreiches Bild vom Garten – von der Renaissance bis zur Gegenwart, vom humanistischen Garten bis heute: Bunt wie das Leben selbst und reich an Erkenntnissen über das, was uns bewegt.

B. Reimers (Hrsg.)
Gärten und Politik
 Vom Kultivieren der Erde
 oekom verlag, München 2010,
 320 Seiten, 29,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-158-5

Erhältlich bei
 www.oekom.de
 kontakt@oekom.de
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

oekom
 verlag
 Die guten Seiten der Zukunft

Gentechnik-Kennzeichnung

Ohne-Gentechnik-Siegel ausweiten?

■ Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) hat die Debatte um die Kennzeichnung von Lebensmitteln, die ohne Gentechnik hergestellt wurden, wieder angefacht. Nachdem sie angekündigt hatte, die Kennzeichnung in der EU voranzutreiben, übten der Deutsche Bauernverband und die Lebensmittelindustrie erneut scharfe Kritik am „Ohne-Gentechnik“-Label.

Das Umweltinstitut München sprach sich dafür aus, die Kennzeichnung von gentechnikfreien Produkten auszuweiten. Der Skandal um genmanipulierte Baumwolle in Biotextilien habe die Frage nach gentechnikfreier Kleidung aufgeworfen. Die derzeitige Gesetzgebung und Kontrolle beuge einem derartigen Betrugsskandal nicht ausreichend vor, so das Institut. Händler hatten indische Gentech-Baumwolle als Bioware deklariert.

Auch die bestehende EU-Ökoverordnung regelt den textilen wie auch den gesamten Nichtlebensmittelbereich mit keinem Wort. Das Umweltinstitut fordert nun zunächst eine lückenlose Kennzeichnungen von genmanipulierten Inhaltsstoffen bei Textilien. [mbu]

- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de
- ▶ Umweltinstitut München, Tel. +49 (0)89 / 307749-0, www.umweltinstitut.org

Gentechnik in Schutzgebieten

Aigner soll Artenschutz statt Agrogentechnik fördern

■ Der Naturschutzbund hat im UN-Jahr der biologischen Vielfalt Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner aufgefordert, sich den Artenschutz in der Landwirtschaft stärker auf die Fahnen zu schreiben. Immer noch fehlten klare gesetzliche Regelungen zum Anbau von Genmais in Naturschutzgebieten, monierte der NABU.

Solange die Risiken für Mensch und Natur ungeklärt seien, fordert der Verband ein generelles Anbauverbot von Genpflanzen in Naturschutzgebieten sowie mindestens 1.000 Meter Abstand zu Schutzgebieten. Im vergangenen Jahr war der Anbau von Genmais in Deutschland verboten worden, über eine Zulassung für 2010 ist noch nicht entschieden.

Laut NABU ist nach wie vor nicht ausreichend erforscht, wie sich ein großflächiger Anbau von genmanipulierten Pflanzen auf die biologische Vielfalt auswirkt. Anfang des Jahres veröffentlichte der Verband deshalb die Broschüre „Agrogentechnik und Naturschutz“. Sie fasst die bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen zum sogenannten Bt-Mais sowie die möglichen Folgen für Käfer, Schmetterlinge, Bienen und Wasserorganismen zusammen und zeigt die Forschungslücken auf.

In Deutschland wird auf über zwei Millionen Hektar Mais angebaut. Vor allem wegen der Förderung der Bioenergie wächst die Anbaufläche. „Großflächiger Maisanbau erzeugt ökologische Wüsten“, sagte die NABU-Gentechnikexpertin Steffi Ober. „Das ist schon jetzt eine Fehlentwicklung, die durch den Einsatz von Gentechnik noch befördert wird.“ [mbu]

- ▶ NABU, Gentechnikreferentin Steffi Ober, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1612, Fax -2000, E-Mail: steffi.ober@nabu.de, www.nabu.de/gentechnik

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Illegales Holz

Geschwächte Gesetzgebung

■ Der EU-Agrarministerrat hat Ende Januar seine Position zur technischen Umsetzung der Verordnung zu illegalem Holz verabschiedet. Sie wird nun dem Europäischen Parlament zur zweiten Lesung zugestellt. Die für Forstwirtschaft zuständigen AgrarministerInnen hatten sich im Dezember auf einen Verordnungsentwurf geeinigt, der die Sorgfaltspflicht für

den Handel mit Holz einführen soll. Wer künftig in der EU mit Holz handelt, muss belegen, wer sein Lieferant ist, ob dieser eine Lizenz zum Holzfällen hat und welche Holzart vertrieben wird. So soll die Vermarktung von illegal geschlagenem Holz eingedämmt werden. Mehrere Mitgliedstaaten wollten aber lieber ein grundsätzliches Verbot.

Im April 2009 hatte das EU-Parlament in erster Lesung den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission verschärft. Der Ministerrat habe den relativ anspruchsvollen Verordnungsentwurf des EU-Parlaments bis zur Unwirksamkeit verwässert, kritisierte die Umweltorganisation Pro Regenwald (umwelt aktuell 02.2010, S. 18). [bv]

- ▶ Dokument: www.kurzlink.de/illegalholz-rat.pdf
- ▶ Pro Regenwald, Martin Glöckle, München, Tel. +49 (0)89 / 3598650, E-Mail: raubbau@wald.org, www.pro-regenwald.de

Biodiversität I

Artenschwund kaum präsent

■ Eine Ende 2009 veröffentlichte Studie der EU hat die wesentlichen Gründe für den voranschreitenden Biodiversitätsverlust zusammengefasst. Analysiert werden zudem die politischen Bestrebungen, dem Verlust der Artenvielfalt entgegenzuwirken, sowie politische, wirtschaftliche und soziale Faktoren. Darüber hinaus stellen die WissenschaftlerInnen politische Handlungsoptionen vor, um den Druck auf bedrohte Ökosysteme zu reduzieren.

Als Hauptproblem nennt die Studie, dass den Entscheidungsträgern auf allen Ebenen kaum der soziale, ökonomische und ökologische Wert von Biodiversität bewusst sei. Deswegen spiele der Biodiversitätsschutz in ihren Überlegungen nur eine geringe Rolle. Die AutorInnen der Studie empfehlen eine internationale monetäre Bewertung von Ökosystemleistungen und die effektive Umsetzung bestehender Richtlinien und Konzepte. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/studie-bidiverlust (PDF, 7,2 MB)

Biodiversität II

EU hat Ideen für neue Biodiversitätsziele

■ Die EU-Kommission hat für den Biodiversitätsschutz einen Rahmen für mögliche neue Ziele bis zum Jahr 2020 sowie eine langfristige Vision bis 2050 vorgeschlagen und Zeiträume zur Umsetzung der Ziele genannt. Laut einer im Januar veröffentlichten förmlichen Mitteilung sieht die Kommission vor allem in sechs Bereichen dringenden Handlungsbedarf:

- ▶ Umsetzungslücken beim europäischen Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000,
- ▶ politische und gesetzliche Lücken vor allem bei Böden und invasiven Arten,
- ▶ Wissenslücken und fehlende Daten auf allen Ebenen,
- ▶ Einbeziehung von Biodiversitätsbelangen in andere politische Maßnahmen,
- ▶ Finanzierung von Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt und von Ökosystemdienstleistungen,
- ▶ Prüfung der Verteilungsgerechtigkeit auf europäischer und globaler Ebene.

Zur Verwirklichung des Ziels für 2020 sieht die Kommission vier Optionen mit unterschiedlichem Anspruchsniveau. Die vierte Option, die von den Umweltverbänden favorisiert wird, ist die ehrgeizigste: Eindämmung des Verlustes an Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen in der EU bis 2020 und Wiederherstellung im Rahmen des Möglichen, außerdem Verbesserung des Beitrages der EU zur Vermeidung globaler Biodiversitätsverluste.

Der Kommissionsvorschlag soll zur Annahme eines anspruchsvollen 2020-Biodiversitätsziels auf dem EU-Ratsgipfel im Juni führen, das die EU dann in die Verhandlungen zur UN-Biodiversitätskonvention im Herbst in Japan einbringen will.

Das Europäische Umweltbüro EEB hat im Januar eigene Visionen für den Biodiversitätsschutz nach 2010 veröffentlicht. Auf 20 Seiten macht das EEB Vorschläge für Aktionen und Entscheidungen der EU in diesem Jahr. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/KOM2010-4
- ▶ www.kurzlink.de/eeb-post2010visionen

Biodiversität III

Umweltagentur hat Message

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) veröffentlicht im Jahr der Biodiversität in jedem Monat bis zur zehnten Vertragsstaatenkonferenz (COP 10) der UN-Biodiversitätskonvention im Oktober in Japan eine „Botschaft“. Die erste Botschaft beschäftigt sich mit Klimawandel und Biodiversitätsverlust. Die EEA betont, dass diese beiden Bedrohungen wegen ihrer Wechselbeziehung als Einheit behandelt werden müssten. Die zweite Botschaft erklärt, wie Schutzgebiete den Biodiversitätsschutz unterstützen. Alle zehn Botschaften werden auf der Internetseite der EEA veröffentlicht. [bv]

- ▶ www.eea.europa.eu/publications/10-messages-for-2010

Biodiversität IV

Europäischer Auftakt zum Biodiversitätsjahr

■ Delegierte aus 48 europäischen Ländern haben im Januar auf einer Konferenz der spanischen EU-Ratspräsidentschaft zu Visionen und Zielen für die Biodiversität die sogenannten Cibeles-Prioritäten zum Biodiversitätsschutz verabschiedet.

Das Papier enthält Prioritäten für politische Aktivitäten wie die Einbeziehung der Biodiversitätsziele in die 2020-Strategie der EU, gesicherte Zahlungen für Ökosystemleistungen, die Integration von Biodiversitätsbelangen in alle Politikbereiche sowie die vollständige Umsetzung der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie in der EU und die Vollendung des Natura-2000-Netzwerks. Weitere genannte Punkte sind der Schutz der Meeresumwelt, Maßnahmen gegen Entwaldung, für den Schutz von Wäldern, Böden und Wasserressourcen sowie gegen invasive Arten, die Einrichtung von Schutzgebieten und ökologischen Netzwerken in Drittländern sowie die Etablierung des Europäischen Aktionsplans zur Erreichung des 2020-Ziels. ▶

Die Konferenz war die Auftaktveranstaltung für das UN-Jahr der Biodiversität in Europa. In diesem Jahr stehen die kritische Analyse des verfehlten 2010-Biodiversitätsziels der EU sowie die Definition eines neuen Ziels für die Zeit danach auf dem Plan. Die Veranstaltung sollte dafür ebenso einen Beitrag leisten wie zur Umsetzung des Programms der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) zu Schutzgebieten. Nach den Vorstellungen der Konferenzteilnehmer sollen die Cibeles-Prioritäten am 15. März vom EU-Umweltministerrat angenommen werden. Damit können sie auf dem Frühlingsgipfel der Staats- und Regierungschefs in die 2020-Strategie der EU Eingang finden, die der Lissabon-Strategie nachfolgen soll. [bv]

- www.kurzlink.de/cibeles-priorities (PDF, engl.)
- www.kurzlink.de/konfer2010bidivision

Biodiversität V

Trondheim-Konferenz

■ Während der sechsten Trondheim-Konferenz haben im Februar Regierungsvertreter, Delegierte der UN und Wissenschaftlerinnen aus mehr als 100 Ländern über das 2010-Biodiversitätsziel und die

Lektionen aus dem bisherigen Scheitern der Biodiversitätspolitik debattiert. Ziel der Konferenz war es, in Kooperation mit der Wissenschaft neue Ziele für die Biodiversitätskonvention (CBD) zu entwickeln, die in der zweiten Hälfte dieses Jahres verabschiedet werden sollen. Die Trondheim-Konferenz zu Biodiversität tagt seit 1993 in der norwegischen Stadt als Forum für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Sie wird vom Umweltministerium in Oslo gemeinsam mit dem UN-Umweltprogramm (UNEP) und dem CBD-Sekretariat organisiert. [bv]

- www.trondheimconference.org

Biodiversität VI

Kommunen erklären sich

■ Vertreter aus mehr als 30 Kommunen sowie des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes haben eine Deklaration für mehr Engagement für die biologische Vielfalt in Städten und Gemeinden verabschiedet. Auf dem Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“ Anfang Februar in Bonn erarbeiteten und unterzeichneten sie das Dokument. Mit der Erklärung wollen die

teilnehmenden Städte und Gemeinden ihren Willen bekunden, sich weiter für die Biodiversität in den Kommunen zu engagieren. Das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Deutschen Umwelthilfe veranstaltete Forum ist Teil des Dialogprozesses zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, die 2007 von der Bundesregierung verabschiedet wurde. [bv]

- BfN, Alice Kube, Leipzig, +49 (0)341 / 30977-36, Fax -40, E-Mail: alice.kube@bfn.de, www.bfn.de

Invasive Arten

Zahl und Wirkung von Aliens unterschätzt

■ Invasive gebietsfremde Arten gehören zu den drei größten Bedrohungen für das Leben auf der Erde. So lautet das Fazit einer neuen Studie des Global Invasive Species Programme (GISP). Die Publikation zu den weltweiten Indikatoren der biologischen Invasion zeigt, dass in den 57 untersuchten Ländern durchschnittlich 50 nicht heimische Arten pro Land negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt haben. Am stärksten betroffen ist



Umfassende Informationen zur europäischen Umweltpolitik bietet die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzinges in Berlin:

EU-Tagespolitik, Hintergründe, Stellungnahmen, Termine und Kontakte.

Nutzen Sie unser Serviceangebot:

- Newsletter zur EU-Umweltpolitik
- Terminvorschau
- Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?
- Adressen von NGOs und ExpertInnen
- Themenhefte
- Factsheets

Mehr Informationen:
Tel. +49 (0)30 / 678177570
E-Mail: eu-info@dnr.de
oder im Internet:
www.eu-koordination.de



Neuseeland mit 222 Arten. Das sind weit mehr Arten als bisher angenommen. Die Studie benennt die Auswirkungen auf die Biodiversität sowie mögliche politische Lösungen. So sei etwa die Bedrohung der heimischen Artenvielfalt in den vergangenen 25 Jahren vor allem durch zunehmenden internationalen Handel gestiegen. Streng kontrollierte Handelsbeschränkungen könnten dieses Problem verringern. [bv]

► GISP-Studie (PDF, 14 S., 500 kB): www.gisp.org/whatsnew/docs/McGeochetal2010.PDF

Wald

Kunstdünger und Autos halten Waldzustand stabil

■ Laut dem vom Bundeslandwirtschaftsministerium Ende Januar veröffentlichten Waldzustandsbericht hat sich der Wald im vergangenen Jahr etwas erholt. 36 Prozent der Bäume weisen keine sichtbaren Schäden an Blättern oder Nadeln auf, das sind fünf Prozent mehr als im letzten Jahr. Auch der Kronenzustand hat sich dem Bericht zufolge verbessert.

Entwarnung kann jedoch nicht gegeben werden. Die Belastung mit Stickoxiden und Ammoniak durch Landwirtschaft und Verkehr seien weiterhin viel zu hoch und förderten die weitere Versauerung der Waldböden, stellt der Bericht fest. Auch der Klimawandel werde zu einer immer größeren Bedrohung. Trockene, heiße Sommer machten besonders Buchen und Eichen zu schaffen, da sie zu extremer Fruchtbildung führten, die die Bäume schwäche.

Naturschutzverbände und die Grünen riefen die Bundesregierung auf, Schadstoffeinträge aus Landwirtschaft und Industrie zu reduzieren, da sonst der Wald dauerhaft krank bleibe. Der Umweltverband BUND forderte eine ökologisch nachhaltige Forstwirtschaft, die stabile artenreiche Waldökosysteme vor das Gewinnstreben stellt. [ans]

► BUND, Naturschutzexperte Nicola Uhde, Berlin, Tel. +49 (0)30-27586-498, www.bund.net

Landschaft des Jahres

Nachhaltigkeit im Donaudelta

■ Die Naturfreunde-Internationale (NFI) zeichnet seit 1989 ökologisch wertvolle grenzüberschreitende Regionen in Europa als Landschaft des Jahres aus. Nun ist der Abschlussbericht „Landschaft des Jahres 2007–2009 – Donaudelta“ erschienen. Ziel der Arbeit war es dort, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen und sowohl auf strategischer Ebene wie durch praktische Maßnahmen Impulse zu setzen. Der Bericht dokumentiert die Erfolge von vier Jahren Arbeit vor Ort in Kooperation mit den Naturfreunden Rumäniens und weiteren Partnern. Da nachhaltige Entwicklung „work in progress“ sei, nennt der Abschlussbericht neben Ergebnissen auch Anknüpfungspunkte für eine mögliche Fortsetzung. [bv]

► Naturfreunde Internationale, Wien, Tel. +43 (0)1 8923877, E-Mail: office@nf-int.org, www.nfi.at

Natura 2000

Austausch guter Praxis

■ Natura 2000 Good Practice Exchange heißt eine neue Internetseite, die Organisationen und Einzelpersonen dabei helfen will, ihre Tätigkeiten auf sozialem und ökonomischem Gebiet zur Unterstützung des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 abzustimmen. Die Seite soll vor allem den Austausch von Informationen und erfolgreichen Methoden erleichtern.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) veröffentlichte außerdem im Januar die Broschüre „Natura 2000 – Kooperation von Naturschutz und Nutzern“. Sie stellt Pilotprojekte und abgestimmte Nutzungskonzepte in Natura-2000-Gebieten in den Bereichen Rohstoffabbau, militärische Übungsplätze, Bundeswasserstraßen und Grundwasserentnahme vor. [bv]

► www.natura2000exchange.eu

► BfN-Broschüre: Bezug: E-Mail: presse@bfn.de, Download: www.bfn.de/0316_veroe.html

Kormorane

Vogel des Jahres schlägt hohe Wellen

■ Die Wahl des Kormorans zum Vogel des Jahres 2010 hat in ganz Deutschland intensive Debatten ausgelöst. Gleich zu Beginn des neuen Jahres demonstrierten einige Fischer und Angler am Bodensee gegen den „Fischräuber“. In Mecklenburg-Vorpommern kündigte der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, Till Backhaus, massive Eingriffe in neun von insgesamt 14 Kormorankolonien an. Unter anderem sollen Laserpointer die Vögel von ihren Nestern vertreiben.

Nach jahrelangen Protesten von Fischern und Anglern, die dem Kormoran die Bestandsdezimierung einzelner Fischarten sowie erhebliche wirtschaftliche Einbußen anlasten, bestehen in vielen Bundesländern sogenannte Kormoranverordnungen. Sie ermöglichen einen Abschuss der Vögel sowie Eingriffe in Schutzgebieten und an Brutstätten. Jedes Jahr werden mittlerweile rund 15.000 Tiere getötet.

Der Deutsche Tierschutzbund kritisierte tierschutzwidrige Vergrämgungsmaßnahmen und Abschüsse, zumal die Aktionen für eine Bestandsreduzierung nicht geeignet seien. Statt problematische Mittel wie Lasergewehre einzusetzen, sollten die Landesregierungen vorrangig passive, natur- und tierschutzgerechte Abwehrmaßnahmen anwenden.

Tatsächlich ist der Einfluss der Vögel auf wirtschaftlich relevante Fischarten regional sehr unterschiedlich und zum Beispiel in großen Seen oder an Flüssen sogar zu vernachlässigen. An Binnengewässern führt meist eine verbesserte Gewässerreinigung zu rückläufigen Erträgen, weil das Plankton, die Nahrungsgrundlage vieler Fischarten, dadurch abnimmt. Statt die Kormorane zu vertreiben, empfiehlt der Tierschutzbund, die Lebensräume bedrohter Fischarten zu verbessern und Zuchtanlagen mit passiven Abwehrmaßnahmen zu schützen. [bv]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Vom Wert des Wartens

Das Credo unseres Wirtschaftssystems »immer schneller, immer mehr« hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen: Mit Hochgeschwindigkeit ist unser Finanzsystem in seine größte Krise gefahren; die Menschen halten mit dem Tempo nicht mehr Schritt. Der Band »Lob der Pause« liefert Denkanstöße, warum wir das Innehalten wieder schätzen sollten: als Zwischenzeit für's Nachdenken, Vordenken, Abschalten und Verarbeiten.

K. A. Geißler

Lob der Pause

Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind

quergedacht Band 3
112 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-200-1



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



quergedacht

STADT & REGION

Ländlicher Raum

Ökowiirtschaft schafft Arbeitsplätze auf dem Land

■ Ökologische Wirtschaftszweige beleben den ländlichen Raum und schaffen Arbeitsplätze. Das ist das Ergebnis einer vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Studie der Beraterfirma PricewaterhouseCoopers (PwC). Hohes wirtschaftliches Potenzial haben laut der Untersuchung neben der ökologischen Land- und Forstwirtschaft und dem Tourismus vor allem die Sektoren Energieerzeugung, Gesundheits- und Sozialwesen sowie der Bildungsmarkt. Eine gute Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätskonzepte würden die Entwicklung als „Katalysator“ positiv beeinflussen.

Insgesamt acht ausgewählte Bereiche wurden systematisch auf Marktanalyse, Entwicklungsprognose und innovative Ansätze hin untersucht. Interviews mit UnternehmerInnen, VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft und aus Nichtregierungsorganisationen ergänzen die Studie.

Etwa 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland lebt außerhalb von Städten. Vier Fünftel der Landesfläche zählen zu ländlich geprägten Regionen. [jg]

► Studie: Ökologisch wirtschaften. Zukunftsperspektiven ländlicher Räume. www.bmu.de/45536

Wettbewerb

Europa sucht die grüne Hauptstadt

■ 17 Städte in elf EU-Mitgliedstaaten und dem Beitrittskandidaten Island wollen den Titel „grüne Hauptstadt Europas“ erringen. In Deutschland hat sich die fränkische Metropole Nürnberg um den Titel beworben, in Spanien beteiligen sich unter anderem

die Hauptstädte Kataloniens und Andalusiens, Barcelona und Sevilla, am Wettbewerb. Auch das schottische Glasgow, das südschwedische Malmö, Toruń in Polen und Sloweniens Hauptstadt Ljubljana sind mit im Rennen.

Der Titel wird vergeben für eine dauerhaft gute Umweltbilanz, ehrgeizige Pläne für den Umweltschutz auch in der Zukunft sowie die Eignung als Vorbild für andere Städte.

Die Ausschreibungen für 2010 und 2011 haben Stockholm und Hamburg gewonnen. Die Kür der Gewinner für 2012 und 2013 soll im Herbst in Stockholm stattfinden. [jg]

► www.europeangreencapital.eu

TIERSCHUTZ & ETHIK

Versuchstierrichtlinie

Ombudsmann prüft Lobbyismusvorwurf

■ Der Europäische Ombudsmann hat eine Untersuchung darüber eingeleitet, ob sich die EU-Kommission bei der Erarbeitung der neuen Versuchstierrichtlinie von Lobbyisten beeinflussen ließ. Die Vereinigung der europäischen Tierversuchgegner ECEAE wirft der Kommission vor, wissenschaftliche Erkenntnisse über Affenversuche in der Medizinforschung sowie über vorhandene Alternativmethoden in ihrem Entwurf nicht berücksichtigt zu haben.

Eine 2008 von der Kommission bestellte Arbeitsgruppe des Wissenschaftlichen Ausschusses für Gesundheits- und Umweltrisiken SCHER sollte sich zu den Affenversuchen wie auch zu tierversuchsfreien Alternativen äußern. Zuvor hatte sich das EU-Parlament gegen die Versuche und für Alternativen ausgesprochen. Die Arbeitsgruppe sei jedoch einseitig mit Tierversuchsbefürwortern besetzt worden, kritisierte ECEAE. Experten für Alternativmethoden seien dagegen außen vor geblieben.

ben. Eine entsprechende Beschwerde der Tierversuchgegner nahm der Ombudsmann nun Ende Januar zur Prüfung an. Bis zum 30. April muss sich die Kommission zu den Vorwürfen äußern.

Die neue Richtlinie stellt laut ECEAE eine Weichenstellung für einen langen Zeitraum dar. In dem jetzigen Entwurf sehen Tierschutzverbände mehrere zentrale Forderungen nicht erfüllt, vor allem die nach einem Ausstiegsprogramm aus dem Tierversuch. Versuche an Menschenaffen sollen laut Entwurf ebenso erlaubt bleiben wie besonders schmerzhaft, mehrfache oder lang anhaltende Tierversuche. In der Kritik stehen auch die Bestimmungen zur Transparenz und zur Evaluation der Versuche. [mb]

- ▶ ECEAE, London, Tel. +44 (0)20 / 76196965, E-Mail: info@eceae.org, www.de.eceae.org
- ▶ Menschen für Tierrechte, Aachen, Tel. +49 (0)5237 / 2319790, www.tierrechte.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Kommission

Barrosos zweites Team endlich im Amt

■ Im Februar hat das Europäische Parlament dem Vorschlag von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso für eine neue Europäische Kommission zugestimmt. Die Abgeordneten votierten mit den Stimmen der Konservativen, der Sozialdemokraten und der Liberalen und damit der deutlichen Mehrheit von 488 Stimmen für die 26 Kandidaten (bei 137 Gegenstimmen und 72 Enthaltungen). Barrosos zweites Team löst damit seine alte Mannschaft ab, die sich seit Oktober nur noch geschäftsführend im Amt befand. Nach bisherigen Planungen wird die Legislaturperiode bis Ende Oktober 2014 dauern.

Das Votum des Parlaments beendet ein monatelanges Ringen. Eigentlich

hätte die neue Kommission bereits im Oktober ernannt werden sollen. Da aber der Lissabon-Vertrag, der als neue europäische Rechtsgrundlage unbedingt genutzt werden sollte, erst zum 1. Dezember in Kraft trat, wurde der Prozess verschoben. Es folgte die Anhörung der designierten Kommissare im EU-Parlament, wobei es scharfe Kritik an einigen Kandidaten gab. Da die Abgeordneten drohten, Rumjana Schelewa aus Bulgarien durchfallen zu lassen, sah sich Barroso gezwungen, mit Kristalina Georgiewa eine neue Kandidatin zu benennen – was zu einer erneuten Verzögerung führte. [ms]

- ▶ www.ec.europa.eu
- ▶ DNR-Sonderheft zur neuen EU-Kommission: www.eu-koordination.de (Publikationen)

Energie, Klima, Verkehr

Kommission ordnet sich neu

■ Wenige Tage nach der Bestätigung der neuen EU-KommissarInnen durch das Europaparlament hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso auch die Struktur des Unterbaus umorganisiert. Für die Klimapolitik wird es eine eigene Generaldirektion geben (GD CLIM). Bisher war das Thema in der Generaldirektion Umwelt angesiedelt. Zudem teilt Barroso die bisherige Generaldirektion Energie und Verkehr (GD TREN) in eine GD ENER für Energie- und eine GD MOVE für Verkehrspolitik auf.

Die Änderungen auf der Ebene der Kommissare werden damit auch in der Kommission strukturell nachvollzogen. Als neue Generaldirektoren leiten künftig Jos Delbeke die DG CLIM und Philip Lowe die GD ENER. Die Leitung der GD MOVE übernimmt bis auf Weiteres der bisherige Leiter der DG TREN Matthias Ruete. Die Generaldirektionen auf EU-Ebene entsprechen in ihrer Funktion in etwa den Ministerien in der Bundespolitik. [ms]

- ▶ EU-Kommission: www.ec.europa.eu
- ▶ DNR-Sonderheft zur neuen EU-Kommission: www.eu-koordination.de (Publikationen)

EU-Institutionen

Parlament ringt Kommission mehr Macht ab

■ Das Europäische Parlament hat der EU-Kommission einige Zugeständnisse abringen und damit seine Macht im europäischen Institutionengefüge stärken können. Die Abgeordneten hatten von Kommissionspräsident José Manuel Barroso unter anderem mehr Initiativmöglichkeiten verlangt – und diese zu einer Bedingung für die Zustimmung zu der neuen EU-Kommission gemacht. Barroso hatte einer interinstitutionellen Vereinbarung zustimmen müssen, um ein positives Votum für sein neues Team zu erhalten.

Gemäß der Vereinbarung muss die Kommission in Zukunft auf Aufforderung des Parlaments innerhalb von zwölf Monaten einen konkreten Gesetzesvorschlag präsentieren oder innerhalb von drei Monaten begründen, warum sie dies nicht für sinnvoll erachtet. Diese zunächst unscheinbare Änderung bedeutet – zumindest auf dem Papier – eine deutliche Stärkung des Parlaments, denn das Initiativrecht zur Vorlage neuer Gesetzesvorschläge hat bisher allein die Kommission inne. Sollte das Parlament seine neuen Möglichkeiten auch in der Realität umsetzen können, dürfte dies das Machtgefüge innerhalb der EU ein kleines Stück zu seinen Gunsten verschieben. [ms]

Europäischer Bürgerbeauftragter

Diamandouros bleibt Ombudsmann

■ Die Bürgerinnen und Bürger der 27 EU-Staaten können sich auch in den kommenden fünf Jahren an P. Nikiforos Diamandouros als ihren Bürgerbeauftragten wenden, wenn sie sich über Missstände in der EU-Verwaltung beschweren wollen. Das Europäische Parlament hat den Griechen Ende Januar für eine zweite Amtszeit gewählt. Er erhielt 340 von 648 gültigen Stimmen. Diamandouros ist seit April 2003 Europäischer Bürgerbeauftragter. ▶

Davor war er fünf Jahre lang erster nationaler Ombudsmann von Griechenland.

Diamandouros muss in den kommenden fünf Jahren vor allem dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger vom Lisbon-Vertrag und der Charta der Grundrechte voll profitieren können. Außerdem will sich der Ombudsmann dafür einsetzen, die Dienstleistungen der EU-Verwaltung bürgerfreundlicher und transparenter zu gestalten. So sollen Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern unparteiisch, fair und in einer angemessenen Zeit erledigt werden. Der Bürgerbeauftragte will dazu verstärkt mit anderen Bürgerservices sowie dem Europäischen Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten zusammenarbeiten.

Der Europäische Bürgerbeauftragte wird für fünf Jahre vom Europäischen Parlament gewählt. Er untersucht Beschwerden über Missstände in der EU-Verwaltung. Alle Bürgerinnen, Einwohner, Unternehmen oder Verbände in einem Mitgliedstaat können sich beim Bürgerbeauftragten beschweren. Er bietet eine schnelle, flexible und kostenlose Möglichkeit zur Lösung von Problemen mit EU-Behörden. [mbu]

- Europäischer Bürgerbeauftragter, Straßburg, Tel. +33 (0)388 / 172313, Fax 179062, www.ombudsman.eu

100-Tage-Bilanz

Umwelt am Katzentisch

■ Nach Ansicht der Umweltorganisationen BUND, DNR, Greenpeace, NABU und WWF hat die Umwelt in den ersten 100 Tagen Regierungszeit der schwarz-gelben Koalition kaum eine Rolle gespielt. Vor allem in der Energie- und Klimapolitik, aber auch beim Schutz der biologischen Vielfalt sei weder eine gemeinsame Linie noch ein ressortübergreifendes Engagement zu erkennen. Die einzelnen Ministerien für Umwelt, Wirtschaft, Agrar, Entwicklung, Verkehr und Forschung betrieben häufig eine gegensätzliche Politik.

Ein „völliges Versagen“ attestierte der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Hubert Weinzierl der schwarz-gelben Bundesregierung bei der zentralen Herausforderung, die Wirtschafts- und Finanzkrise und die ökologische Krise gemeinsam zu bewältigen. Auch beim Thema Atom gebe die Regierung ein konfuse Bild ab. Die Verbände warnten vor einer Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und mahnten die Energiewende unter Einbeziehung von Umweltorganisationen an. Das helfe auch im Klimaschutz, denn wie die Regierung eine Reduktion der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 erreichen wolle, sei bisher völlig unklar.

Nach Meinung der Verbände müssen umweltschädliche Subventionen in Höhe von 42 Milliarden Euro abgebaut werden. Statt Agroindustrie und Gentechnik zu fördern, solle die Bundesregierung Natur- und Verbraucherinteressen in den Mittelpunkt ihrer Landwirtschaftspolitik stellen. Dazu gehöre auch eine Umwidmung der Gelder im Haushalt, etwa zugunsten des Bundesprogramms für biologische Vielfalt. [jg]

- DNR, Hubert Weinzierl, Wiesenfelden/Ndb., Tel. +49 (0)9966 / 777, Fax 490, E-Mail: hubert.weinzierl@dnr.de, www.dnr.de

Bundestag

Beirat für Nachhaltigkeit

■ Ende Januar hat sich der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung neu konstituiert. Unter Leitung des CDU-Politikers Andreas Krug will sich das 22-köpfige Gremium dafür einsetzen, Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern zu verankern. Dazu soll ein Verfahren entwickelt werden, Gesetze in einem möglichst frühen Stadium zu überprüfen. [jg]

- www.bundestag.de (Ausschüsse – Weitere Gremien)



Den Kapitalismus zähmen

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie ausgebrannt unser scheinbar kraftstrotzendes Wirtschaftssystem in Wahrheit ist. Doch die globalisierte Marktwirtschaft macht weiter wie bisher und ignoriert Armut, Ressourcenknappheit und Klimawandel. Der ehemalige Top-Manager Peter H. Grassmann zeichnet einen neuen Weg vor, der weder dem Macho-Kapitalismus noch der Staatsgläubigkeit huldigt – den Weg des gesellschaftlichen Dialogs.

P. H. Grassmann

BURN OUT

Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen

152 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 14,90 EUR, ISBN 978-3-86581-191-2

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

 oekom

Neue Bundesländer**Wildwest im Osten**

■ Das ökologische Netzwerk Grüne Liga hat eine negative Bilanz der umweltpolitischen Entwicklungen in Ostdeutschland 20 Jahre nach der Wiedervereinigung gezogen. „In den Parlamenten der neuen Bundesländer fehlt die aktive Umweltpolitik“, sagte Tomas Brückmann, Regionalentwicklungsexperte des Verbandes. Neben dem Festhalten am Klimakiller Braunkohle stellte Brückmann besonders das „Wildwest in der Abfallpolitik“ heraus. Sondermüll aus ganz Europa lande auf Deponien in Sachsen und anderen Bundesländern. „Die Umweltbehörden sind mit der Kontrolle der gewaltigen Abfallströme hoffnungslos überlastet“, so Brückmann. Häufig komme der Müll nicht dorthin, wo er hingehöre, sondern werde illegal in Lehm- oder Kiesgruben gekippt. Selbst das Bundeskriminalamt bezeichne diese Vorgänge als „Aktivitäten am Rande der organisierten Kriminalität“.

Auch die Raumordnung funktioniert dem Experten zufolge nur unzureichend. Trotz des demografischen Wandels entstehen weiterhin neue Wohnsiedlungen in Randbereichen von Städten und Dörfern, statt die historischen Kerne zu stärken. Unzerschnittene Landschaften würden immer seltener. Das durch landwirtschaftliche Strukturen verursachte Artensterben halte unvermindert an, auch immer mehr Alleebäume und Straßenbäume gingen aus Geldmangel verloren. Sachsen wolle zwar die Wälder naturnah umgestalten, doch das Tempo und die zugewiesenen Mittel machten das Programm zu einem „Tropfen auf dem heißen Stein“.

Die Probleme seien durch mehr Engagement durchaus lösbar, meint Brückmann. Doch ehrenamtlicher Naturschutz werde abgebaut und gemäßregelt und „mit einem unsäglichen Netz an Bürokratie überzogen“. So würden etwa Naturschützer, die nur eine Orchideenwiese pflegen wollten, als Landwirte eingestuft. [jg]

► Grüne Liga, Tomas Brückmann, Leipzig, Tel. +49 (0)341 / 3065180, E-Mail: tomas.brueckmann@grueneliga.de, www.grueneliga.de/themen/nre

Umweltgerechtigkeit**EU-Jahr gegen Armut will mit Umwelt nichts zu tun haben**

■ 2010 ist das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Für Projekte in Deutschland stehen 1,25 Millionen Euro Fördergelder zur Verfügung. Doch Umweltgerechtigkeit gehört nicht zu den Schwerpunktthemen der Bundesregierung und auch nicht zu den 40 Projekten, die das Auswahlverfahren für die Förderungen bestanden haben.

Dabei hängen Sozialstatus und Umweltbelastung zusammen, wie eine Studie von Bochumer und Essener Umweltmedizinern und Epidemiologen ergab. Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus sind demnach Umweltbelastungen stärker ausgesetzt als Kinder aus Familien mit hohem Sozialstatus. Wer es sich leisten könne, wohne zum Beispiel nicht an verkehrsbelasteten Straßen oder neben den Fabrikschornsteinen großer Betriebe, schrieben die Autoren der Studie. [jg]

► EU-Jahr gegen Armut: www.mit-neuem-mut.de
► Studie: www.rub.de/rubin

Forschungsförderung**Für Nachhaltigkeitsforschung**

■ Das Bundesforschungsministerium hat Anfang Februar Details zum neuen Programm Forschung für nachhaltige Entwicklungen bekannt gegeben. Bis 2015 will das Ministerium dafür mehr als zwei Milliarden Euro Fördermittel bereitstellen. Der Schwerpunkt liegt auf den fünf sogenannten Aktionsfeldern internationale Vernetzung, Erdsystem und Geotechnologien, Klima und Energie, nachhaltiges Wirtschaften und Ressourcen sowie gesellschaftliche Entwicklungen. Die Aktionsfelder werden durch die Querschnittsthemen Landmanagement, Ökonomie und Nachhaltigkeit sowie Forschungsinfrastrukturen ergänzt. [jg]

► www.fona.de

VERKEHR & TOURISMUS

Verkehrsverlagerung**Europäische Studie empfiehlt grüne Lkw-Maut**

■ Wenn für die Nutzung der Straßen durch Schwertransporter und die daraus entstehenden ökologischen und gesellschaftlichen Folgekosten Gebühren erhoben würden, würde dies EU-weit der Allgemeinheit eher nutzen und sie nicht, wie von Transportunternehmen prognostiziert, nur finanziell belasten. Das ergab eine Untersuchung der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission (JRC), die im Januar veröffentlicht wurde. Demnach könnten die Mitgliedstaaten insgesamt 1,8 Milliarden Euro pro Jahr Gewinn erzielen, der der Allgemeinheit zugutekäme, wenn für den Straßengüterverkehr die Begleichung der Umweltkosten eingeführt würde.

Vorausgesetzt, sie verbesserten ihre Technik und Effizienz, könnten die Fuhrunternehmen bis zu 30 Prozent der Kosten für die grüne Lkw-Maut auffangen. Doch selbst wenn die gesamten erhöhten Kosten den Auftraggebern der Transportunternehmen und letztlich den Verbrauchern aufgebürdet würden, hätte dies laut Studie der JRC nur äußerst geringe Auswirkungen auf die Endpreise.

Die Studie wurde auf Initiative der EU-Verkehrsminister durchgeführt, die damit den Stillstand in der Debatte um die Eurovignette beenden wollen. Im Juli 2008 hatte die EU-Kommission die Neufassung der Eurovignetten-Richtlinie vorgelegt. Sie erlaubt es den Mitgliedstaaten, Straßennutzungsgebühren für den Schwerlastverkehr zu erheben. Umweltverbände befürworten die neue Richtlinie, während die Industrie die Kosten für zu hoch hält. Die Novelle ist Bestandteil der Kommissionsstrategie für einen nachhaltigeren Verkehr. Seit 2008 ist aber nicht viel passiert. Im vergangenen Jahr scheiterte ein Vorstoß der tschechischen Ratspräsidentschaft. Eine Rezession sei der falsche Zeitpunkt, hieß es. ►

Die designierte EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard versprach bei ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament, dass sie während ihrer Amtszeit ein gemeinsames Gesetzespaket für Klima und Verkehr voranbringen wolle. [mbu]

- Studie (PDF, 71 S., 1,6 MB):
www.kurzlink.de/oeko-lkw-maut

Klimafreundliche Mobilität

Europas Verkehrsminister in Elektroautos verliebt

■ Die EU-Wirtschaftsminister haben ein Projekt zur Förderung von Elektrofahrzeugen offiziell beschlossen. Beim inoffiziellen Ministertreffen im Februar in San Sebastian sagte Spaniens Industrieminister Miguel Sebastian, man unterstütze die Pläne seines Ministerpräsidenten José Zapatero, Elektroautos für Europas Straßen zu entwickeln. Die Initiative von Zapatero steht im Mai auf der Agenda des EU-Wettbewerbsministerrates.

Anfang des Jahres hatte die spanische Ratspräsidentschaft dem Europäischen Parlament einen Plan präsentiert, wie sie mit einem großen Forschungsprojekt

für Elektroautos gegen Wirtschaftskrise und Klimawandel vorgehen will. Auch Deutschland und Frankreich haben sich das Thema auf die Fahnen geschrieben. So einigte sich der deutsch-französische Ministerrat Anfang Februar darauf, einen einheitlichen Standard für Elektrofahrzeuge zu schaffen. Zwischen Stuttgart und Straßburg soll eine Modellregion entstehen, in der die neuen Autos grenzüberschreitend getestet werden sollen.

Zum Jahreswechsel dämpften jedoch zwei Studien die Euphorie der Befürworter. Eine Untersuchung des niederländischen Instituts CE Delft im Auftrag der europäischen Organisation Transport & Environment (T&E) bestätigte, worauf Umwelt- und Verkehrsexperten schon länger hinweisen: Batteriebetriebene Fahrzeuge sind nur dann klima- und umweltfreundlich, wenn auch die Stromquelle ökologisch ist. Nach der aktuellen Gesetzeslage in der EU könnten mehr Elektroautos sogar zu mehr CO₂-Emissionen führen, schreibt CE Delft.

Die Verkehrswissenschaftler Axel Friedrich und Rudolf Petersen, früher beim Umweltbundesamt und beim Wuppertal-Institut tätig, gehen in ihrer Studie für die Europafraktion der Linken noch weiter: „Wer kurzfristig auf Elektroantrieb setzt, unterstützt die Kohle- und Atomindus-

trie.“ Beide plädieren für ein völlig anderes Mobilitätskonzept mit weniger Individualverkehr und kleineren Autos.

Umweltverbände und T&E fordern nun, dass die EU-Staaten den Anteil an erneuerbaren Energien erhöhen und den Ursprung des Stroms an den Batterieladestationen nachweisen. [mbu, mb]

- EU-Wettbewerbsrat zu Elektroautos:
www.eu2010.es/en/documentosynoticias/noticias/feb09_rimsseb.html
- Studie 1 (engl.): www.kurzlink.de/e-auto-studie
- Studie 2: www.kurzlink.de/petersen-friedrich

Bahnverkehr

Milliardenloch stellt Zukunft der Schiene infrage

■ Nach den jüngsten Zahlen des Bundesverkehrsministeriums vom Januar ist das Investitionsdefizit bei Bahnprojekten des vordringlichen Bedarfs noch größer als bisher angenommen. Demnach gibt es bei bereits laufenden und geplanten Schienenbauvorhaben bis 2020 eine Finanzlücke von neun Milliarden Euro. „Damit fehlen der Schieneninfrastruktur jährlich rund eine Milliarde an Bundesmitteln“, sagte der

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/aktuelles/nachhaltigkeitsnewsletter.html

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege.

Die Folge: Zahlreiche Projekte des „vordringlichen Bedarfs“ im Bundesverkehrswegeplan können nicht beginnen. Lange geplante Schlüsselprojekte etlicher Bundesländer stünden auf dem Abstellgleis, so Flege weiter. Beispiele seien die Anbindung an die niederländische Betuwe-Linie, die Y-Trasse in Niedersachsen und der Rhein-Ruhr-Express Düsseldorf – Duisburg.

Die Allianz pro Schiene forderte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) auf, einen transparenten Schienenausbauplan vorzulegen und die Finanzmittel kräftig aufzustocken. Auch die Umverteilung von der Straße auf die Schiene dürfe kein Tabu mehr sein. Flege wies darauf hin, dass Deutschland im europäischen Vergleich inzwischen Schlusslicht bei den Investitionen in die Schieneninfrastruktur sei. Mit 47 Euro pro Kopf liege Deutschland noch hinter Italien.

Auch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Januar machen dem Schienentransport wenig Hoffnung: So musste der Schienengüterverkehr im Vergleich zum inländischen Lkw-Verkehr prozentual doppelt so hohe Verluste bei den Tonnenkilometern hinnehmen. Die Güterverkehrsträger insgesamt hatten durch die Wirtschaftskrise Einbußen in der Verkehrsleistung von zwölf Prozent gegenüber dem Jahr 2008 zu verzeichnen.

Die Krise habe die Verlagerungserfolge der letzten fünf Jahre zunichtegemacht, sagte Flege. „Der Lkw-Verkehr hat mit einem Marktanteil von 72 Prozent einen historischen Höchststand erreicht, die Schiene ist mit gut 16 Prozent auf den Stand von 2004 zurückgeworfen.“

Die Schienenallianz forderte den Bundesverkehrsminister auf, sein eigenes ehrgeiziges Verlagerungsziel ernst zu nehmen. Ramsauer hatte angekündigt, den gesamten Zuwachs des Güterverkehrs nach Ende der Krise auf die Schiene verlagern zu wollen. [mbu]

- ▶ Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de
- ▶ Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de

WASSER & MEERE

Wasserpolitik

Neue Arbeitsgruppe im Europäischen Parlament

■ Mithilfe einer im Januar neu eingerichteten fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe Wasser will das EU-Parlament neue Impulse in der europäischen Wasserpolitik setzen und die Zusammenarbeit mit anderen Politikbereichen verbessern. Auf den monatlichen Treffen soll sich die Gruppe mit Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, der Risikominimierung von Überschwemmungen, Wasserknappheit und der besseren Umsetzung bestehender Rechtsvorschriften beschäftigen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/ep-ag-wasser

Donau

Donaustrategie in der Konsultationsphase

■ Mit einer Auftaktveranstaltung in Ulm hat Anfang Februar die Konsultationsphase zur europäischen Strategie für den Donaauraum begonnen. Die Strategie soll länderübergreifend die Region wirtschaftlich und sozial voranbringen und Aktivitäten im Umweltschutz und für die Infrastruktur besser koordinieren. Politiker, Zivilgesellschaft und Wissenschaftlerinnen sollen durch die Strategie besser vernetzt werden. Zusätzliche Finanzmittel, neue Rechtsvorschriften oder Einrichtungen sind allerdings nicht vorgesehen.

Geplant wurden weitere Veranstaltungen in Ungarn (Ende Februar), Österreich und der Slowakei (April), Bulgarien (Mai) und Rumänien (Juni) sowie eine öffentliche Konsultation im Internet. Die Ergebnisse sollen in einen Aktionsplan und ein Verwaltungssystem für den Donaauraum einfließen, die die EU-Kommission bis zum Jahresende vorlegen will

und die dann von den Mitgliedstaaten 2011 angenommen werden sollen. Die Donaustrategie gehört zu den Prioritäten der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011.

Mit der Strategie für die Donau knüpft die EU an ähnliche grenzüberschreitende Regionalkonzepte an, die es bereits für den Mittelmeer- und den Ostseeraum gibt. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/konferenzen-donau
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/10/110)
- ▶ www.kurzlink.de/donaustrategie

Elbe

Ausbaukosten tausendfach höher als Nutzen

■ Die Kosten eines Ausbaus der Elbe für große Binnenschiffe einschließlich der Folgeschäden übertreffen nach einer Anfang Februar vorgestellten Analyse den zu erwartenden Nutzen um das Mehrtausendfache. Jeder Euro des theoretisch berechneten Nutzens des Elbausbaus wird danach mit bis zu 20.000 Euro erkaufte. Die von dem Wirtschaftswissenschaftler Hans-Ulrich Zabel von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erstellte Analyse bilanziert erstmals auch die Folgeschäden des Elbausbaus wie den Wasserentzug aus der Landschaft, die Verschärfung der Folgen des Klimawandels, die Vernichtung von Naturrefugien und Naturleistungen, Arbeitsplatzverluste sowie den entgangenen Nutzen von Alternativen.

Vor allem in der Tourismusbranche, in der Land- und Forstwirtschaft, im Wasserhaushalt sowie im Naturschutz würden die Schäden drastisch zu Buche schlagen. Laut der Studie ist die Elbschifffahrt aufgrund häufiger niedriger Wasserstände ökonomisch bedeutungslos, da sie nur 0,2 Prozent der Gütertransporte der Elbregion befördert. Ein Elbausbau sei daher wirtschaftlich nicht vertretbar. [bv]

- ▶ Prof. Dr. Hans-Ulrich Zabel, Universität Halle, Tel. +49 (0)345 / 5523427, E-Mail: hans-ulrich.zabel@wiwi.uni-halle.de

Grundwasserverordnung

Stellungnahme der Verbände

■ Die im Deutschen Naturschutzring (DNR) zusammengeschlossenen Umweltverbände haben Anfang Februar eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf der Grundwasserverordnung gegenüber dem Bundesumweltministerium abgegeben. Zu den Kernforderungen der Verbände gehören die stringente Definition der Einträge gemäß der zugrunde liegenden Grundwasserrichtlinie, das Einhalten der Schwellenwerte am Eintragsort, der bessere Schutz der Landökosysteme und der flächendeckende Schutz des Grundwassers als wichtigem ökologischem Lebensraum.

Die Verordnung setzt die europäische Grundwasser-Tochtrichtlinie zur Wasserrahmenrichtlinie (2006/118/EG) in Bundesrecht um und beinhaltet Regelungen zum chemischen Zustand des Grundwassers. **[bv]**

- ▶ DNR, Wasserexperte Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-44, www.wrrl-info.de
- ▶ Stellungnahme: www.kurzlink.de/dnr-gw-rl

Thunfisch

Hoffnung für den Roten Thun

■ Das Europäische Parlament hat Mitte Februar dafür gestimmt, den Blauflossen-thunfisch in den Anhang I des Abkommens zum internationalen Handel mit gefährdeten Arten (CITES) aufzunehmen. Die dortige Listung der auch als auch Roter Thun bezeichneten Art würde niedrige Fangmengen und damit eine Erholung des Bestandes ermöglichen und so eine weitere Vermarktung in Europa sicherstellen. Sie würde lediglich zu einem Stopp des internationalen Handels führen und so den Verkauf des begehrten Fisches für den japanischen Markt unterbinden. Dieser gilt als ökonomische Triebfeder für die Entwicklung von Überkapazitäten der industriellen Fangflotten und den daraus folgenden Kollaps der Thunfischbestände.

Zurzeit liegen die Fangmengen für den Thunfisch weit über den von Wissen-

schaftlern empfohlenen Grenzwerten. Die Fangquote für 2010 ist sogar 1,7-mal höher als der kritische Wert, bei dem eine fünfzigprozentige Chance besteht, dass sich die Bestände erholen. Eine Aufnahme in den CITES-Anhang I würde der Internationalen Kommission für den Schutz des Atlantischen Thunfisches (ICCAT) helfen, die Thunfischerei effizient zu verwalten und niedrigere Fangquoten festzulegen, die zur Erholung der Bestände führen können.

Nun muss der EU-Ministerrat seine Position zu einem Thunfisch-Handelsverbot für die CITES-Konferenz im März in Doha (Katar) festlegen. Die EU hat auf der Versammlung der 175 CITES-Mitglieder 27 Stimmen. **[bv]**

- ▶ WWF, Fischereiexpertin Gemma Parkes, Tel. +39 346387-3237, E-Mail: gparkes@wwfmedpo.org
- ▶ www.iccat.int

Nordseefischerei

Fangquoten 2010 zu hoch

■ Nachdem sich die EU und Norwegen auf die Fangquoten für 2010 in der Nordsee und im Nordatlantik geeinigt haben, darf in diesem Jahr mehr Kabeljau und Scholle gefischt werden. Etwas geschont werden Makrele und Schellfisch.

Die EU und das Nichtmitglied Norwegen bewirtschaften die Bestände in der Nordsee und im Nordatlantik gemeinsam. Anfang Dezember war das Handelsabkommen zwischen beiden Partnern über gegenseitige Fangrechte an wichtigen Beständen vor allem wegen der Marktenquote in norwegischen Gewässern gescheitert. Deshalb konnten auf dem EU-Fischereiministerrat Mitte Dezember nur vorläufige Quoten festgelegt werden. Die Quoten für die Ostsee stehen bereits seit Ende Oktober fest.

Nach einer neuen Studie des Fischereibiologen Rainer Froese vom Kieler Leibniz-Institut für Meereswissenschaften und des Juristen Alexander Proelß vom Kieler Institut für Internationales Recht verstoßen die aktuellen Fangquoten gegen Gesetze und schaden der Umwelt massiv. Die Quo-

ten lägen erneut weit über den Mengen, die einen Aufbau der Bestände zuließen. Die Studie zeigt, dass nur drei von 54 untersuchten Beständen ausreichend groß sind und nachhaltig befischt werden. Der Zustand von zwölf Beständen, darunter Kabeljau und Scholle, sei so schlecht, dass sie sich sogar bei Einstellung der Fischerei bis 2015 nicht erholen könnten. Die Kieler Forscher kommen in ihrer juristischen Bewertung der Fischereiquoten zu dem Schluss, dass die regelmäßige und andauernde Überfischung zahlreicher Fischarten gegen das im EU-Recht verankerte Vorsorgeprinzip und gegen das Völkerrecht verstößt. **[bv]**

- ▶ www.kurzlink.de/nordseefischquot2010
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/ueberfischung-recht

Ostsee I

Städte reduzieren Phosphate

■ Die Helsinki-Kommission (Helcom) hat ein neues Projekt zur Reduzierung der Ostsee-Eutrophierung durch Phosphat aus kommunalen Abwässern gestartet. Das Project on Urban Reduction of Eutrophication (PURE) soll mit kosteneffektiver Technik Phosphat aus den kommunalen Abwassereinleitungen entfernen. Es ist auf 42 Monate angelegt und soll helfen, bei ausgewählten Kläranlagen, insbesondere in Riga, Jurmala (beide Lettland) und Brest (Belarus), die Phosphatkonzentration auf 0,5 Milligramm pro Liter reduzieren.

Insgesamt sollen durch die Initiative 300 bis 500 Tonnen weniger Phosphat in die Ostsee gelangen. Die Projektkosten in Höhe von 3,2 Millionen Euro werden durch das Baltic Sea Region Programme (BSRP) 2007 bis 2013 sowie aus dem Europäischen Regionalentwicklungsfonds finanziert. Das PURE-Projekt ist ein Teil des Helcom-Aktionsplans zur Reduzierung der Ostseeverunreinigung und zur Wiederherstellung eines guten Umweltstatus der Meeresumwelt bis 2021.

- ▶ PURE-Projekt: www.kurzlink.de/pure-project
- ▶ PURE: www.purebalticsea.eu

Ostsee II**Schutzgebietsziel erreicht**

■ Fast elf Prozent der Ostsee sind mittlerweile durch Meeresschutzgebiete (Baltic Sea Protected Area, BSPA) und marine Natura-2000-Gebiete geschützt. Das geht aus einem Bericht der Ostseeschutzkommission Helcom vom Februar hervor. Damit sei das Ziel der UN-Biodiversitätskonvention, bis 2010 zehn Prozent aller Meeresregionen unter Schutz zu stellen, für die Ostsee erreicht. Allerdings gebe es bisher nicht in allen Beckenbereichen der Ostsee und nicht in allen Anrainerländern Offshoreschutzgebiete, sodass das Zehnprozentziel nur der Zahl nach, aber noch nicht inhaltlich erfüllt sei. [bv]

► www.kurzlink.de/helcom-bspa

Ostsee III**Klage gegen Ostseepipeline**

■ Die Umweltorganisationen WWF und BUND haben fristgerecht Klage gegen die Genehmigung der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream durch die deutschen Behörden eingereicht. Die beiden Umweltorganisationen wollen damit die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses erreichen, den das Bergamt Stralsund im Dezember 2009 erteilt hat. Die Ostsee werde durch den Bau der geplanten Pipeline weitaus stärker belastet als im Beschluss dargestellt, argumentieren BUND und WWF. Die vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen durch den Pipelinebetreiber Nord Stream reichten nicht aus.

Festgeschrieben sind Ausgleichsmaßnahmen für etwa 40 Prozent der Eingriffe in den deutschen Küstenbereich. Das entspricht etwa sieben Millionen Euro. Für die fehlenden 60 Prozent fordert das Bergamt Stralsund Ausgleichszahlungen in Höhe von 3,6 Millionen Euro. Die Umweltverbände fordern eine Nachbesserung durch die Behörden, damit die geplanten Eingriffe in die Meeresumwelt vollständig ausgeglichen werden. Durch Baggerarbeiten für die Trasse der Gaspipeline am Mee-

resboden und die dadurch freigesetzten großen Stickstoff- und Phosphormengen drohen massive Schäden im Ökosystem der Ostsee.

Für die Gasleitung von Russland durch die Ostsee nach Deutschland werden voraussichtlich ab April im Greifswalder Bodden die ersten Rohre verlegt. Nach der Fertigstellung der Leitung im Jahr 2012 sollen jährlich 55 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas durch die Ostsee gepumpt werden. [bv]

► WWF, Ostseeexperte Jochen Lamp, Stralsund, Tel. +49 (0)16229144-27, E-Mail: lamp@wwf.de, www.wwf.de/ostsee

Ostsee IV**140 konkrete Verpflichtungen**

■ Delegierte aus Unternehmen, Politik und Institutionen haben sich Mitte Februar in Helsinki getroffen, um konkrete Verpflichtungen zur Verringerung der Ostseever Verschmutzung vorzulegen. Rund 140 fest vereinbarte Projekte zur Verbesserung des ökologischen Zustands der Ostsee kamen bei dem Gipfeltreffen zusammen. Eine estnische Hotelkette kündigte an, nur noch phosphatfreie Reinigungsmittel zu verwenden. Die Passagierterminals in St. Petersburg, Malmö und Kopenhagen wollen die Abwässer der Kreuzfahrtschiffe jetzt ordnungsgemäß entsorgen. Schwedens Regierung versprach eine Verdopplung der Investitionen für Abwasserreinigung auf neun Millionen Euro. Der Veranstalter des Treffens, die Baltic Sea Action Group (BSAG), will die Umsetzung der Handlungsverpflichtungen überwachen.

Die sogenannten Ostsee-Commitments sind ein Arbeitsprozess mit dem Ziel, die Ressourcen und Möglichkeiten zu kombinieren, die öffentliche, private und zivile Sektoren bieten können. Dadurch soll der Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission Helcom schneller umgesetzt werden. [bv]

► BSAG: www.bsas.fi
► Helcom: www.helcom.fi

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Unternehmensverantwortung**Schmähpriese für Roche und Bank of Canada**

■ Den diesjährigen Public Eye Award erhalten der Schweizer Pharmakonzern Roche sowie die nichtstaatliche Bank of Canada. Mit dem Negativpreis zeichnen die Organisationen Erklärung von Bern (EvB) und Greenpeace und die ihrer Ansicht nach „sozial und ökologisch skrupellosesten Firmen“ aus.

Die Bank of Canada erhielt den Preis wegen ihres Engagements bei der Förderung von Ölsanden. Diese Art der Gewinnung von Rohöl gilt als die umweltschädlichste Art der Ölförderung überhaupt. Kanada ist in den letzten Jahren zum Hauptproduzenten aufgestiegen – mit starker finanzieller Unterstützung durch die Bank of Canada.

Roche verdiente sich den Preis nach Ansicht der Juroren für eine menschenverachtende Testreihe seines Medikaments CellCept, das die Abstoßung transplantiert Organe verhindern soll. Die Versuche würden in China durchgeführt, ohne dass sich der Konzern darum kümmere, woher die Organe kommen. Dies sei ein Skandal, da es in China bekanntlich einen undurchsichtigen Schwarzmarkt für den Organhandel gebe, so die Jury. Unbestätigten Berichten zufolge sollen 90 Prozent der Organe von hingerichteten Gefangenen stammen.

Erstmals vergaben die Organisatoren zudem einen Greenwash-Preis. Ausgezeichnet wurde die UN-Initiative Global Compact, die sich unter anderem für die Privatisierung der Wasserversorgung in Entwicklungsländern einsetze, um angeblich die Wasserkrise zu bekämpfen, dabei jedoch soziale und ökologische Standards zu beachten. [ms]

► Public Eye Award: www.publiceye.ch
► EvB, Zürich, Tel. +41 (0)44 / 2777-000, Fax -001, E-Mail: info@evb.ch, www.evb.ch

Vom Glück jenseits des Profits

All unser Tun ist darauf ausgerichtet, »Geld zu machen«, um es anschließend wieder in die Dinge des Lebens zu verwandeln. Wenn aber diese Verwandlungskunst nicht mehr klappt, weil das Geld sich in Luft auflöst? »Geld oder Leben« plädiert für eine Welt jenseits von Wachstumszwang und Gelddiktat, für die Etablierung kleinräumiger Wirtschaftsstrukturen und die Wertschätzung von Handwerkskunst und Selbstgemachtem.

V. Bennholdt-Thomsen

Geld oder Leben

Was uns wirklich reich macht

quergedacht Band 2
96 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-195-0



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



quergedacht

Absage an „nachhaltiges Wachstum“

Eine Konferenz des Umweltministeriums zeigte, wie weit die wachstumskritische Debatte in Österreich fortgeschritten ist. Das Meinungsbild war überraschend klar: Selbst „grünes“ Wachstum ist keine Option mehr. Es kommentiert Christine Ax.

Die Konferenz „Growth in Transition“ in Wien hat die Frage nach der Zukunft des Wirtschaftswachstums in unserem Nachbarland offiziell auf die politische Agenda gesetzt. Die im Januar mit über 500 TeilnehmerInnen international besuchte Veranstaltung diskutierte vor einem ebenfalls hochrangig besetzten Publikum die Zukunft des Wachstums aus einer Vielzahl von Perspektiven. Auch wenn viele Beiträge für Insider kaum Neues brachten, war der Kongress politisch ein Meilen-schritt in die richtige Richtung.

Nachdem alle Argumente, auch die von Wachstumsbefürwortern, auf dem Tisch lagen, ergab sich bei aller Meinungsvielfalt doch ein klares Bild: Unendliches Wachstum ist in einer endlichen Welt nicht möglich, noch nicht einmal dann, wenn es als „nachhaltiges“ oder „grünes Wachstum“ daherkommt. Umgekehrt wurde immer wieder sichtbar, dass auch in einer endlichen Welt noch vieles wachsen darf und muss: Wohlbefinden, Fähigkeiten, Glück. Man kann den Veranstaltern gratulieren: Es ist ihnen gelungen, ein breites poli-

tisches Bündnis in Österreich zu schmieden und das politische Wien auf charmante Weise in den Diskussionsprozess einzubinden.

Jetzt ist die Politik an der Reihe, ihre Ziele und Ergebnisse mit einem veränderten, nachhaltigeren Indikatorenset zu messen und messen zu lassen. Die Konferenz war nach Überzeugung der VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen ein guter Anfang. Viele weitere Schritte sollen folgen. Bleibt zu hoffen, dass diese politische Initiative auf Deutschland übergreift und wir auf europäischer Ebene zu gemeinsamem Handeln finden.

Die Philosophin und Ökonomin Christine Ax ist Expertin für nachhaltige Entwicklung, Handwerksforscherin und Autorin des Buches „Die Könnensgesellschaft“.

Kontakt: Tel. +49 (0)40 / 59350021, E-Mail: ax@fhochx.de, www.koennensgesellschaft.de

www.growthintransition.eu

Finanzsektor

Ethisch-ökologische Banken als Krisengewinner

■ Trotz oder gerade wegen der Finanzkrise der letzten Jahre konnten die nachhaltig orientierten Banken in Deutschland massiv wachsen. Die Umweltbank und die GLS Bank konnten ihre Bilanzsumme im zurückliegenden Jahr um fast ein Drittel steigern – die Umweltbank auf knapp 1,5 Milliarden Euro, die GLS Bank auf 1,35 Milliarden Euro.

Die Ursache für diese rasante Entwicklung sei nur zu einem Teil die allgemeine Verunsicherung der Kunden, die den konventionellen Banken nicht mehr trauten, sagte der Vorstandssprecher der GLS Bank,

Thomas Jorberg. Die eigentlichen Gründe lägen tiefer. So könne man bei vielen Menschen ein Umdenken feststellen. „Immer mehr Kunden wollen ihre ökologischen, sozialen und ökonomischen Bedürfnisse in Einklang bringen“, so Jorberg. Reines Renditestreben sei für immer mehr Menschen nicht länger die einzige Entscheidungsgrundlage für ihre Geldanlage.

2010 wolle man die Ergebnisse des Vorjahres noch einmal übertreffen, sagte Jorberg. Die GLS Bank habe 51 neue MitarbeiterInnen eingestellt. In diesem Jahr will die Bank besonders das bundesweite Mikroreditgeschäft ausbauen. [ms]

► GLS Bank, Christof Lützel, Bochum, Tel. +49 (0)234 / 5797-178, Fax -157, E-Mail: christof.luetzel@gls.de, www.gls.de

DNR INTERN

Internet**Ihre Europa-Abgeordneten im Ökotest**

■ Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings hat eine neue Internetseite gestaltet, die die deutschen Abgeordneten des EU-Parlaments mit den Umweltverbänden und -initiativen vor ihrer Haustür vernetzt. Die Internetseite www.umweltcheck-euoparl.de verbindet die 99 EU-Abgeordneten mit den Aktiven im Umwelt-, Natur- und Tierschutz ihrer jeweiligen Heimatregion. Damit ist die Kontaktaufnahme zwischen den lokalen und den europäischen Akteuren kein Problem.

Zu jedem Mitglied des EU-Parlaments in der Legislaturperiode von 2009 bis 2014 gibt es ausführliche Angaben samt Adressen in Brüssel, Straßburg und Deutschland. Allen Abgeordneten wurden außerdem drei Fragen zum Thema Umwelt gestellt – allerdings haben noch nicht alle geantwortet.

Die EU-Koordination des DNR erhofft sich eine rege Nutzung der Seite, zum Beispiel für gemeinsame Veranstaltungen über EU-Themen, Lobbyaktivitäten für eine umweltfreundlichere europäische Politik oder auch die bessere Vernetzung der Verbände in der gleichen Region.

Außerdem hat die EU-Koordination das Sonderheft „Die neue Europäische Kommission“ ins Internet gestellt. Zu Beginn ihrer neuen Amtsperiode werden darin Struktur und Arbeitsweise der EU-Kommission kurz erläutert, dann wird jedes der 27 Kommissionsmitglieder mit seinen Ressortzuständigkeiten und Plänen vorgestellt. Das Sonderheft gibt es nur in der Onlineversion. [jg]

- ▶ Internetseite: www.umweltcheck-euoparl.de
- ▶ Sonderheft: www.eu-koordination.de (Publikationen)
- ▶ DNR, EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: eu-info@dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Konsultation**Mitreden beim staatlichen Umweltschutz**

■ Mitte Februar startete das Bundesumweltministerium erstmals eine Internetkonsultation zu der Frage: Welche Umweltthemen benötigen mehr Aufmerksamkeit und wo besteht dringender Handlungsbedarf? Noch bis zum 17. März können Beiträge geliefert und Vorschläge anderer TeilnehmerInnen kommentiert und bewertet werden. Nach Abschluss dieser Phase finden bis zum Sommer zu drei der wichtigsten Themen Fachdialoge statt. Dazu sollen neben Experten aus Verbänden auch ausgewählte Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden. Wer sich dazu äußern möchte, welches Umweltthema für den Fortschrittsbericht 2012 zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie besonders wichtig ist, sollte sich hier beteiligen. [jfs]

- ▶ www.mitreden-u.de

Genshagener Erklärung**Bürgerschaftliches Engagement stärken**

■ Anfang Februar hat das Bündnis für Gemeinnützigkeit, ein Zusammenschluss der Dachverbände des dritten Sektors, dem auch der Deutsche Naturschutzring angehört, eine Erklärung zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements der Öffentlichkeit vorgestellt. Bürgerschaftliches Engagement sei für eine vitale Demokratie und den Zusammenhalt der Gesellschaft unabdingbar, heißt es in der „Genshagener Erklärung“. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sei daher eine wichtige Aufgabe auch für die Politik. Diese müsse förderliche und „europataugliche“ Rahmenbedingungen für die Übernahme von Verantwortung durch

bürgerschaftlich Engagierte gewährleisten. Das Bündnis fordert insbesondere

- ▶ eine abgestimmte nationale Engagementstrategie,
 - ▶ die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Stabilisierung von Engagement und Partizipation,
 - ▶ die Stärkung des gemeinnützigen Stiftungswesens,
 - ▶ eine stärkere Förderung der Freiwilligendienste,
 - ▶ eine bessere Förderung der wissenschaftlichen Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement und
 - ▶ die Anerkennung des besonderen Wertes der Sozial- und Kulturdienstleistungen für die Verwirklichung eines „Europas der Bürgerinnen und Bürger“. [bv]
- ▶ DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Genshagener Erklärung: www.dnr.de/publikationen/news/?id=148

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Umweltpreis**DNR schlägt vor**

■ Der Deutsche Naturschutzring hat im Februar vier Persönlichkeiten für den Deutschen Umweltpreis 2010 vorgeschlagen. Nominiert wurden Hans Günter Schumacher, langjähriger Vorstandssprecher der Deutschen Umweltstiftung, als Initiator zahlreicher Umweltprojekte; Hermann Fischer, Inhaber der Firma Auro, für die Entwicklung innovativer Naturfarben; Ludwig Sothmann für seine langjährige ehrenamtliche Leitungstätigkeit im Landesbund für Vogelschutz in Bayern sowie der Grüne-Liga-Vorsitzende Klaus Schlüter für sein Engagement in der ostdeutschen Demokratie- und Umweltbewegung. [mb]

- ▶ DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de

REZENSIONEN

Leere Tanks und leere Teller

Der Hunger kehrt zurück. Und das vielleicht schlimmer als je zuvor, weil die industrialisierte Landwirtschaft vom Öl abhängig ist. Weil Böden, Wasser und Biodiversität gefährdet sind. Weil Agrarkonzerne ein Auslaufmodell sind. Wilfried Bommert über kein Brot für die Welt.



■ Einst produzierte Europa immense Überschüsse an Nahrungsmitteln, Milchseen und Butterberge. Ursache war die langjährige Brüsseler Subventionspolitik, die überaus reiche Früchte trug. Anderswo, etwa in Äthiopien oder in den Ländern des Sahel, kam es währenddessen immer wieder zu Hungersnöten. Das war in den frühen 1980er-Jahren.

Über all dies hat sich in der Folge ein Mantel des Vergessens gelegt und über den Äckern war Ruh'. Doch damit dürfte es bald vorbei sein, denn der Hunger kehrt zurück. Während er vor einem Vierteljahrhundert noch einer unzureichenden Verteilung von Lebensmitteln geschuldet war, wird es in naher Zukunft schlichtweg nicht mehr genug zu verteilen geben, denn die Vorräte von einst sind längst passé. Die ersten Vorboten dieser Prophezeiung sind mittlerweile auch in den reichen Ländern spürbar: Seit zwei Jahren steigen hierzulande die Preise für Lebensmittel stark an und die Suppenküchen in Berlin oder New York verzeichnen regen Zulauf.

Verwundert reibt sich die westliche Welt die Augen und fragt, wie es so weit kommen konnte. Dabei sind die Antworten längst bekannt, man muss sie nur in ihrer Gesamtheit zusammenführen, wie es der Agrarwissenschaftler und WDR-Journalist Wilfried Bommert in hervorragender Weise getan hat: Es ist – „wie so oft bei Katastrophen – ein unglückliches Zusammentreffen mehrerer Triebkräfte, die (...) jede für sich genommen gar nichts miteinander zu tun haben. Zusammen aber führen das Ende der Nahrungsmittelreserven, das ‚Allzeithoch‘ beim Ölpreis, der Hunger

auf Biosprit, der Fleischkonsum in China und Spekulationen in Chicago zu einem höchst explosiven Gemisch.“ Und als ob das nicht genug wäre, sind auch „die ‚Organe‘ der Welternährung – Klima, Boden, Wasser und Artenvielfalt – angegriffen und teilweise massiv geschädigt“. Die Wüsten breiten sich aus, die Gletscher schmelzen, der Boden wird fortgeschwemmt oder weggeblasen, auf den Äckern herrscht eine verwundbare Hochleistungsmonotonie. Kurzum: Es droht ein „multiples Organversagen“, wenn die Politik weiterhin in Agonie erstarbt und die Agrarkonzerne um Syngenta und Monsanto die Welt weiter mit ihren Hightechprodukten überschwemmen.

Die moderne Landwirtschaft der Industrieländer ist keine Alternative gegen die Krise, so Bommert. Ihre Abhängigkeit vom schwindenden Öl macht sie zu einem Auslaufmodell, ihre Produkte belasten die Ökosysteme und sind darüber hinaus für die Menschen in den armen Ländern des Südens unbezahlbar. Die Lösung sieht der Autor in einer Kombination von modernem und traditionellem Agrarwissen vor Ort. In den Agrarforschungszentren in Mexiko, Syrien oder den Philippinen existieren zukunftsfähige Projekte zuhauf. Sie werden getragen von einem Netzwerk der Zivilgesellschaft, „das der Tatenlosigkeit der Politik Beispielhaftes entgegensetzt“.

Doch die Vielzahl privater Organisationen kann kein Ersatz für politisches Handeln sein. Die Krise der Welternährung ist und bleibt eine Frage der Politik – wie man sie dazu bringt, ihren Beitrag zu leisten, dafür hat auch dieses äußerst informative und lesenswerte Buch kein Rezept.

[Christoph Hirsch]

► Bommert, W.: Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung. Riemann, München 2009, 351 S., 19,95 €, ISBN 978-3-570-50108-5

Mobil bleiben nach dem Öl

Experten aus Industrie und Raumplanung schrieben mehrere Jahre an einem Mobilitätskonzept für die Zeit zurückgehender Ölförderung. Das Ergebnis ist bemerkenswert.



■ Keinesfalls kann man dieses Buch in einem Zug durchlesen. Im Aufbau erinnert es an ein Schulbuch, in dem die Lerninhalte regelmäßig zu Kernsätzen zusammen-

gefasst werden. Dazu tragen auch die mit großer Sorgfalt ausgewählten Fotos bei, die alles andere als nichtssagende Illustrationen sind.

Die Vorzüge dieses Buches sind, dass es weit hinaus über die Grenzen des Landes blickt und dass es alle Facetten von Mobilität behandelt, nicht nur den Autoverkehr. So wird der von Verkehrsexperten kaum beachtete Rollator als Mobilitätsrevolution für ältere Menschen bezeichnet, der die Maxime „schneller ist besser als langsamer“ in Zweifel ziehe und andere Anforderungen an die Infrastruktur stelle. Die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse in verschiedenen Lebensphasen müssten als gleichberechtigt anerkannt werden.

Natürlich findet man auch reichlich fachliche Information über die Erschöpfung der fossilen Energiequellen, denn das Buch will ja ein „Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil“ sein. Dazu gehören auch Visionen über die Versorgung mit erneuerbaren Energien. Die alternativlose Einengung auf das Elektroauto ist verschmerzbar, da es nur noch den „Restverkehr“ abdecken soll, der nach dem Ausbau der Schiene im Nah- und Fernverkehr, der Umgestaltung der Siedlungsstruktur und der umfassenden Nutzung der elektronischen Kommunikation verbleibt.

Mit sieben „Leitplanken“ wird die Orientierung auf die postfossile Mobilität strukturiert – wobei die letzte von ihnen hervorsteicht. Danach soll die postfossile Mobilität eine „eigene Gravitation“ ent-

wickeln und müsse deshalb „attraktiv und emotional ansprechend“ sein. Ein Aspekt, der in der technifixierten Debatte über Emissionen und Antriebe oft untergeht.

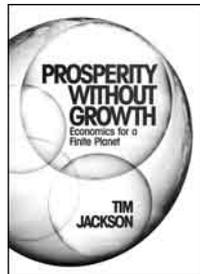
Das Buch entstand in einem langen Prozess im Umfeld der Evangelischen Akademie Tutzing und konnte die Ergebnisse aus Projekten nutzen, die mit Bundesmitteln gefördert wurden. Die Autoren waren in der Industrie und der Raumordnung in hochrangigen Funktionen tätig. Das kann erklären, warum jegliche systemkritische Analyse fehlt, etwa zum Einfluss der Auto- und Ölkonzerne. Die Autoren beschreiben den Istzustand als „Erfüllung eines uralten Menschheitstraums“ und nähren die Hoffnung auf einen evolutionären Übergang in die postfossile Zeit durch Einsicht aller Beteiligten in die Zusammenhänge.

Im Anhang wird die Mobilitätsinitiative (moin) vorgestellt, über die die Vorarbeiten zum Buch koordiniert wurden und die ein breit angelegtes Forschungsprogramm „Postfossile Mobilität“ auf den Weg bringen will.

[Roland Schnell]

- ▶ Schindler, J.; Held, M.; Würdemann, G.: Postfossile Mobilität. Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil. VAS, Bad Homburg 2009, 302 S., 19,80 €, ISBN 978-3-88864-422-1

Wohlstand ohne Wachstum



■ Tim Jacksons Buch „Prosperity without Growth“ ist eine Herausforderung. Nicht nur, weil es bisher nur auf Englisch zu bekommen ist. Jackson, Chefökonom des britischen

Nachhaltigkeitsrates, beschreibt die Wachstumsfalle und die notwendigen Anstrengungen, um ihr zu entkommen, in nicht gekannter Deutlichkeit. „Nachhaltiges Wachstum“ wird in diesem Buch als gefährliche Chimäre entlarvt. An seine Stelle treten eine brillante Analyse und unmissverständliche Handlungsempfehlungen, denen nur eines fehlt: Die Gebrauchs-

anweisung für eine Politik, die unbelehrbar scheint und bisher entweder gar nicht handelt oder aber zu zaghaft und zu spät.

„Prosperity without Growth“ ist ein makroökonomisches Buch, das viele Klarheiten schafft. Allen voran: Endloses Wachstum ist nicht möglich, noch nicht einmal dann, wenn es als grünes Wachstum daherkommt. Die relative Entkoppelung vom Energie- und Rohstoffdurchfluss reicht nämlich nicht aus. Die altindustriellen Länder müssen den absoluten Verbrauch jetzt drastisch senken. Business as usual ist keine Option mehr. Der Ausstieg aus dem alten Wachstumsmodell ist alternativlos. Das geht nur, wenn dem Energie- und Rohstoffverbrauch umgehend klare Grenzen gesetzt werden und Wirtschaft und Gesellschaft zugemutet wird, sich ab sofort im Umgang mit diesen Grenzen zu bewähren. Es bedeutet: Jeder Schritt muss in die richtige Richtung gehen. Alle staatlichen Interventionen und alle privaten Investitionen müssen sich auf das Ziel konzentrieren, unseren Wohlstand vom Verbrauch fossiler Energien und Rohstoffe unabhängig zu machen.

Jackson sieht dabei die Notwendigkeiten, unsere Gesellschaft und unsere Lebensweisen zu verändern: Wohlstand ohne Wachstum erfordert mehr Partizipation, mehr Gleichheit, eine Umverteilung von Arbeit und eine neue Work-Life-Balance. Wir brauchen gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen alle Menschen ihre Fähigkeiten entfalten und persönlich dauerhaft wachsen können. Das erscheint Jackson vor allem in einer Ökonomie möglich, in der nicht die Arbeitsproduktivität im Vordergrund steht, sondern die Arbeitsfreude und die Selbstentfaltung. Neben der Mobilisierung von privatem Kapital ist für ihn vor allem die Mobilisierung von sozialem Kapital notwendig. Wir müssen, so Jackson, eine Gesellschaft werden, die den Wert der Gemeingüter erkennt und ihre Energien darauf verwendet, innerhalb dieser Grenzen „zu blühen“. [Christine Ax]

- ▶ Jackson, T.: Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet. Earthscan, London 2009, 280 S., 15,20 €, ISBN 978-1-84407-894-3. www.sd-commission.org.uk/pages/economics.html

Der Boden im Mittelpunkt



■ Der Kritische Agrarbericht hat sich im Jahr 2010 den Boden als Schwerpunkt gewählt. Der Bodenschutz, der in den 1980er-Jahren intensiv diskutiert wurde, ist in den letzten Jahren aus

dem Blickfeld geraten, wie die Herausgeber vom alternativen AgrarBündnis bei der Vorstellung des Berichts auf der Grünen Woche auch selbstkritisch feststellten. Allerdings ist das Thema leider so aktuell wie eh und je. Böden werden weltweit in großem Maßstab vergiftet und versiegelt, durch Erosion oder Versalzung degradiert. Heute kommen weitere Aspekte hinzu, die den Ausschlag für die Themenwahl gaben. So hat sich die bodenungebundene landwirtschaftliche Erzeugung in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter ausgebreitet und erreicht heute mit großen Tierfabriken in Nord- und Ostdeutschland eine nie gekannte Dimension. Opfer sind nicht nur die Tiere, sondern auch die Böden in Südamerika, die der Sojaproduktion anheimfallen.

Auch das Land Grabbing, eine neue Form des unternehmerischen Kolonialismus, ist ein Bodenthema, das der Kritische Agrarbericht genauso behandelt wie die Wüstenbildung, die ebenfalls die Ernährungssicherheit der Menschen im Süden bedroht. Von Regenwürmern bis zur Liebigschen Minimumtonne, von gesetzlichen Regelungen bis zum ökologischen Landbau, der Böden nicht nur aufbaut, sondern auch vor Erosion schützt, fehlt so gut wie kein Aspekt.

Daneben finden die LeserInnen den gewohnten Überblick über die wichtigen Themen des letzten Jahres wie Milchpolitik oder Gentechnik sowie Beiträge zu Perspektiven und Strategien der künftigen Agrarpolitik. [Annegret Grafen-Engert]

- ▶ AgrarBündnis (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht 2010. AbL, Hamm 2010, 304 S., 19,80 €, ISBN 978-3-930413-40-9. www.kritischer-agrarbericht.de

Tiere auf großer Reise



■ Was haben Karibus, Blauwale und Streifengäse gemeinsam? Sie gehören zu den wandernden Tierarten und sind darin sogar Rekordhalter.

In Ben Hoares Buch „Die großen Tierwanderungen“ erfährt man gleich auf den ersten Seiten, dass der Blauwal das größte, das Karibu das am weitesten und die Streifengäse das am höchsten wandernde Tier unseres Planeten ist. Diese und viele andere Details über die faszinierende Welt der wandernden Tiere finden sich auf den 176 Seiten des im Haupt-Verlag erschienenen Text-Bild-Bandes. Der britische Autor nimmt die LeserInnen mit auf die Reise über das Land, durch das Wasser und durch die Luft, um auf über 300 farbigen Abbildungen und Karten einen fachlichen Überblick über ein noch wenig erforschtes Phänomen zu geben.

Auf die Fragen, warum sich einige Tiere überhaupt auf den kräftezehrenden Weg machen, woher sie wissen, wann es Zeit ist, und wie es ihnen gelingt, sicher ans Ziel zu kommen, antwortet Hoare auf anschauliche Weise, wobei er sich auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse bezieht und neue Forschungsmethoden erläutert.

Die ständige Bedrohung durch den Menschen und die von ihm verursachte Klimaerwärmung werden auch für die Tiermigration zur Herausforderung und haben einige Arten bereits an den Rand des Aussterbens getrieben. So beschreibt Hoare, wie die fortschreitende Zerstückelung der Landschaft den Wanderungen der Karibus und vieler Zugvögel langsam aber sicher den Raum nimmt.

Der Band überzeugt nicht nur wegen seiner anschaulichen Bilder, sondern vor allem wegen seiner detailreichen Schilderung der Besonderheiten und der Bedrohungen der wahrhaft großen Tierwanderungen.

[Kerstin Wolter]

► Hoare, B.: Die großen Tierwanderungen. Haupt, Bern 2009, 176 S., 39,90 €, ISBN 978-3-258-07479-5

Wem gehört das Meer?

■ Die hohe See ist heute das letzte große Gemeingut. Eine Klärung der Fragen, wie die Ozeane und Meere für alle global und sozial gerecht zugänglich bleiben können, wer welche Teile für seine nationale oder privatwirtschaftliche Nutzung beanspruchen darf, steht aber noch aus. Die Broschüre „Wem gehört das Meer?“ bereitet übersichtlich die developmentpolitische Dimension der Meerespolitik und die globale Bedrohung der Meeresumwelt auf. Wie dabei das Nord-Süd-Verhältnis beeinflusst wird, zieht sich wie ein roter Faden durch die Texte. Die AutorInnen bearbeiten die ganze Spanne vom Kampf um die Fischbestände bis zur sozialen Spaltung der Hafenstädte, vom Meer als Fluchtroute und Fluchtursache bis zur Piraterie, von der Globalisierung bis zum Streit um die Tiefsee, vom Aquafarming bis zur Geschichte der Entdeckung und Erschließung der Meere. Ergänzt werden die Artikel durch eine Dokumentation wichtiger Abkommen, Quellen und Ereignisse.

[Bjela Vossen]

► Verein für Internationalismus und Kommunikation (Hrsg.): Wem gehört das Meer? Intkom, Bremen 2009, 74 S., 2,- € Versandkosten, ISSN 1436-3100. Bezug: Tel. +49 (0)421 / 72034, E-Mail: verein.intkom@gmx.de

Bioenergie und Naturschutz

■ Bei der Erzeugung von Biomasse zur Energiegewinnung kann es Konflikte mit dem Naturschutz geben – aber auch Synergien. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) will naturverträgliche Formen der Bioenergieerzeugung besser bekannt machen und fördern und hat dazu ein Positionspapier erarbeitet. Vorgestellt werden Prinzipien und Forderungen für die Erzeugung sowie neue Ansätze und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung.

[jg]

► Peters, W.; Schultze, C.: Bioenergie und Naturschutz. Synergien fördern, Risiken vermeiden. BfN, Bonn 2010. Kostenloser Download (PDF, 32 S., 2,6 MB): www.bfn.de/positionspapiere.html

INTERNET

Welt als Karte

■ Mehr als 600 Karten und Schaubilder hat die politische Monatszeitschrift Le Monde diplomatique auf ihrer Internetseite bereitgestellt. Wie viel Energie die Aluminiumproduktion verbraucht, welche Orte ölverseucht sind oder welche Temperatur wann am Nordpol herrschte – alles ist grafisch übersichtlich aufbereitet. Die aktuellsten Daten sind aber nur in der Zeitung selbst zu finden.

[jg]

► www.das-globale-kartenarchiv.de

Wo stehen die Staaten im Klimaschutz?

■ Die Klimaschutzziele wichtiger Länder und der EU hat die Denkschmiede Ecofys analysiert, dokumentiert und bewertet. Ihr Climate Action Tracker zeigt mit einer Kurzbeschreibung und der Einordnung in eine Skala auf einen Blick, ob die Ambitionen des Landes ausreichen, um die Erderwärmung zu verhindern. Beim Kopenhagener Klimagipfel hatten die Staaten vereinbart, ihre Reduktionsziele bis zum 1. Februar an die Vereinten Nationen zu melden. Auch diese sind nun nachzulesen. Das Projekt wird von der European Climate Foundation unterstützt.

[jg]

► www.climateactiontracker.org

Menschenrechte ohne Grenzen

■ Angesichts wachsender Armut und der auch durch Umweltzerstörung schwindenden Zukunftschancen sind viele Menschen auf der Flucht. Doch die EU schottet ihre Grenzen ab. Borderline Europe berichtet über die täglichen Dramen auf Flüchtlingsbooten und an Stacheldrahtzäunen. Der sieht seine Arbeit als Akt des zivilen Widerstandes gegen die tödlichen Folgen der Abschottung. Neben umfassender Information dient die Internetseite auch der Vernetzung europäischer Initiativen.

[jg]

► www.borderline-europe.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Beck, S.: **Das Klimaexperiment und der IPCC. Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik in den internationalen Beziehungen.** Metropolis, Marburg 2009, 200 S., 22,80 €, ISBN 978-3-89518-771-1
- ▶ Brill, K.: **Deutsche Eiche made in China. Die Globalisierung am Beispiel eines deutschen Dorfes.** Karl Blessing, München 2009, 352 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89667-374-9
- ▶ Burtynsky, E.: **Oil.** Steidl, Göttingen 2009, 216 S., 98,- €, ISBN 978-3-86521-943-5. www.edwardburtynsky.com
- ▶ Engels, B.; Job-Hoben, B.: **Nachhaltiger und naturverträglicher Tourismus und Beispiele zur Umsetzung.** Bundesamt für Naturschutz, Bonn 2009, 228 S., 20,- €, ISBN 978-3-7843-3979-5
- ▶ Exner, A.; Lauk, C.; Kulterer, K.: **Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern.** Ueberreuter, Wien 2009, 224 S., 19,95 €, ISBN 978-3-8000-7366-5. www.social-innovation.org
- ▶ Felber, C.: **Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise.** Deuticke, Wien 2009, 142 S., 14,90 €, ISBN 978-3-552-06111-8
- ▶ Feld, L. P.; Huber, P. u. a.: **Jahrbuch für direkte Demokratie 2009.** Nomos, Baden-Baden 2009, 250 S., 59,- €, ISBN 978-3-8329-4860-3
- ▶ Giddens, A.; Leggewie, C.; Welzer, H. u. a.: **Klimapolitik und Solidarität.** Transit 36. Neue Kritik, Frankfurt/M. 2009, 185 S., 14,- €, ISBN 978-3-8015-0394-9. www.kurzlink.de/transit36
- ▶ Grober, U.: **Die Erfindung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs.** Kunstmann, München 2010, 360 S., 22,- €, ISBN 978-3-88897-648-3
- ▶ Hinterberger, F.; Hutterer, H. u. a. (Hrsg.): **Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium.** Mandelbaum, Wien 2009, 234 S., 18,50 €, ISBN 978-3-85476-296-6
- ▶ Kaufmann, S.; Müller, T.: **Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums.** Dietz, Berlin 2009, 272 S., 19,90 €, ISBN 978-3-320-02211-2. www.rosalux.de/?20416
- ▶ Lichtl, M.; Rohr, C.; Kasperczyk, N.: **Leitmotive für eine moderne Kommunikation zur Biologischen Vielfalt.** Bundesamt für Naturschutz, Bonn 2009, 92 S., 12,- €, ISBN 978-3-7843-3980-1
- ▶ Meyns, P.: **Handbuch Eine Welt. Entwicklung im globalen Wandel.** Peter Hammer, Wuppertal 2009, 243 S., 17,90 €, ISBN 978-3-7795-0228-9
- ▶ Olk, T.; Klein, A.; Hartnuß, B. (Hrsg.): **Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe.** VS, Wiesbaden 2010, 639 S., 49,90 €, ISBN 978-3-531-16232-4
- ▶ Schlacke, S. u. a.: **Informationsrechte, Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz im Umweltrecht. Aarhus-Handbuch.** Erich Schmidt, Berlin 2009, 542 S., 86,- €, ISBN 978-3-503-11630-0
- ▶ Schorling, M.; Stirn, S.; Beusmann, V.: **Potenziale der Gentechnik bei Energiepflanzen.** BfN-Skripten 258, Bonn 2009, 100 S. Kostenloser Download (PDF, 870 kB): www.kurzlink.de/bfn-258.pdf
- ▶ Schultz, J.: **Umwelt und Gerechtigkeit in Deutschland. Ein Beitrag zu einer Systematisierung und ethischen Fundierung.** Metropolis, Marburg 2009, 299 S., 34,80 €, ISBN 978-3-89518-762-9
- ▶ SEF (Hrsg.): **Globale Trends 2010. Frieden – Entwicklung – Umwelt.** Fischer, Frankfurt/M. 2009, 416 S., 16,95 €, ISBN 978-3-596-18374-6
- ▶ Thommen, L.: **Umweltgeschichte der Antike.** C. H. Beck, München 2009, 188 S., 12,95 €, ISBN 978-3-406-59197-6
- ▶ Wallacher, J.; Scharpenseel, K. (Hrsg.): **Klimawandel und globale Armut.** Kohlhammer, Stuttgart 2009, 171 S., 22,- €, ISBN 978-3-17-020816-2
- ▶ WEED u. a. (Hrsg.): **Social Watch Deutschland Report 2009. Globale Krisen. Soziale Auswirkungen – politische Konsequenzen.** EED, Bonn 2009, 72 S., 2,- €, ISBN 978-3-924493-80-6. Download: www.weed-online.org/3109960
- ▶ Werner, F.: **Die Kuh. Leben, Werk, Wirkung.** Nagel & Kimche, Zürich 2009, 235 S., 19,90 €, ISBN 978-3-312-00432-4

Impressum

umwelt aktuell März 2010
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maika Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Jürgen Forkel-Schubert [jfs], Anne Schweitzer [ans], Zoé Thio [zt]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de
Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger des Kohlhammer-Verlages bei.



TERMINE

MÄRZ

01.03.–19.04.,
Berlin (D)
**Frisch serviert vom
Krisenherd. Über
Agarpolitik von
Oben und Wider-**

stand von Unten. Veranstaltungsreihe

► Inkota-Netzwerk, Tel. +49 (0)30 / 42891-11,
Fax -12, E-Mail: inkota@inkota.de, www.inkota.de

05.03.–06.03., Dessau/Anhalt (D)

4. Symposium Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt

► Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt,
Susanne Gura, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 9480670,
E-Mail: gura@dinse.net,
www.nutzpflanzenvielfalt.de/node/246

09.03.–10.03., Bonn (D)

**Konzepte für neue Landschaften. Nachhaltigkeit
in Biosphärenreservaten.** Fachtagung

► Deutscher Rat für Landespflege, Tel. +49 (0)228 /
331097, Fax 334727, E-Mail: drl-bonn@t-online.de,
www.landspflege.de/aktuelles

11.03.–12.03., Wien (A)

**11. Österreichischer Klimatag. Forschung zu
Klima im Wandel, Auswirkungen und Strategien**

► BOKU, Heideinde Trimmel, Tel. +43 (0)1 / 47654,
-5627, -5610, E-Mail: heideinde.trimmel@boku.ac.at,
www.austroclim.at/?95

11.03.–25.04., verschiedene Orte (D)

Zukunftsfähiges Deutschland. Vortrag/Diskussion

► www.zukunftsfahiges-deutschland.de (Termine)

13.03.–14.03., Kassel (D)

Ökologie & Sozialismus. Konferenz

► Rosa-Luxemburg-Stiftung/SALZ, Hamm,
Tel. +49 (0)2381 / 37334-97, Fax -98, E-Mail:
salzkreis@yahoo.de, www.oekosozialismus.net

15.03., Bonn (D)

Dialogforum. Vorbereitung von bundesweiten
Wanderaktionen am Tag der Biodiversität

► BfN, www.wandertag.biologischerdiversitaet.de

16.–20.03., Köln (D)

Didacta 2010. Bildungsmesse

► Koelnmesse/Didacta, Tel. +49 (0)180 / 510-3101,
Fax -3541, E-Mail: didacta@visitor.koelnmesse.de,
www.didacta-koeln.de

17.03.–18.03., Fulda (D)

Windenergie und Naturschutz im Dialog.

Fachtagung

► BWE, Thorsten Paulsen, Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 28482-122, Fax -148, E-Mail:
t.paulsen@wind-energie.de, www.wind-energie.de

19.03.–20.03., Stuttgart (D)

Wissenschaftliche Fachtagung Streuobst

► Universität Hohenheim, Tel. +49 (0)711459-22330,
Fax -22831, E-Mail: streuobst2010@uni-hohenheim.de,
www.streuobst2010.uni-hohenheim.de

22.03., Linz (A)

Wasserwirtschaft zukunftsfähig gestalten.

Wärme und Wasserkraft. Tagung

► UAK, Margit Hammer, Tel. +43 (0)732 / 7720-
14432, -14423, Fax -214420, E-Mail: uak.post@ooe.
gv.at, www.umweltakademie.at (Veranstaltungen)

24.03.–24.03., Frankfurt/M. (D)

**Umwelt-Manager-Tag. Nachhaltigkeit, Klima-
und Umweltschutz aus Kundensicht.** Tagung

► VNU, Bad Soden, Tel. +49 (0)700 / 8681122-3,
Fax -4, E-Mail: vnu@vnu-ev.de, www.vnu-ev.de

25.03.–27.03., Graz (A)

Zukunft säen – Vielfalt ernten!

**5. internationales Treffen der Europäischen
Saatgutinitiativen und Interessierten**

► Arche Noah, Schiltern, Tel. +43 (0)2734 / 8626,
E-Mail: info@liberate-diversity-graz2010.org,
www.liberate-diversity-graz2010.org

25.03.–28.03., Barcelona (E)

Economic Degrowth Today. Konferenz

► Lebensministerium/SERI, Fritz Hinterberger,
Wien, Tel. +43 (0)1 / 9690728-15,
www.wachstumimwandel.at/kontakt, E-Mail:
barcelona2010@degrowth.eu, www.degrowth.eu

26.03., Flintbek bei Kiel (D)

**Klimaschutzkonzepte mit nachhaltiger
Bürgerbeteiligung**

► AFNU, Tel. +49 (0)4347 / 704-787, Fax -790,
E-Mail: anmeldung@afnu.landsh.de,
www.afnu.schleswig-holstein.de

26.03.–28.03., Poppau/Altmark (D)

Anders besser leben – aber wie? Seminar

► Ökodorfe.V., Dieter Halbach, Tel. +49 (0)39000 /
51235, E-Mail: info@siebenlinden.de,
www.siebenlinden.de/htmlcontent2112.html

APRIL

14.04., Mallnitz/Kärnten (A)

**Die Vielfalt des Lebens. Maßnahmen zum Schutz
der Biodiversität.** Seminar

► BIOS, Tel. +43 (0) 4784 / 701, Fax 70121,
E-Mail: bios@ktn.gv.at, www.bios-hohetauern.at

15.04.–17.04., Zeulenroda/Thüringen (D)

**Arena für Nachhaltigkeit. Zukunfts-Konferenz für
Mittelstand und Familienunternehmen**

► Nachhaltigkeitsarena, Tel. +49 (0)36628 / 98-0,
Fax -100, www.nachhaltigkeitsarena.de

20.04.–21.04., Malente/Holstein (D)

**Kleine Fließgewässer kooperativ entwickeln.
Erfolgsmodele für die Umsetzung der WRRL**

► DVL, Ina Orlich, Ansbach, Tel. +49 (0)981 /
46533549, E-Mail: ohrlich@lpv.de, www.lpv.de

22.04.–23.04., Münster (D)

**Lebensgrundlage Boden. Die Ressource Boden im
Kontext globaler Umweltrisiken.** Studententagung

► Akademie Franz-Hitze-Haus, Ulrike Heitmann,
Tel. +49 (0)251 / 9818-0, Fax -480, E-Mail: info@
franz-hitze.haus.de, www.franz-hitze-haus.de

22.04.–23.04., Leipzig (D)

**Implementation der Wasserrahmenrichtlinie in
Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven**

► UFZ, Tanja Krause, Tel. +49 (0)341 / 2351-257,
E-Mail: tanja.krause@ufz.de, www.ufz.de/?de=15316

22.04.–25.04., Berlin (D)

20. Reisepavillon. Fachkongress und Jubiläumsfeier

► Statterreisen Hannover, Tel. +49 (0)511 / 1694167,
Fax 1640391, E-Mail: info@reisepavillon-online.de,
www.reisepavillon-online.de

23.04., Berlin (D)

**Ein grüneres und gerechteres Steuersystem gegen
Klimaprobleme und Staatsverschuldung.** Konferenz

► FÖS, Tel. +49 (0)30 / 7623991-30, Fax -59,
E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de

23.04.–24.04., Tutzing am Starnberger See (D)

Wert und Inwertsetzung der biologischen Vielfalt

► Ev. Akademie, Dr. Axel Schwanebeck, Tel. +49
(0)8158 / 251-0, E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-
tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Syrien

Nachhaltigkeit im Morgenland

Während viele industrialisierte Länder große Anstrengungen unternehmen, um den Nachhaltigkeitsgedanken über die Bildung in der Bevölkerung zu verankern, stehen die meisten arabischen Staaten hier noch ganz am Anfang. Auf einer internationalen Konferenz in Damaskus wurden im Januar erste Schritte unternommen, einen nationalen Aktionsplan für BNE in Syrien auf den Weg zu bringen.

□ Umweltbewusste Reisende sind oftmals über die katastrophalen Hygiene- und Umweltzustände in Entwicklungsländern erschrocken. Das gilt auch für Syrien, das sich langsam entwickelt und der Marktwirtschaft öffnet. Die Flüsse ähneln eher stinkenden Kloaken, Plastiktüten verhandeln den letzten Winkel der Wüste und der Autoverkehr erreicht schier unerträgliche Grenzen. Das arabische Land steht drückenden Umweltproblemen gegenüber: Abfallentsorgung verbunden mit Verunreinigung von Wasser und Böden, Wasserknappheit, Bodendegradation, Verlust an Biodiversität und Luftverschmutzung. Dabei verfügt Syrien eigentlich über eine hervorragende Ausgangssituation: Erdöl, Erdgas und sogar Lebensmittel werden exportiert und Wasserkraft liefert ausreichend Strom.

Damaskus – Paradies auf Erden?

Der Prophet Muhammed soll der Legende nach vor den Toren der Stadt umgekehrt sein. „Ich will nur einmal ins Paradies“, soll er gesagt und sich für das jenseitige entschieden haben. In der Tat hat die Altstadt von Damaskus trotz aller neuzeitlichen Anpassungen den Charakter einer orientalischen Stadt aus „Tausendundeiner Nacht“ erhalten können.

Die älteste dauerhaft bewohnte Stadt der Welt ist Unesco-Weltkulturerbe und blickt auf mindestens fünf Jahrtausende zurück. Durch Kriege und Erdbeben zerstört, wurde sie immer wieder aufgebaut. Der Anblick vieler Lehmhäuser enttäuscht von außen, doch hinter bescheidenen Fassaden öffnet sich mitunter ein Paradies: Im Innenhof plätschern Springbrunnen, blühen Orangenbäume. Wände und Marmorböden zieren wunderschöne Ornamente.

Die Stadtverwaltung will jetzt die Autos aus den engen Gassen der Altstadt verbannen. Die Hauptverkehrsader ist stellenweise nicht einmal zehn Meter breit. Anwohnerparken, Fußgängerzonen oder Lieferzeiten für Lkws sind unbekannt.

Umweltschutz versus Wirtschaftswachstum

Syrien boomt. An den Ausfallstraßen von Damaskus reihen sich hypermoderne Gebäude westlicher Firmen aneinander. Das Wirtschaftswachstum lässt die ungelösten Umweltprobleme explodieren. Viele Bereiche des Einparteiensystems wie öffentlicher Verkehr, Wasser- und Stromversorgung oder Müllentsorgung sind hoch subventioniert, völlig ineffektiv, unrentabel und wenig innovativ. Ob der vielen Umweltprobleme sind die Menschen unzufrieden, doch wo anfangen?

Zwar hat die Regierung die Zeichen erkannt und 2003 einen Umweltaktionsplan aufgelegt. Ein Nachhaltigkeitsstrategiepapier gibt es schon seit 2001. Solaranlagen oder Windräder sind aber kaum zu sehen, obwohl die Bedingungen ausgezeichnet sind. Das zeigt eine Studie von 2009, die von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt wurde. Auch die Beteiligung unabhängiger Organisationen bei der Planung, Umsetzung und Kontrolle fehlt – und daher oft auch der Wille in der Bevölkerung. Der Weg in eine nachhaltigere Zukunft scheint unabwendbar über den Umweg industrieller Verschmutzung zu führen.

Auf Initiative der griechisch-orthodoxen Kirche fand in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium im Januar dieses Jahres in Damaskus eine internationale besetzte Konferenz für BNE statt. Die rund zwei Millionen Christen in Syrien, die in den letzten zwei Jahren rund 40

Prozent ihrer Mitglieder verloren haben, haben sich als Pioniere auf diesem Gebiet ausgezeichnet. Vielleicht gerade weil der Wegzug von Akademikern und Eliten aus dem Vorderen Orient seit Jahren andauert, bemühen sich viele Organisationen über Religionsgrenzen hinweg um eine gesunde und lebenswerte Zukunft für ihre Kinder.

Die Konferenz sollte einen nationalen Aktionsplan für BNE auf den Weg bringen. In Syrien fehlt es an modernen Methoden, fortschrittlichen Lehrplänen und nicht-formalen Bildungsansätzen. Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Patriarchen Ignatius IV. und der syrischen Umweltministerin Kawakab Dayeh persönlich.

Nachhaltigkeit will gelernt sein

Vor allem aus Europa waren Bildungsfachleute eingeladen. Als Vertreter der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erläuterte ich in meinem Vortrag anhand der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“, wie wichtig es ist, Bürger und NGOs einzubeziehen. Die Stadt wurde zum European Green Capital 2011 gekürt, weil sie im Umweltschutz große Anstrengungen unternommen hat und weil Nachhaltigkeit dort als entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung gilt. Als etwa gleich große Stadt kann Hamburg Vorbild für Damaskus sein. Weitere Vortragende kamen vom Hamburger Unesco-Institut für Lebenslanges Lernen, von der Firma Petro-Canada als Sponsor der Konferenz, der niederländischen Universität Wageningen und von privaten Organisationen.

Am Ende wurden Empfehlungen verabschiedet und der Regierung übergeben. Ihre Umsetzung mag man zum Wohle Syriens nur wünschen. Eigentlich sollte dies für einen starken Staat wie Syrien kein Problem darstellen – vorausgesetzt er meint es ernst damit. **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ Orthodoxes Patriarchat: www.antiochpat.org
- ▷ Studien: Environmental Strategy For Syria and Renewable Energy Project. www.enviro-syria.org
- ▷ EU-Kommission: Länderstrategiepapier 2007–2013 und Nationales Indikativprogramm 2007–2010 für Syrien. www.ec.europa.eu/world/enp/partners/enp_syria_de.htm
- ▷ www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Projekt Leuchtpol: Erste Ergebnisse

□ Die Pilotphase des Projekts Leuchtpol (siehe ökopädNEWS 199, April 2009, S. 37) ist erfolgreich verlaufen. Die Teilnehmenden an den Fortbildungen haben die Zukunftsbedeutsamkeit des Themas Energie sowie damit verbundene zentrale Problemfelder erfasst. Die Zufriedenheit der FortbildungsteilnehmerInnen ist sehr hoch. Über 90 Prozent von ihnen sind sich einig, dass man die Inhalte aus dem Seminar in die eigene Arbeit umsetzen kann, und sind zugleich motiviert, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker in die pädagogische Arbeit einfließen zu lassen. Das ergab die Auswertung von knapp 400 Fragebögen, die vom Institut für integrative Studien (Infis) der Leuphana-Universität Lüneburg durchgeführt wurde. Ute Stoltenberg, Professorin für Sachunterricht und Leiterin von Infis: „Bei einem derart komplexen Themenbereich ist dies als erster Erfolg für Leuchtpol zu werten.“

▷ www.leuchtpol.de

ANU Bayern: FairKick – mehr als nur ein Spiel

□ Die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika ist ein guter Anlass, sich mit den Themen Fußball, Eine Welt, Kinderarbeit, Konsum und Geld in der Bildungsarbeit zu beschäftigen. Die ANU Bayern bietet am 10. März zusammen mit MobilSpiel München einen FairKick-Workshop an. Es werden verschiedene Aktionsformen, Projekte und Methoden vorgestellt, die mit Schulklassen und Gruppen durchgeführt werden können.

▷ Ökopjekt – MobilSpiel e.V., Tel. +49 (0)89 / 7696025, E-Mail: oekoprojekt@mobilspiel.de, www.mobilspiel.de/oekoprojekt

NaturGut Ophoven:

15 Materialien zum Klimawandel

□ Zwei Jahre lang arbeitete das Schulbiologiezentrum bei Leverkusen im EU-Projekt Inspire School Education by Non-for-

mal Learning mit europäischen Partnern an der Analyse einer Einbindung außerschulischer Bildungseinrichtungen in die Schulbildung. Nach dem Ende des Projekts stehen jetzt 15 Unterrichtseinheiten zum Thema Klimawandel und Energiesparen und eine Lehrerfortbildung im Internet zum Abruf bereit.

▷ www.inspire-project.eu
▷ www.naturgut-ophoven.de

SCHWERPUNKT: BNE IN DER SCHULE

Ökologischer Fußabdruck in der Schule

□ „Ökologischer Fußabdruck in der Schule. Impulse, Szenarien und Übungen für die Sekundarstufe“ – so heißt eine neue Broschüre, die PädagogInnen bei der Anwendung des Footprint im Unterricht unterstützt. Neben einer umfangreichen Methodensammlung befasst sich ein eigenes Kapitel mit Szenarien, wie bei einem derart polarisierenden Thema mit unterschiedlichen Emotionen in einer Gruppe umgegangen werden kann. Auch die Druckversion kann jetzt wieder bestellt werden.

▷ Kostenloser Download: www.umweltbildung.at (Themen – Ökologischer Fußabdruck)
▷ www.umweltbildung.at/cms/bestellen

BNE-Radar für Schweizer Schulprojekte

□ Wie ein fünfstrahliges Spinnennetz sieht das Bewertungsraster für Schulprojekte in der Schweiz aus. Es ist angelehnt an das Öko-Radar-Verfahren und bewertet zehn verschiedene Faktoren wie Kreativität, Zeit oder Werte. Je nach Berücksichtigung gibt es mehr oder weniger Punkte, wodurch das Spinnennetz immer anders aussieht. Diesen interessanten Ansatz stellt die Stiftung Umweltbildung Schweiz in ihrer neuen Broschüre „Handeln für die Zukunft“ vor.

▷ Download (PDF, 16 S., 430 kB): www.kurzlink.de/bne-dossier.pdf
▷ www.globaleducation.ch

Klimadetektive in der Schule

□ Wo soll man anfangen, damit die eigene Schule klimafreundlich wird? Beim Schulkopierer, der den ganzen Tag eingeschaltet ist? Bei den Fenstern im Flur, die auch im Winter angekippt offen stehen? Oder doch lieber bei den täglichen Schulwegen der Schüler und Lehrer? Letzteres tut die Broschüre „Klimadetektive in der Schule“. Sie beginnt mit einem Klimacheck in den Bereichen, wo Veränderung besonders nötig ist. Die beiliegende CD enthält dazu rund 100 Seiten Checklisten. Die Broschüre bietet zudem für alle Altersstufen und Beteiligten Hintergrundinformationen, Handlungsoptionen und Praxisbeispiele.

▷ Langner, T.: Klimadetektive in der Schule. Umweltbüro Nord, Stralsund 2009, 80 S. + CD, 10,- €, ISBN: 978-3-00-028955-2. www.umweltschulen.de/klima

Schweiz: 44 Medienkoffer zum Ausleihen

□ Die Medienkiste Klima von Ökobil Luzern ist der jüngste Eintrag in der „Übersicht Medienpakete“ der Stiftung Umweltbildung Schweiz. Eine Broschüre erleichtert LehrerInnen die Suche nach geeigneten Materialkisten und Ausleihmöglichkeiten. Die Themenpalette ist breit gefächert.

▷ Kostenloser Download: www.umweltbildung.ch/documentation/medienpakete.asp

Nutzt mehr Recyclingpapier in der Schule!

□ Wer drei Blatt weißes Papier statt Recyclingpapier verwendet, verschwendet so viel Energie, dass man davon eine Kanne Kaffee kochen kann. Dieses griffige Beispiel soll Hamburger Schulen dazu anhalten, die Recyclingpapierquote von bisher rund 30 Prozent deutlich zu steigern. Weitere Ergebnisse eines Fachgesprächs, das die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ monatlich mit BNE-Akteuren zu unterschiedlichen Themen durchführt, stehen im Internet.

▷ www.hamburg.de/startpunkt-fachgespraeche (28.10.09 – Christine Stecker u. a.)

WEITERBILDUNGEN

Naturpädagogik

Gleich an neun verschiedenen Orten in Deutschland, von Hamburg über Berlin bis Heidelberg, bietet die Naturschule Freiburg eine zweiteilige Weiterbildung als Qualifizierung zur NaturpädagogIn an. Während vier Kurse im März beginnen, starten die anderen im Oktober. Daneben gibt es Fortbildungen zu den Themen Kindergarten im Wald, Feuer, Erde, Wasser, Luft sowie Wildkräuter- und Heilpflanzenpädagogik.

▷ www.naturschule-freiburg.de (Unser Angebot)

Bildungsveranstaltungen selbst konzipieren

Bereits im April startet zum zwölften Mal die umweltpädagogische Weiterbildung „Natur erleben – Umwelt gestalten“ des Naturschutzhauses Weilbacher Kiesgruben bei Frankfurt am Main. Im Vordergrund der acht Seminarveranstaltungen stehen vielfältige Methoden, die die TeilnehmerInnen befähigen, Bildungsveranstaltungen im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung für unterschiedliche Zielgruppen zu konzipieren. Eine Projektphase, in der die TeilnehmerInnen in Kleingruppen eine umweltpädagogische Veranstaltung planen und durchführen, setzt den Schlussstein der Weiterbildung. Anmeldeschluss ist der 6. April.

▷ www.weilbacher-kiesgruben.de
(Veranstaltungen – Weiterbildung)

Berufsbegleitende Weiterbildung Umweltbildung/BNE

Im Mai beginnt im Raum München der inzwischen siebente Kurs der Weiterbildung „Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Die berufsbegleitende Fortbildung in der gemeinsamen Trägerschaft von Ökoprojekt MobilSpiel München, Naturerlebniszentrum Pullach und Ökologischer Akademie Linden wurde von der Deutschen Unesco-Kommission als offizielles Projekt der UN-Dekade BNE

ausgezeichnet. Die Weiterbildung umfasst acht Einheiten an 35 Tagen und eine Praxisphase, in der die Teilnehmenden ein eigenes Projekt durchführen und dokumentieren. Anmeldeschluss ist der 14. März.

▷ www.mobilspiel.de/Oekoprojekt/bildung.html#beruf

Natur- und Wildnispädagogik

Im Juli startet die Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein ihre neue Weiterbildungsreihe Natur- und Wildnispädagogik. Bei der erstmals im norddeutschen Raum angebotenen Schulung mit rund 230 Unterrichtsstunden stehen eine ganzheitliche Wahrnehmungsfähigkeit und vertiefende Themen wie Pflanzenkunde, Bestimmungstechniken und Methoden der Naturbeobachtung im Zentrum der in mehreren Blöcken stattfindenden Ausbildung in Flintbek bei Kiel. Anmeldefrist ist der 1. April.

▷ www.umweltakademie-sh.de

Waldpädagogik

Ende Januar begann ein „Experimentallehrgang“ für ein bundesweit anerkanntes Zertifikat Waldpädagogik. Fachleute aus verschiedenen Verbänden, darunter auch die ANU Nordrhein-Westfalen, wollen gemeinsam ein Kompendium erarbeiten, das für die nachfolgenden Ausbildungslehrgänge eine Informations- und Arbeitsgrundlage darstellen soll. Die ersten Prüfungen finden Ende Mai statt. Träger ist der Landesbetrieb Holz NRW in Kooperation mit der Natur- und Umweltakademie des Landes. Aktuelle Informationen können im Internet eingesehen werden.

▷ www.wald-und-holz.nrw.de
(Landesbetrieb – Waldpädagogische Einrichtungen – Zertifikatslehrgang)

Seniortrainer für Kinder und Jugendliche

Das Umweltbildungszentrum Lichero-de bei Kassel hat in den letzten Jahren über 50 ältere Menschen als Seniortrainer aus-

gebildet, die nun an Schulen und Kindertagesstätten im Einsatz sind. Nun wird das Projekt mit Förderung durch das Bundeslandwirtschaftsministerium mit dem Schwerpunkt Klimaschutz und Energie in der nordhessischen Region Hersfeld-Rotenburg/Schwalm-Eder fortgesetzt. Der kostenlose Lehrgang findet in diesem Jahr von April bis Juli statt. Sechs ganztägige Veranstaltungen sind zu absolvieren.

▷ www.oekologische-bildung.de

Leadership by nature

„Leadership by nature“ ist ein spezielles Programm zum Naturerleben. Das Kompetenztraining soll Managern helfen eine kreative Führungsidentität zu entwickeln. Gearbeitet wird mit Ansätzen wie Visionsuche, Wildnismentoring und ritueller Prozessarbeit. Die angebotenen Lösungswege sollen Führungskräfte befähigen, mit den persönlichen und wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit umzugehen. Die Dauer reicht von mehreren Tagen bis zu siebenteiligem modularem Training. Termine sind individuell abzusprechen.

▷ www.leadership-by-nature.de

NEUE MATERIALIEN

umwelt & bildung 4/2009: Option Zukunft

Aktuellen Studien zufolge blickt die Jugend eher pessimistisch in die Zukunft. Gleiches suggeriert zwar das Titelbild der neuen Ausgabe der Zeitschrift umwelt & bildung vom Forum Umweltbildung aus Wien, doch das Heft liefert ein vielschichtigeres Bild: Ulrike Unterbrunner erläutert anhand einer aktuellen Studie, dass sich BNE stärker mit den Wünschen der Jugend befassen muss. Für Ute Stoltenberg beginnt die Zukunft bereits im Kindergarten. Die Romanautorin Margaret Atwood schließlich sieht uns in einer Übergangszeit des Klimawandels. Spannend die Frage: Do we need science fiction? Lesenswert!

▷ www.umweltbildung.at (Publikationen)

Dokumentation:

Der Konsument am Wendepunkt

□ Nachhaltigen Konsum finden einige Menschen sehr „trendy“. Ob man das Verhalten dieser Lohas genannten Zielgruppe auch auf andere KonsumentInnen übertragen und so die Nachhaltigkeit insgesamt fördern kann, wollte die Deutsche Bundesstiftung Umwelt herausfinden. Sie unterstützte deshalb ein zweijähriges Projekt der Unternehmensberatung Stratum, das nunmehr abgeschlossen wurde. Statt eines drögen Abschlussberichts ist unter dem Titel „Konsumwende“ eine attraktive und gut lesbare „Motto-Show zur Nachhaltigkeit“ erschienen, die Lust auf einen diskursiven Umgang mit dem Thema macht.

- ▷ Kostenloser Download: www.stratum-consult.de/news/diskurs-konsumwende.html

Qualitätsentwicklung in der Schweiz

□ Viele Schweizer Schulen haben gute Erfahrungen mit außerschulischen Umweltbildungsangeboten gemacht, doch wegen der Flut von Direktwerbung wünschen sie sich eine landesweite Datenbank aller Angebote. Dieses Ergebnis einer Abfrage bei Schulen findet sich in der Publikation „Außerschulische Lernangebote im Bereich Umweltbildung“, herausgegeben von der Stiftung Umweltbildung Schweiz. Eine weitere Publikation über „Qualitätsprozesse in der Umweltbildung“ bietet den außerschulischen Anbietern Hilfen zur Qualitätsentwicklung. Weitere Erfahrungen und Forschungsbeiträge enthält Heft 3/09 des Bulletins umweltbildung.ch mit dem Titel „Außerschulisches Lernen“.

- ▷ www.umweltbildung.ch/sub/products/publireihe.asp

Filme: Zukunftsfähiges Deutschland

□ Die Folgen einer nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise sind weltweit spürbar. Der Evangelische Entwicklungsdienst EED hat eine DVD mit zwölf Kurzfilmen zur nachhaltigen Entwicklung veröffentlicht. Es sind Filme ganz verschiedener Genres und Machart: klassische Fernsehreporta-

gen, unterhaltsame wie witzige, nachdenklich stimmende oder provokative Animationsfilme sowie Dokumentarfilme, die über komplexe Sachverhalte informieren. Die DVD wurde als Begleitmedium zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ produziert und kostet für Einzelpersonen 40 Euro.

- ▷ Unterwegs in die Zukunft, Deutschland 2009, www.ezef.de (Katalog)

WUS-Rundbrief: Geld als Dekade-Thema

□ Eine gute Übersicht über pädagogische Materialien, Internetlinks und Hintergrundinformationen bietet der vom World University Service (WUS) herausgegebene Rundbrief Bildungsauftrag Nord-Süd in seiner Ausgabe vom Dezember 2009. In einem einleitenden Aufsatz berichtet Winfried Pötter von der KfW-Bankengruppe über die globale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Der Rundbrief kann im Internet kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden.

- ▷ www.wusgermany.de/?101

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie unter www.umweltbildung.de im Internet. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

06.03., Bad Münstereifel bei Bonn (D)

Treffen der Kräuterpädagoginnen

- ▷ NUA, Dr. Gertrud Hein, Tel. +49 (0)2361 / 3053339, E-Mail: gertrud.hein@nua.nrw.de

11.03., Berlin (D)

Intelligente Lebensstile – ein Beitrag zur Nachhaltigkeit?

- ▷ www.lebensqualitaet-und-nachhaltigkeit.com

16.–20.03., Köln (D)

Didacta. Bildungsmesse

- ▷ www.didacta.de

18.03., Haltern/Münsterland (D)

Treffen des Arbeitskreises

Umweltpädagogik Rheinland

- ▷ Ute Jagelka, Tel. +49 (0)201 / 2069460, E-Mail: jagelka@rvr-online.de

19.–21.03., Fulda (D)

Natürlich Kunst! Landart und Landschaftsinstallationen

- ▷ www.naturarte-wernerhenkel.de

22.–23.03., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Projektmanagement im Umweltbereich

- ▷ www.nna.de

24.03., Recklinghausen (D)

So starte ich erfolgreich eine nachhaltige Schülerfirma

- ▷ www.nua.nrw.de

24.03., Stuttgart (D)

Heimat und Natur. Bildungswege zu einer nachhaltigen Entwicklung

- ▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

26.–27.03., Belm-Vehrte bei Osnabrück (D)

Wald & Märchen gehören zusammen. Fortbildung für ErzieherInnen und HeilpädagogInnen

- ▷ www.naturerlebnisbuero-bicker.de

27.03., Dresden (D)

Naturpädagogik mit Kindern. Das Konzept des Flow Learning nach Joseph Cornell. Fortbildung

- ▷ www.rucksackschule-dresden.de

31.03., Kiel (D)

Im Märzen der Bauer – stimmt das noch?

Neue Erkenntnisse zum Klimawandel

- ▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de